

Jahresbericht 2007



Schwerpunkte

**Ausgewogene Investitionspolitik
und Mut zu strukturellen Reformen**

**Metropolregion Bremen-Oldenburg:
Impulsgeber für den Nordwesten**

**Ausbau der Verkehrsinfrastruktur:
Schwung für die Drehscheibe Nordwest**

**Strategisches Ziel:
Ausbildung für alle**

Inhalt

Vorwort 3

Konjunkturbericht Intakter Aufschwung, aber wachsende Konjunkturrisiken 4

**Schwerpunkte
Bremen_Bremerhaven** Ausgewogene Investitionspolitik und Mut zu strukturellen Reformen 6
Metropolregion Bremen-Oldenburg: Impulsgeber für den Nordwesten 9
Ausbau der Verkehrsinfrastruktur: Schwung für die Drehscheibe Nordwest 11
Das strategische Ziel: Ausbildung für alle 15

**Leistungsbilanzen
Bremen_Bremerhaven** Standortpolitik 19
Mittelstand, Innovation, Umwelt 27
Aus- und Weiterbildung 30
International 32
Starthilfe und Unternehmensförderung 36
Recht und Fair Play 37
Service, Public Relations, Kultur-Wirtschaft 38
Juniorenkreise 44

**Ehrenamt,
Geschäftsbereiche,
Stellungnahmen** Das Ehrenamt in Bremen 46
Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen 47
Geschäftsbereiche Bremen 47
Das Ehrenamt in Bremerhaven 48
Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven 48
Geschäftsbereiche Bremerhaven 48
Ausgewählte Stellungnahmen 49

Impressum 51

Titelbild: Schiffswerft in Bremerhaven,
Satellitenbau in Bremen, Ausbildungsmesse

Vorwort



v.l.: Lutz H. Peper, Dr. Matthias Fonger, Michael Stark, Claus Brüggemann

Die Zeichen für eine überdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung Bremens standen 2007 so gut wie seit Jahren nicht mehr. Viele Unternehmen haben die Aufgaben der Restrukturierung erfolgreich gemeistert und sind in der anhaltend guten Konjunktur bereit, in den Wirtschaftsstandort Bremen zu investieren. Diese positive Entwicklung hat sich auch nachhaltig auf den bremischen Arbeitsmarkt ausgewirkt.

Zugleich war 2007 für das Land Bremen das Jahr des Politikwechsels. Mit der Bürgerschaftswahl im Mai wurde die Große Koalition durch ein rot-grünes Regierungsbündnis abgelöst. Um dazu beizutragen, dass Bremen in schwierigem finanzpolitischen Fahrwasser auf Kurs bleibt, haben die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven rechtzeitig vor der Wahl die Forderungen der bremischen Wirtschaft für die neue Legislaturperiode vorgelegt. Sie haben deutlich gemacht, dass die bremischen Konsolidierungsanstrengungen nicht zurückgefahren werden dürfen, wenn sich der Aufschwung durch Mehreinnahmen in den öffentlichen Haushalten bemerkbar macht. Denn nach wie vor gilt es für unser Land, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um insbesondere bei konsumtiven Ausgaben zu strukturellen Einsparungen zu kommen. Hier können auch Synergien regionaler Kooperationen zum Tragen kommen, wie sie die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten zukünftig verstärkt bieten wird.

Die Wirtschaft hat der neuen Landesregierung – nicht nur in ihren Wahlprüfsteinen, sondern auch in zahlreichen Gesprächen nach der Regierungsbildung – aber auch deutlich vermittelt, dass Bremen bei allen Sparbemühungen nicht auf sinnvolle Investitionen verzichten darf, die unser Bundesland und seine wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig voranbringen. Was das Wirtschaftswachstum fördert, hilft mittelfristig auch den öffentlichen Haushalten. Die Politik muss daher wachstumsfördernde Rahmenbedingungen auf ihrer Agenda ganz oben stehen haben: von der konsequenten Beseitigung unnötiger bürokratischer Hürden über eine zukunftsgerichtete Gewerbeflächenpolitik bis zur kontinuierlichen Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Region. Nur so kann Bremen die Zukunft gewinnen!

Lutz H. Peper Präses

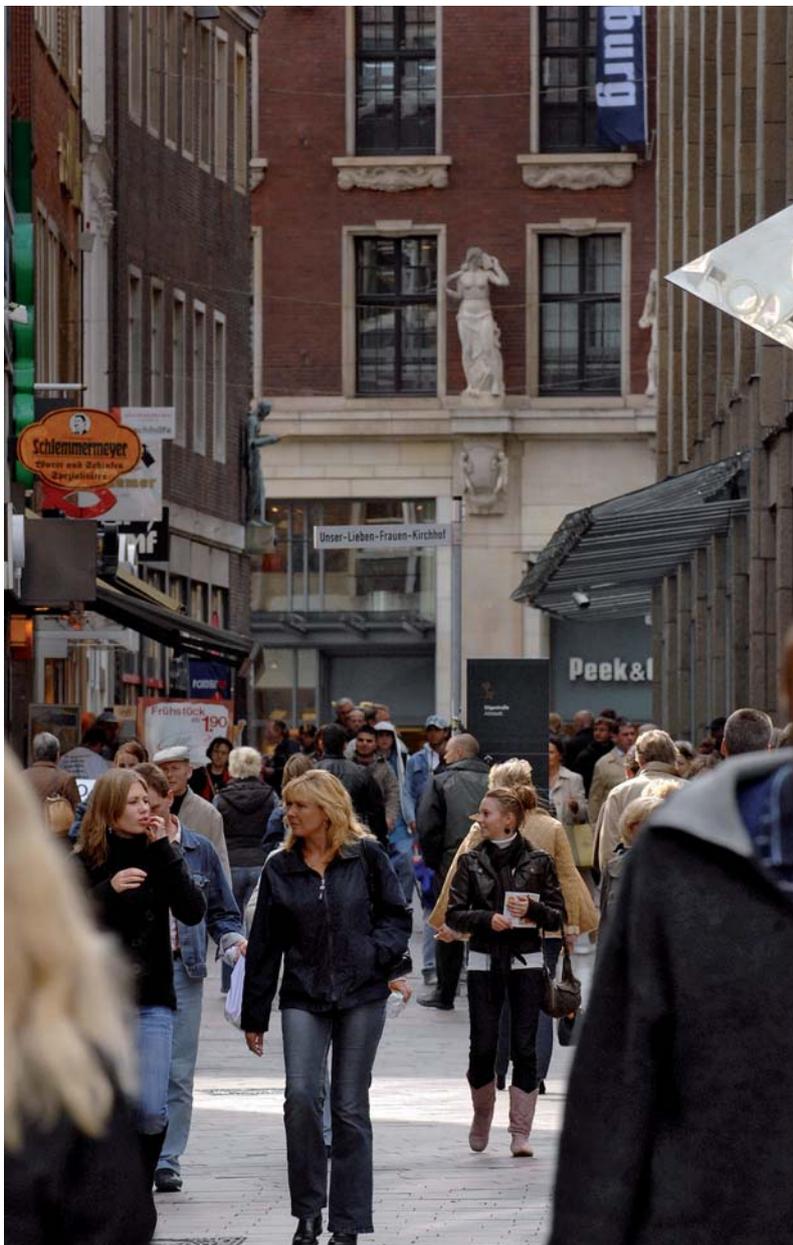
Claus Brüggemann Präsident

Dr. Matthias Fonger Hauptgeschäftsführer, I. Syndicus

Michael Stark Hauptgeschäftsführer

Konjunkturbericht

Intakter Aufschwung, aber wachsende Konjunkturrisiken



Die Weltwirtschaft befindet sich noch in einer Phase anhaltenden Produktionswachstums. Dynamisch haben sich wiederum die Schwellenländer entwickelt, allen voran China, Indien und Russland. Das Wachstum im Euroraum verlief stabil. Rückläufig war die Entwicklung in Japan und insbesondere in den USA. Deutschland konnte trotz der Belastungen aus der Mehrwertsteuererhöhung und dem im Jahresverlauf immer stärker werdenden Euro an die gute Entwicklung des Vorjahres weitgehend anknüpfen. Der Welthandel weitete sich um 6,6 Prozent aus und verlor damit gegenüber dem Vorjahr an Dynamik.

Wachstum in Bremen solide Für die bremische Konjunktur bot das abgelaufene Jahr einen soliden Rahmen. Die Unternehmen profitierten von der guten Globalkonjunktur und der sich festigenden Binnenkonjunktur. Angesichts steigender Erträge haben sich die Eigenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen deutlich verbessert und münden in wachsende Investitionsausgaben. Auch der Arbeitsmarkt belebte sich zusehends. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nahm um gut zwei Prozent zu. Gleichzeitig reduzierte sich die Arbeitslosenzahl spürbar um 13 Prozent. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm im Verlauf des Jahres weiter ab.

Der Einzelhandel scheint die Belastungen aus der Mehrwertsteuererhöhung vom Jahresbeginn ausgestanden zu haben. Steigende Löhne und Gehälter, sinkende Arbeitslosen- und höhere Beschäftigtenzahlen verbessern die Konsumbereitschaft der Verbraucher zusehends. Der Groß- und Außenhandel verzeichnete insgesamt eine zufriedenstellende Geschäftslage.



(Bild ganz links)
Sögestraße in
Bremen; (Bild links)
Blick auf
Bremerhaven

Spürbar verbessert hat sich das Geschäftsklima im Dienstleistungsbereich. Die freundliche Weltkonjunktur hat sich positiv auf die Geschäftsentwicklung der Verkehrs- und Logistikwirtschaft niedergeschlagen. Die bremischen Häfen setzten ihre Erfolgsgeschichte fort – zweistellig wuchsen der Container- sowie der Automobilumschlag. Deutliche Stellenzuwächse wiesen unternehmensbezogene Dienstleister und Zeitarbeitsfirmen auf. In fester konjunktureller Verfassung präsentierte sich daneben das Kreditgewerbe. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten scheinen bislang keine gravierenden Auswirkungen auf die Geschäftslage der regionalen Banken zu haben. Hotellerie und Gastronomie weisen eine zufriedenstellende Geschäftsentwicklung auf. Für Impulse sorgt neben dem allgemeinen Konjunkturaufschwung vor allem auch die weitere Verbesserung der Stellung Bremens im Städtetourismus. Im Vergleich zum Vorjahr gefestigt hat sich das Geschäftsumfeld in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft.

Mit Schwung ist das Verarbeitende Gewerbe in das Jahr 2007 gestartet, jedoch verlor die Konjunktur im weiteren Verlauf an Dynamik. Die Umsätze bewegten sich insgesamt deutlich über Vorjahresniveau. Umsatzzuwächse konnten insbesondere die Fischverarbeitung, der Schiffbau und der Maschinenbau erzielen. Rückläufige Umsatzerlöse verzeichneten dagegen der übrige Fahrzeugbau, das Verlags- und Druckgewerbe sowie das Papiergewerbe. Der seit Jahren zu beobachtende Beschäftigungsrückgang konnte deutlich gebremst werden. Die Bauwirtschaft wartet dagegen weiter auf eine durchgreifende Geschäftserholung. Insbesondere der Rückgang der Investitionsquoten für Baumaßnahmen der

öffentlichen Hand in Bremen und der schwache Nicht-Wohnungsbau wirkten belastend. Gestiegene Materialpreise können oftmals nicht in ausreichendem Maße an die Auftraggeber weitergegeben werden.

Prognose 2008 Die Konjunkturaussichten für 2008 bleiben trotz merklich gestiegener Risiken günstig. Bislang hat die Kapitalmarktkrise in den USA noch vergleichsweise geringe Auswirkungen auf die globale Konjunktur. Auch die starke Aufwertung des Euro konnte dank diversifizierter Handelsverflechtungen bislang noch gut von den Unternehmen verkraftet werden. Zudem kompensiert er in Teilen die gestiegenen Rohstoff- und Energiepreise, die in der Regel in Dollar fakturiert werden. Das Wachstum dürfte in 2008 zwar schwächer werden, jedoch wird der Aufschwung nicht zum Erliegen kommen. Für Deutschland rechnet der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung von zwei Prozent, wobei der private Konsum einen zunehmenden Wachstumsbeitrag leisten soll.

Reformfenster nutzen Die gegenwärtig gute konjunkturelle Lage und die gestiegenen Steuereinnahmen schaffen Spielräume für die wichtigen noch ausstehenden Reformen und zum Abbau des Staatdefizits. Statt mit neuer Umverteilungspolitik kurzfristiger Klientelpolitik zu verfallen, etwa durch die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs für Ältere, gilt es, die Wachstumskräfte der Volkswirtschaft weiter zu stärken. Die Unternehmenssteuerreform 2008 kann diesem Ziel noch gerecht werden. Dies erfordert aber deutliche Korrekturen, wie sie die IHK-Organisation mit Nachdruck einfordert. Wichtig wird auch

sein, bei der Erbschaftsteuer eine mittelstandsfreundliche Lösung für alle Branchen sicherzustellen, um den Übergang von Betrieben nicht zu gefährden. Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, per Gesetz die Tariffreiheit einzuschränken und einen weiteren gesellschaftlichen Bereich durch Normen und Verordnungen zu regeln. Die IHK-Organisation lehnt Branchenmindestlöhne ab, da sie die Beschäftigungsperspektiven Geringqualifizierter reduzieren und den Wettbewerb in den von Mindestlöhnen erfassten Wirtschaftszweigen beeinträchtigen. Deutschland hat im internationalen Vergleich wieder an Boden gewonnen. Die Fortschritte dürfen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Schwerpunktthemen

Ausgewogene Investitionspolitik und Mut zu strukturellen Reformen

Nach der Bürgerschaftswahl am 13. Mai 2007 haben sich die Koalitionspartner ungewöhnlich schnell zusammengefunden. Der Senat aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat in einigen zentralen Ressorts – in Wirtschaft, in Bau, Verkehr und Umwelt – neue Gesichter an der Spitze bekommen, die Lage in Bremen und Bremerhaven hat sich durch die Wahl aber nicht verändert. Das Land leidet nach wie vor unter einer Haushaltsnotlage. Die Rahmendaten für die Gesamtausgaben hat sich der Senat in der Klageschrift für das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe selbst gegeben. Parallel engagiert sich Bremen in der Föderalismuskommission II für eine dringend überfällige Reform des Finanzverteilungssystems zwischen Bund und Ländern.

Konsolidierung fortsetzen

Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven haben den Senat in ihren Wahlprüfsteinen, die sie rechtzeitig vor der Bürgerschaftswahl veröffentlichten, sowie in weiteren Gesprächen eindringlich davor gewarnt, allein auf die Föderalismuskommission und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu vertrauen. Sie haben die neue Landesregierung ausdrücklich aufgefordert, neben einem Sparkurs, der strukturelle Veränderungen einbezieht, auch auf eine ausgewogene Investitionspolitik zu zielen, die zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis des Landes Bremen und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze notwendig ist. Angesichts kontinuierlich steigender Sozialausgaben, mahnten die beiden Kammern, dürfen die Investitionshaushalte nicht zum „Steinbruch“ für die in einigen Bereichen wachsenden konsumtiven Ausgaben werden. Investitionen sichern die Zukunft

der Betriebe und damit der Beschäftigten. Wer aufhört zu investieren, verspielt seine Zukunft.

Neben einer konsequenten Sanierung der öffentlichen Haushalte wird in der laufenden Legislaturperiode die Wettbewerbsfähigkeit des Landes Bremen insgesamt im Mittelpunkt der politischen Arbeit stehen müssen. Dies betrifft den weiteren Ausbau der Anbindung des Wirtschaftsstandortes Bremen an die überregionalen Verkehrsnetze, ebenso die Stärkung der wirtschaftlichen Potenziale in den Häfen, in Bildung und Wissenschaft, im Tourismus und im Bereich der Technologien sowie Faktoren, die unmittelbar zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen: konkurrenzfähige Gewerbesteuerhebesätze, eine vorausschauende Gewerbeflächenpolitik oder die weitere Aufwertung der Bremer und Bremerhavener Innenstädte sowie der Stadtteilzentren als attraktive Einzelhandelsstandorte.

Strukturelle Veränderungen forcieren

In zwei Klausursitzungen zum Doppelhaushalt 2008/2009 am 18. und 25. September 2007 hat sich der Senat auf eine Sparstrategie verständigt, die ernsthaft auch strukturelle Veränderungen in den Blick nimmt. Grundsätzlich weisen diese Sparvorschläge der Ressorts unter dem Titel „Strukturelle Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung“ in die richtige Richtung. Es sind deutliche Sparbemühungen erkennbar, einschließlich der von der Handelskammer seit langem eingeforderten strukturellen Veränderungen wie etwa in der Zentralisierung des Beschaffungswesens für die Verwaltung, der Neuordnung von IT-Supportstrukturen oder dem Abbau von Doppelstrukturen.

Auch wenn die von der Finanzsenatorin angestrebte Transparenz und der Realismus bei der Haushaltsaufstellung zu begrüßen sind, bleibt es für die Außenwirkung Bremens außerordentlich problematisch, wenn der konsumtive Ausgabenrahmen gegenüber den in der Klageschrift für das Bundesverfassungsgericht gemeldeten Vorgaben um jährlich 40 Millionen Euro erweitert wird. Mit dieser Entscheidung setzt Bremen beim Bund und den anderen Ländern das Vertrauen in seine Haushaltspolitik aufs Spiel.

Wichtig wird daher sein, dass die Vorschläge für Einsparungen und strukturelle Veränderungen in der Verwaltung in der laufenden Legislaturperiode konsequent in Angriff genommen und letztlich auch umgesetzt werden. In öffentlichen Stellungnahmen hat die Handelskammer den Senat aufgefordert, insbesondere die wachsenden Sozialausgaben genau zu analysieren, denn es ist nicht nachvollziehbar, dass gerade dieser Ausgabenblock bei guter Konjunktur und spürbar sinkenden Arbeitslosenzahlen im Land Bremen größer wird. Der Gesundheitsetat birgt angesichts der Tatsache, dass es in absehbarer Zeit zu keinen generellen strukturellen Veränderungen kommen wird, erhebliche finanzielle Risiken.

Eckpunkte zum Doppelhaushalt

Vor diesem Hintergrund hat sich die bremische Wirtschaft für folgende Eckpunkte bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2008/2009 ausgesprochen:

- Im Interesse des weiteren wirtschaftlichen Wachstums müssen ausreichend Mittel für Investitionen in die Wachstumsmotoren des Landes wie Häfen, Logistik, In-



Hier ist Exzellenz zu Hause: Im Marum-Gebäude im Technologiepark der Universität Bremen arbeiten die Meereswissenschaftler. Bremen muss seine wirtschaftlichen Potenziale bei den Häfen, bei Bildung und Wissenschaft, im Tourismus und im Bereich der Technologien weiter stärken.

dustrie oder Tourismus zur Verfügung stehen. Ein Großteil der noch verbleibenden Investitionsmittel in den öffentlichen Haushalten ist bereits gebunden. Damit ist der Spielraum freier Mittel gering. Wenn Bremen seine Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort nicht nachhaltig gefährden möchte, dürfen diese verbleibenden freien Investitionsmittel nicht noch weiter zusammengestrichen werden. Außerdem ist darauf zu achten, dass keine konsumtiven Ausgaben oder Zinslasten als Investitionsausgaben umdefiniert werden.

- Prinzipiell sieht es auch die Bremische Wirtschaft positiv, wenn die bestehenden Förderprogramme schlank und transparent gestaltet sind. Es wäre allerdings fatal, wenn es in der Bremischen Förderpolitik zu einem abrupten Wechsel käme – etwa durch Umstellung der Existenzgründungsförderung auf Kreditfinanzierung. Dies würde in der Konkurrenz zum Umland dazu führen, dass neue Unternehmen tendenziell außerhalb Bremens gegründet werden.

- Bremen ist in den zurückliegenden Jahren durch eine gezielte Innovationspolitik erheblich im Strukturwandel vorangekommen. Um diese Entwicklung nicht abreißen zu lassen, ist es unabdingbar, dass das Mit-

telvolumen für das Programm InnoVision 2010 aufrecht erhalten wird. Das bisherige Volumen muss als minimale Basis betrachtet werden und verträgt keinerlei Streichungen.

- Durch das Investitionssonderprogramm (ISP) ist es dem Land Bremen in den vergangenen Jahren gelungen, seine Funktion als Oberzentrum an beiden Standorten spürbar auszubauen. Über die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt als Einzelhandelsstandort hinaus wird es in der Konkurrenz zum Umland nun entscheidend darauf ankommen, dass auch der Einzelhandel in den Stadtteilzentren gestärkt wird. Bei der Finanzierung der Stadtteilinitiativen und der City-Initiative darf es daher nicht zu einer bruchartigen Veränderung kommen. Gegen eine private Kofinanzierung ist aus Sicht der Wirtschaft in diesem Bereich grundsätzlich nichts einzuwenden. Wenn bestehende Strukturen aber nicht zerschlagen werden sollen, dürfen Veränderungen in der Finanzierungs politik nur kontinuierlich stattfinden. Schon die gegenwärtige Diskussion verunsichert Unternehmen bei der Planung von Investitionen, weil sie die Rahmenbedingungen nicht mehr kennen.

Stärken intensiver kommunizieren

Angesichts der Tatsache, dass Bremen und Bremerhaven künftig weniger Investitionsmittel zur Verfügung haben werden und daher auch weniger Mittel in zusätzliche touristische Anziehungspunkte fließen können, ist es umso wichtiger, dass die bestehenden Stärken und Angebote des Landes Bremen intensiver kommuniziert werden. Es wäre daher ein großer Fehler für den Standort insgesamt, wenn ausgerechnet bei den Mitteln für das Marketing gespart würde – im Gegenteil: Das bisherige Marketing muss ausgebaut und organisatorisch effizienter gestaltet werden.

In der Koalitionsvereinbarung wird dezidiert gesagt: „Mit zusätzlichen Mitteln soll der Umstrukturierungsprozess der Hochschulen unterstützt werden, um die Qualität der Lehre zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der Bremer Hochschulen und Forschungsinstitute zu erhalten.“ Diese generelle Zusage darf nicht durch Mittelkürzungen in Frage gestellt werden. Das Land Bremen sollte sich zur Stärkung der finanziellen Basis der Hochschulen auch dazu entscheiden, wie andere Bundesländer

Studiengebühren zu erheben, die den Haushalten der Hochschulen zufließen.

Regionale Kooperationen ausbauen

In ihren Wahlprüfsteinen hatte die Handelskammer Bremen gefordert, dass die Landespolitik durch generelle Verschlan- kung in der Verwaltung zu Einsparungen kommen und gezielt Doppelstrukturen ab- bauen müsse, wie sie beispielsweise zwi- schen den Kommunen Bremen und Bre- merhaven oder den Bundesländern Bre- men und Niedersachsen in vielen Verwal- tungsbereichen noch immer bestehen. Die neue Landesregierung müsse dafür sorgen, dass das Land und die Kommunen Bremen und Bremerhaven gemeinsam auf die Sa- nierungsanstrengungen verbindlich ver- pflichtet werden. Bremen müsse dazu kom- men, die Chancen von Kooperationen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten verstärkt für sich zu nutzen. Die Landespolitik, so betonten die Kam- mern, müsse insgesamt noch stärker ein Klima für Wandel und Veränderung her- stellen.

Bremen unter Wachstumsaspekten sehen

Zu den Stärken, in die das Land Bremen aus Sicht der Wirtschaft künftig investieren muss, gehören neben den Häfen und der Logistikwirtschaft, den Produktionsbetrie- ben, dem Wissenschafts- und Technologie- sektor, auch touristische Anziehungspun- kte. So zeigen beispielsweise das Universum mit Science Center, Schaubox und Ent- deckerpark, die Flaniermeile Schlachte oder die Museen in Bremen und Bremerhaven wie etwa das Deutsche Auswandererhaus mit steigenden Besucherzahlen, dass das Land Bremen für Touristen eine wachsende Anziehungskraft hat. Als neue Deutsch- landbasis des Low-Cost-Carriers Ryanair rückt das Land Bremen touristisch auch eu- ropaweit stärker in den Fokus. Dies muss vermarktet werden. Auch hier muss Bre- men insgesamt unter Wachstumsaspekten gesehen werden – an markanten Punkten beispielsweise durch die Weiterentwick-

lung der Überseestadt und der Havenwel- ten zu einem dynamischen Vorzeigearial.

Der Ausbau der Autobahn A 1, die be- beschleunigte Planung der Küstenautobahn A 22 oder die Realisierung des JadeWeser- Ports machen deutlich, dass Entwicklun- gen immer häufiger in ihrem regionalen Zusammenhang gesehen und umgesetzt werden müssen. Wer überregional auf sich aufmerksam machen möchte, muss eine Verbesserung der Infrastrukturen erreichen, die von einzelnen Städten oder einem Zwei-Städte-Staat wie Bremen allein nicht zu leisten ist. Dabei geht es nicht allein um die Wirkung auf norddeutscher oder natio- naler Ebene. Im Blick stehen auch die För- derungen durch die Europäische Union, die sich künftig vor allem auf die Metro- polregionen konzentrieren. Wer hier nicht kooperiert, wird in der europaweiten und globalen Konkurrenz der Stand- orte leicht abgehängt – ein Defizit, das dann nur noch schwer auszugleichen ist.



Weithin sichtbar: der Turm der Lüfte im neuen Entdeckerpark des Universums



Das Universum Bremen ist um einige Attraktionen reicher geworden. Science Center, Schaubox und Entdeckerpark sind Anziehungspunkte für Touristen über das ganze Jahr hinweg.



(v.l.) Sitzung des Metropolvorstandes im Haus Schütting, Imageflyer, Metropolversammlung in Oldenburg

Metropolregion Bremen-Oldenburg: Impulsgeber für den Nordwesten

Ein Jahr nach ihrer Gründung hat sich die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten zum Impulsgeber und wichtigen Lobbyisten für die Nordwestregion entwickelt. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Beteiligten hat im Laufe des Jahres 2007 zu einer Vollendung der Arbeitskreisstrukturen, zur Verabschiedung eines ersten Arbeitsprogramms sowie zu einer Verständigung über eine Vielzahl zu fördernder Einzelprojekte geführt. Die aktuellen Schwerpunktthemen der Metropolregion sind:

- Regionalmarketing
- Unterstützung der großen regionalen Infrastrukturvorhaben (JadeWeserPort, Schienen-Hinterlandanbindungen, A 1, Küstenautobahn A 22, A 281)
- Logistik/Außenhandel: weitere Profilierung des Nordwestens als Logistikregion und regionale Vernetzung der Akteure
- Aufbau des Clusternetzwerkes „automotivenordwest“
- Stärkung der Ernährungswirtschaft
- intensive Einbeziehung der regionalen Wissenschaftspotenziale
- Weiterentwicklung und regionale Vernetzung im Bereich Tourismus (insbesondere die Nutzung der mit der Ryanair-Ansiedlung am Flughafen Bremen verbundenen Potenziale)

Regionalmarketing Die Themen Außenwirkung und Marketing gehören zu den vordringlichen Aufgaben der Metropolregion. So wurden 2007 die ersten neuen Imageprodukte, darunter die Broschüre „Drehzscheibe-Nordwest“, präsentiert. Darin stellt sich die Region eindrucksvoll als wirtschaftliche Zukunftsregion dar. Als Logistik-Drehzscheibe, Management-Schmiede, Hightech-Region, Wissenschaftsstandort, Zentrum der Ernährungswirtschaft und als

Energie-Drehzscheibe erbringt der Nordwesten bedeutende Leistungen für Deutschland und Europa. Diese Broschüre macht deutlich, dass der Exportweltmeister Deutschland auf die Häfen und eine leistungsfähige Infrastruktur im Nordwesten angewiesen ist. Bei zwei von der Politik viel beachteten Parlamentarischen Abenden – am 9. Oktober 2007 in der Bremischen Landesvertretung in Berlin und am 28. November 2007 in Brüssel – hat sich die Metropolregion mit diesen Schwerpunkten erfolgreich präsentiert.

Infrastrukturvorhaben Die Metropolregion liegt an der Schnittstelle der globalisierten Warenströme. Daher gehört die Weiterentwicklung des Hafen- und Logistikstandortes Nordwest durch den Ausbau der Infrastrukturen zu den zentralen Zukunftsaufgaben. Hierzu zählt der JadeWeserPort in Wilhelmshaven. Er wird die Umschlagskapazitäten der Region über den Ausbau der Häfen in Bremerhaven hinaus langfristig sichern. Dringend erforderlich ist der Ausbau der Verkehrsverbindungen auf der Straße, auf dem Wasser und auf der Schiene.

Logistik und Außenhandel 2007 hat die Metropolregion den Startschuss für eine umfangreiche Studie zur Logistikregion Nordwest gegeben, deren weitere Auftraggeber das Bundeswirtschaftsministerium und die Kieserling-Stiftung in Bremen sind. Inhaltlich sollen über eine Untersuchung vorhandener Wertschöpfungsverflechtungen Bedarfe für Infrastruktur, Innovation und Ausbildung ermittelt werden. Diese Studie ordnet sich auf diese Weise in den Zusammenhang zukünftiger Masterpläne der Bundesregierung sowie der EU-Kommission zur Förderung der Logistik als bedeutendes strategisches Zukunftsfeld ein.

„Automotive Nordwest“ – Die Automobilwirtschaft ist eine der Kernbranchen im Nordwesten Deutschlands. Mit Produktionsstätten der Daimler AG, der Volkswagen AG und der Karmann GmbH und mit mehr als 400 Zulieferbetrieben in der Region ist der Automotive-Sektor einer der wichtigsten Wirtschaftszweige, und mit rund 44.000 Beschäftigten ist der Nordwesten einer der größten deutschen Automobilstandorte. So wird in dieser Region nahezu alles, was für den Bau von Kraftfahrzeugen benötigt wird, im Einzugsbereich der großen Produktionswerke hergestellt. Darüber hinaus sind Bremerhaven und Emden die führenden Seeterminals für den Automobilumschlag in Europa.

Durch die stetig rückläufige Fertigungstiefe vertiefen sich die Beziehungen zwischen Herstellern und Zulieferern kontinuierlich. Darüber hinaus wird der Handlungsspielraum der Zulieferunternehmen durch den zunehmenden Kostendruck in der Automobilbranche weiter eingeschränkt. Eine intensive Vernetzung von Herstellern, Zulieferern und Dienstleistern kann dazu beitragen, das Standort- und Wettbewerbsprofil der Branche im Nordwesten Deutschlands und der Metropolregion Bremen-Oldenburg weiter zu entwickeln. Das industrielle Wachstumspotenzial kann somit genutzt und die Region für Investoren interessanter gemacht werden.

In der Auftaktveranstaltung zum Netzwerk „Automotive Nordwest“ am 26. September 2007 trafen sich mehr als 110 Teilnehmer aus Wirtschaftsunternehmen der Metropolregion, um über eine künftige Zusammenarbeit zu diskutieren. Die Wirtschaftskammern wollen in Zusammenarbeit mit den Unternehmen in der Metropolregion den Dialog zwischen Automobilherstellern



(v.l.) Landesbank-Chef Dr. Stephan-Andreas Kaulvers, Landrat Gerd Stötzel und Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulf feiern den 1. Geburtstag der Metropolregion Bremen-Oldenburg.

und -zulieferern fördern. Gemeinsames Ziel ist es, auf diesem für Deutschland bedeutenden Wirtschaftszweig und die damit verbundene Wertschöpfung aufmerksam zu machen und für den Standort zu werben. Letztlich geht es dieser Initiative darum, den beteiligten Unternehmen und der Metropolregion insgesamt Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Inhaltlich wird „Automotive Nordwest“ von unterschiedlichen Veranstaltungsformaten getragen. Zu den Themen der Automobil- und Zuliefererindustrie wird es regelmäßig Workshops und Foren, fachliche Veranstaltungen und Stammtische geben. Dort sollen Anwender und Entscheider über aktuelle Entwicklungen frühzeitig informiert werden.

Ernährungswirtschaft Auch die Ernährungswirtschaft wird in der Satzung der Metropolregion als eines der Zukunftsfelder benannt. Um die gemeinsamen Interessen und Anliegen der unterschiedlichen Sparten dieser Branche zu definieren, hat das agrar+ernährungsforum Oldenburger Münsterland am 20. September 2007 Vertreter der Ernährungswirtschaft zu einem ersten Fachdialog eingeladen. Als Ergebnisse dieser Auftaktveranstaltung wurden die Themen Qualifizierung, Rohstoffsicherung, Optimierung der Wertschöpfungsketten und Bürokratieabbau als besonders wichtig eingestuft.

Wirtschaft und Wissenschaft Als Wissenschaftsstandort ist die Metropolregion Bremen-Oldenburg hervorragend aufgestellt. Die vier Universitäten und sieben Fachhochschulen in der Region gelten überregional als Innovationskerne, um die sich eine hoch interessante Wissenslandschaft gebildet hat. Wissenschaft und Wirtschaft sollen sich in der Metropolregion daher noch intensiver vernetzen. Die Universitäten und Hochschulen der Region planen, ihr Angebot schlagkräftiger aufzustellen und an den wichtigen Technologiefeldern des Nordwestens auszurichten. Im Gespräch ist eine Workshop-Reihe, bei der

Unternehmer und Wissenschaftler die Anforderungen der nahen Zukunft festlegen. Die Ziele sind unter anderem, dem durch den demografischen Wandel zunehmenden Fachkräftemangel ein passgenaues akademisches Angebot entgegenzusetzen und den Wissenschaftsstandort Nordwest stärker in das Bewusstsein zu heben.

Tourismus Nachdem die Übernachtungszahlen in Bremen 2006 mit insgesamt 1,258 Millionen (+ acht Prozent im Vergleich zu 2005) einen Höchstwert erreichten, wird auch für 2007 mit weiter zunehmenden Übernachtungszahlen (im ersten Halbjahr + 3,2 Prozent bei deutschen Gästen) gerechnet. Der Start der Fluggesellschaft Ryanair mit einem eigenen Terminal am Bremer Flughafen hat diese positive Tendenz verstärkt – zum Nutzen Bremens und Bremerhavens, aber auch der gesamten Region Nordwest. Besonders erfreulich ist ein Zuwachs an Hotel-Übernachtungen von ausländischen Touristen aus jenen Ländern, die nun direkt durch Ryanair an Bremen und die Metropolregion angebunden sind. Zu diesen Zahlen passt die Preisverleihung als „Destination des Jahres 2008“, den sogenannten BusOscar, durch die Omnibusrevue, Europas auflagenstärkste Zeitung für die Branche. Bremen erhielt diesen Preis nach 2004 in 2007 schon zum zweiten Mal.

Metropolbeirat nimmt die Arbeit auf

Die Spitzenvertreter der Wissenschaft sind treibende Kraft im Metropolbeirat, der sich am 27. September 2007 konstituiert und eine wichtige beratende und fachliche Funktion in der Arbeit der Metropolregion hat. Seine Mitglieder sehen in ihm eine Plattform, bereits bestehende Kooperationen auszubauen, zu vernetzen und die Metropolregion mit konkreten Projekten nach innen und außen voranzubringen. Als Sprecher wurde der Präsident der Universität Oldenburg, Prof. Dr. Uwe Schneidewind, gewählt. Folgende Wissenschaftseinrichtungen sind im Metropolbeirat vertreten: die Universität Bremen, die Jacobs Univer-

sität Bremen, die Hochschule Bremen, das Hanse-Wissenschaftskolleg, die Fachhochschule Oldenburg-Ostfriesland-Wilhelms-haven, die Hochschule für Künste, die Universität Oldenburg, die Hochschule Vechta, die Private Fachhochschule für Wirtschaft und Technik sowie die Hochschule Bremerhaven. Hinzu kommen Vertreter aus Landschaftsverbänden, den Kultureinrichtungen und des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Die Fülle der an die Metropolregion gerichteten Projektanträge, der Aufbau von Clusteraktivitäten und die vielfachen Kooperationspläne in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur belegen die Aufbruchstimmung in der Metropolregion. Die Kooperationsgespräche – ob in der Wirtschaft, mit den Hochschulen, den kommunalen Gebietskörperschaften oder im Bereich Kultur – zeigen ein großes weit gestreutes Engagement und Ideenreichtum für den Nordwesten.

Förderverein „Wirtschaft pro Metropolregion e. V.“

Der im Jahr 2006 ins Leben gerufene Unterstützerverein der Wirtschaft zählt inzwischen 70 Unternehmen, Institutionen, Kammern und Verbände zu seinen Mitgliedern – Tendenz steigend. Der Förderverein schlägt die 30 Vertreter der Wirtschaft in der Metropolversammlung vor, in der über die strategischen Ziele und das Arbeitsprogramm der Region entschieden wird. Mit ihren Beiträgen unterstützen die Mitglieder wirtschaftsnahe Projekte und die Arbeit der Metropolregion.

Senator Ralf Nagel zusammen mit BLG-Chef Detthold Aden und NTB-Geschäftsführer Gerhard Wahlers auf einer Containerbrücke am North Sea Terminal Bremerhaven.



Ausbau der Verkehrsinfrastruktur: Schwung für die Drehscheibe Nordwest

Die Logistik ist ein traditioneller Kernbereich der bremischen Wirtschaft. Mehr als 2.000 Unternehmen in Bremen und Bremerhaven sind unmittelbar dem Transport- und Logistiksektor zuzurechnen, über 86.000 Arbeitsplätze sind allein im Land Bremen von den bremischen Häfen abhängig. Hinzu kommen weitere 88.000 im Umland und im gesamten Bundesgebiet. In den zurückliegenden Jahren hat sich eine stürmische Entwicklung vollzogen, die auch im historischen Kontext beispiellos ist. So stieg der Gesamtumschlag der bremischen Häfen von 1965 bis 1999 von rund 24,4 auf 36 Millionen Tonnen. Dies entspricht einem Wachstum von 50 Prozent in einem Zeitraum von 34 Jahren. 2007 haben die bremischen Häfen bereits fast 70 Millionen Tonnen umgeschlagen. Dies entspricht einem Wachstum von mehr als 90 Prozent in nur acht Jahren. Damit erreichen die bremischen Häfen Wachstumsraten, die man sonst nur aus den boomenden Regionen Chinas kennt.

Chancen der Globalisierung nutzen

Gründe für dieses massive Wachstum sind der stark gestiegene Warenaustausch im Zuge der Globalisierung und die heute übliche enge Vernetzung von internationalen Produktionsstandorten sowie eine richtige und zukunftsorientierte Hafenpolitik des Landes Bremen. Besonders erfreulich ist daher der Trend, dass Bremen auch bei den vor- und nachgelagerten Tätigkeiten vom Hafenumschlag mehr als bisher profitiert. Über viele Jahre hinweg waren eher die zentralen Lagen in Deutschland bevorzugte Standorte für Logistik und Distributionsfunktionen. Inzwischen hat eine Entwicklung eingesetzt, die den Schwerpunkt der europäischen Logistikbranche zunehmend in die Seehafenstandorte verlagert. Je grö-

ßer der Anteil der Waren aus dem oder in das außereuropäische Ausland ist, desto mehr bieten sich die Seehäfen mit ihrer Schnittstellenfunktion für internationale Warenströme als Standort logistischer Dienstleistungen an. Für die Logistikunternehmen im Land Bremen bedeutet dies hervorragende Perspektiven. Insbesondere im Bereich der internationalen Logistikdienstleistungen ist ein erhebliches Wachstum zu erwarten. Die Logistikdienstleister in Deutschland verzeichnen jährliche Umsatzzuwächse zwischen fünf und acht Prozent. Damit gehört die maritime Logistik eindeutig zu den Globalisierungsgewinnern.

Bremen – idealer Logistikstandort

Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass Bremen auch in Zukunft in besonderem Maße von dieser Entwicklung profitieren wird. Das Bundesland liegt wie kein anderer Hafenstandort in Deutschland in zentraler Lage zu den Containerterminals in Hamburg, Bremerhaven und ab 2011 in Wilhelmshaven, die alle nur rund eine Lkw-Fahrtstunde entfernt sind. Verkehrs- und wirtschaftsgeographisch ist Bremen damit der ideale Standort für unternehmerische Entscheidungsfunktionen in nahezu allen Belangen von Groß- und Außenhandel, Logistik, Transport und Hafenumschlag. Eine besondere Stärke der bremischen Häfen ist außerdem die Einbettung in ein zukunftsweisendes europaweites Netzwerk von Containerterminals und die enge Bindung der beiden weltweit größten Containerreedereien Maersk und MSC an den Hafenstandort.

In dieser Hinsicht ist es nur folgerichtig, Bremen als Logistikstandort zu vermarkten und auch die Ansiedlung von Logistikdienstleistern zu forcieren. Das Kompetenz-

zentrum Logistik Bremen ist hierzu ein richtiger Beitrag. Allerdings ist Logistik immer auch mit dem tatsächlichen physischen Transport von Gütern verbunden. Daher muss ein Logistikstandort auch in seine verkehrliche Anbindung investieren.

Hafeninfrastruktur ausbauen Bremen hat diese Herausforderung angenommen und massive Anstrengungen zum Ausbau der Hafeninfrastruktur unternommen: 2008 wird in Bremerhaven das zurzeit größte Hafenausbauprojekt an der deutschen Küste – die Verlängerung des Containerterminals (CT) Bremerhaven – in Betrieb gehen. Mit dem CT 4 wird die bereits heute längste Kaje der Welt um weitere 1.681 Meter auf fast fünf Kilometer erweitert. Vier neue Liegeplätze für Großcontainerschiffe und 90 Hektar Hafenfläche werden dort geschaffen, so dass nun insgesamt rund zwölf Liegeplätze für Großcontainerschiffe zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wird für die Automobildrehscheibe Bremerhaven bis zum Jahr 2010 die mehr als 100 Jahre alte Kaiserschleuse erneuert und auf 305 Meter Länge und 55 Meter Durchfahrtsbreite ausgebaut. Ergänzend wurde die Umschlagskapazität für den Automobilbereich um eine 550 Meter lange neue Kaje und eine etwa 60.000 Quadratmeter große zusätzliche Landfläche erweitert. Insbesondere für den Short-Sea-Verkehr wurde in Bremen ein neuer Containerterminal für die Abfertigung von Binnen- und Feeder-schiffen gebaut. Um auch nach dem Ausschöpfen der Ausbaureserven in Bremerhaven weiterhin an der positiven Entwicklung der Containerlogistik teilhaben zu können, hat sich Bremen am JadeWeserPort in Wilhelmshaven beteiligt, wo praktisch unbegrenzte weitere Ausbaupotenziale zur Verfügung stehen.



Das Land Bremen investiert massiv in seine Häfen.

chen können, ist zukunftsfähig. Um dies den Menschen in der Region näher zu bringen und die starke Abhängigkeit der Region von den Häfen zu verdeutlichen, haben die Handelskammer Bremen, die IHK Bremerhaven und weitere Kammern und Verbände entlang der Weser gemeinsam mit den Ländern Bremen und Niedersachsen sowie dem Bundesverkehrsministerium die Informationskampagne „Zukunft Weser“ (www.zukunftweser.de) gestartet. Derzeit steht das Planfeststellungsverfahren für die Außen- und Unterweseranpassung kurz vor dem Abschluss. Mit dem Planfeststellungsbeschluss wird Anfang 2008 gerechnet. Die eigentliche Baumaßnahme wird dann bei der Unterweser rund sechs Monate in Anspruch nehmen, der Ausbau der Außenweser dürfte etwa neun Monate dauern. Da beide Baumaßnahmen parallel erfolgen sollen, könnte die Weseranpassung noch im Jahr 2008 fertig gestellt werden.

Auch die Binnenwasserstraße Mittelweser wird ausgebaut. Bis 2012 sollen die Maßnahmen einschließlich der notwendigen Schleusenneubauten abgeschlossen sein. Dann können auch Großgütermotorschiffe mit einer Länge von 110 Metern die Mittelweser passieren. Dies gilt als Voraussetzung für eine stärkere Nutzung dieser Verbindung für den Hinterlandverkehr. Nach Prognosen könnten dann bereits im Jahr 2015 bis zu 150.000 Container mit Binnenschiffen auf der Mittelweser transportiert werden.

Klassische „Eisenbahnhäfen“ Im Hinterlandverkehr gelten die bremischen Häfen als klassische „Eisenbahnhäfen“. Annähernd 50 Prozent des Hinterlandverkehrs der bremischen Häfen werden heute auf der Schiene abgewickelt (ohne den Nahverkehr in das direkte Umland der Häfen). Im Containerfernverkehr werden sogar zwei Drittel der Ladung von der Bahn transportiert. Damit das so bleibt, muss die Kapazität der Schienenwege mit dem Umschlagswachstum der Häfen Schritt halten. In diesem Zusammenhang hat die Han-

Doch allein der Ausbau der Hafeninfrastuktur löst noch nicht die mit der Zunahme der weltweiten Warenströme verbundenen Aufgaben. Wichtig ist neben der Erreichbarkeit von See aus die Qualität und Kostenstruktur des Hinterlandverkehrs.

Hafenanbindung: Favorit Tunnellösung

In der Frage der Hafenanbindung hat die IHK Bremerhaven Position zugunsten einer leistungsfähigen Tunnel-Variante (Eichenweg) bezogen. Seit März 2007 hat sich die Kammer in einer Experten-Arbeitsgruppe mit den Anforderungen an eine Hafenanbindung auseinandergesetzt. Das Ergebnis war das klare Bekenntnis zum Tunnel, an dessen Finanzierung sich die regionale Wirtschaft in geeigneter Weise beteiligen würde.

Nach Auffassung der IHK kommt der Bau eines leistungsfähigen Hafentunnels schon jetzt zu spät und darf auf keinen Fall wei-

ter verzögert werden. Sonst könnte sich dieser Flaschenhals negativ auf die Entwicklung der Logistikbranche in Bremerhaven auswirken. Gegen die zehn Kilometer lange Nordumgehung spricht aus Sicht der IHK unter anderem, dass bei ihr – je nach Anzahl der Leerfahrten – sechs bis zwölf Millionen Umwegkilometer anfallen würden. Berechnungsgrundlage sind die 600.000 Container, die jährlich per Lkw über die Straße aus oder in Richtung Hafen transportiert werden. Diese beträchtlichen Umwegkilometer würden neun bis 18 Millionen Euro Mehrkosten und einen zusätzlichen CO²-Ausstoß von 11.500 Tonnen bedeuten. Besonders betroffen wären die Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft, für die eine Nordumgehung erheblich höhere Transportkosten bedeuten würde.

Zukunft für die Weser Nur ein Hafen, den die aktuellen Schiffstypen vernünftig errei-

In den bremischen Häfen landen immer mehr Güter; doch die Hinterlandverkehre halten mit dem Umschlagswachstum nicht Schritt. Ein Ausbau der Schienennetzes ist dringend erforderlich.



delskammer schon 1995 darauf hingewiesen, dass die Prognosen der Bundesverkehrswegeplanung die Mengenentwicklung im Schienenhinterlandverkehr der bremischen Häfen weit unterschätzen. Der frühere Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Carstens wies damals diese Einschätzung zurück und erklärte, dass es allenfalls einen langfristigen Bedarf für neue Schienenkapazitäten gäbe.

Seitdem hat sich jedoch der Gesamtumschlag in den bremischen Häfen mehr als verdoppelt, der Containerumschlag hat sich fast verdreifacht. Angesichts der Planungs- und Realisierungszeiten von Verkehrsinfrastrukturprojekten entwickelt sich nunmehr ein echtes Kapazitätsproblem auf der Schiene. Die Bahn will dem mit einem Masterplan entgegentreten und mit einem Bündel von Maßnahmen die letzten Kapazitätsreserven im Bestandsnetz nutzen. Gleichzeitig wird jedoch auch der Neubau von Schienenwegen nunmehr für dringend notwendig gehalten.

Ausbau des Bahnknotens Bremen Der Bahnknoten Bremen stellt bereits heute für Verkehre aus den Seehäfen Bremerhaven, Bremen, Wilhelmshaven, Brake und Nordenham einen Engpass dar. Der Ausbau zu einer leistungsfähigen Verbindung ist vor dem Hintergrund erheblich zunehmender Verkehre mit diesen Seehäfen dringend erforderlich. Geplant ist eine Spurplanänderung im Südkopf zur Entflechtung der Güter- und Personenverkehre in der Relation Oldenburg – Bremen – Hannover. Die Finanzierung soll aus Mitteln für das Bestandsnetz erfolgen.

Um nicht nach Inbetriebnahme des Jade-WeserPorts in Wilhelmshaven unter laufendem Betrieb mit zum Teil vollständigen Sperrungen bauen zu müssen, muss bis Ende 2010 auch die Wiederherstellung der durchgängigen Zweigleisigkeit einschließlich der Elektrifizierung der Strecke Oldenburg – Wilhelmshaven abgeschlossen sein. Auf Initiative der beteiligten Industrie- und Handelskammern setzt sich die Metropol-

region Bremen-Oldenburg vehement für die zügige Realisierung dieses Vorhabens ein.

Y-Trasse Zentrales Neubauprojekt im Schienenhinterlandverkehr ist die sogenannte Y-Trasse zwischen Bremen, Hamburg und Hannover, mit der die schnellen Personenverkehre von den bestehenden Strecken heruntergenommen werden sollen, um diese für den Güterverkehr frei zu machen. Nach den bisherigen Planungen wird diese Strecke größtenteils parallel zur Autobahn A 7 verlaufen. Westlich von Vissehövede teilt sich die Trasse in einen Bremer und einen Hamburger Ast. Nach den bisherigen Planungen endet der Bremer Ast bei Langwedel. Dies würde den Engpass jedoch nur verlagern. Die Handelskammer fordert daher eine Weiterführung dieser Neubaustrecke bis Bremen. Doch auch im günstigsten Fall wird die Realisierung dieses Projektes noch etliche Jahre in Anspruch nehmen.

Jedoch wird es angesichts des Mengenwachstums in Bremerhaven, Hamburg und bald auch in Wilhelmshaven auch mit all diesen Maßnahmen der Bahn nur möglich sein, den Anteil des Hinterlandverkehrs auf der Schiene konstant halten. Den Ausbau der Binnenschiffsanbindung und auch der Autobahnen kann der Schienengüterverkehr nicht ersetzen. Das Schlagwort „Güter gehören auf die Bahn“ geht daher an der Realität völlig vorbei, weil der Ausbau aller Hinterlandverkehre verhindern kann, dass die Häfen zur Wachstumsbremse werden. Wenn der Ausbau nicht kommt, werden sich die Warenströme auf andere Häfen verlagern. Neben dem Ausbau der Schienen- und Wasserwege muss darum dringend auch der durchgehend sechsstreifige Ausbau der A 1, die Küstenautobahn A 22

sowie der Autobahnring um Bremen durch die A 281 einschließlich der B 212 (neu) realisiert werden.

Sechsstreifiger Ausbau der A 1 Für den Wirtschaftsraum Nordwestdeutschland ist die Lage an einer europäischen Magistrale wie der A 1 von unschätzbarem Wert. Dies gilt jedoch nur, solange diese Verbindung auch leistungsfähig ist, was im Falle der A 1 inzwischen nicht mehr gegeben ist. Die Handelskammer Bremen hat daher gemeinsam mit den anderen an der A 1 gelegenen Kammern in den vergangenen Jahren wiederholt Aktionen für den durchgehend sechsstreifigen Ausbau der A 1 durchgeführt. Inzwischen sind erste Ergebnisse sichtbar. Zwischen dem Autobahndreieck Ahlhorner Heide und der Anschlussstelle Lohne/Dinklage begannen im Bereich der Anschlussstellen Lohne/Dinklage und Vechta im Herbst 2007 die Vorbereitungen für den sechsstreifigen Ausbau. Im Bereich zwischen der Kreuzung mit dem Mittellandkanal und Osnabrück-Nord wurde im Sommer 2007 mit den ersten Brückenneubauten begonnen. Der nächste Abschnitt Richtung Süden, zwischen Osnabrück-Nord und Autobahnkreuz Lotte/Osnabrück ist mit Ausnahme einiger Restarbeiten seit Juni 2007 sechsstreifig befahrbar. Für die Strecke zwischen Hamburg und Bremen liegen zwischenzeitlich für alle Unterabschnitte die Planfeststellungsbeschlüsse vor. Das Vergabeverfahren für das in diesem Bereich vorgesehene Konzessionsmodell steht vor dem Abschluss. Mit den ersten Bauarbeiten ist Ende 2008 zu rechnen.

A 281 Die Vollendung des Autobahnringes durch die A 281 ist für Bremen ein zentrales wirtschaftspolitisches Projekt. Mit der A 281 werden der Flughafen, das Gü-

(oben) Die Küstenautobahn A 22 ist eines der wichtigsten Infrastrukturvorhaben in Norddeutschland.
(unten) Für Bremen ist die Vollendung der A281 ein zentrales Projekt.



terverkehrszentrum und der Neustädter Hafen direkt an das Autobahnnetz angebunden. Darüber hinaus eröffnet dieser Autobahnring die Möglichkeit einer sternförmigen Erschließung der Stadt und damit auch die Minimierung der Fahrten durch die Stadt. Der erste Bauabschnitt zwischen A 27 und der Hafenrandstraße ist bereits seit über zehn Jahren in Betrieb. Am 30. Januar 2008 werden die ersten Bauabschnitte auf der südlichen Weserseite zwischen Güterverkehrszentrum (GVZ) und Neuenlander Ring für den Verkehr freigegeben.

Verzögerungen zeichnen sich jedoch nun beim Abschnitt 2/2 (Weiterführung in Richtung A 1) ab. Hier hat der zuständige Bremer Senator kurz vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens einen so genannten Runden Tisch eingerichtet, an dem Bedenken der Anlieger diskutiert werden sollen. Durch die Aktivitäten einer Bürgerinitiative ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, dass sowohl Anwohner als auch Unternehmen dieses Vorhaben in der geplanten Variante ablehnen. Vor diesem Hintergrund hat sich die Handelskammer dazu entschlossen, eine Unterschriftenaktion zu veranstalten, um ein Meinungsbild der betroffenen Unternehmen zu erstellen. Dabei wurden insbesondere die Unternehmen in den Gewerbegebieten entlang der A 281 (Güterverkehrszentrum, Airport-Stadt, Habenhausen) sowie die direkt betroffene Logistik- und Hafenbranche angesprochen. Im Ergebnis haben sich 620 Unternehmen mit mehr als 90.000 Beschäftigten klar für eine zügige Realisierung der A 281 als vollständigen Autobahnring zwischen der A 27 und der A 1 ausgesprochen. Dieses klare Signal der betroffenen Unternehmen hat die Handelskammer am 6. November 2007 öffentlichkeitswirksam der bremischen Politik übermittelt. Am Runden Tisch sind die betroffenen Unternehmen nicht vertreten. Im Bereich der Weserquerung wurde dagegen erfreulicherweise Ende September 2007 die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens beschlossen. Von besonderer Bedeutung für die Weserquerung ist der



Neubau der Bundesstraße B 212. Diese neue Trasse ist als Zubringer zum Wesertunnel und damit für die Wirtschaftlichkeit des privatfinanzierten Projektes wichtig. Die neue B 212 wird in Verbindung mit dem Wesertunnel im Zuge der A 281 aber auch die Wirtschaftsstandorte in der Wesermarsch (Brake, Lemwerder, Nordenham und Elsfleth) enger an das Oberzentrum Bremen anbinden. Sie wird die Trennwirkung der Weser unterhalb Bremens aufheben und hierdurch eine völlig neue Qualität in der Vernetzung des Unterweserraumes beiderseits der Weser schaffen. Die Raumordnungsverfahren in Bremen und Niedersachsen sind bereits eingeleitet.

Küstenautobahn A 22 Die Küstenautobahn A 22 ist eines der wichtigsten Infrastrukturvorhaben in Norddeutschland, da sie als Magistrale den Sackgassencharakter von A 29 und A 27 und die Trennwirkung von Weser und Elbe aufheben wird. Nachdem Ende Mai 2007 nach umfangreicher Prüfung unterschiedlicher Trassenvarianten eine Vorzugsvariante ermittelt wurde, steht nun das Raumordnungsverfahren bevor. Für die weitere Realisierung des Projektes strebt die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr an, dieses bis zum August 2008 abzuschließen. Danach kann mit der techni-

schen Planung begonnen werden, die 2010 in das Planfeststellungsverfahren münden soll. Baubeginn könnte dann Ende 2013 sein.

Der bei der IHK Bremerhaven angesiedelte Förderverein Pro A 22 informierte die Öffentlichkeit 2007 mit der Broschüre „Freie Fahrt für die Küstenautobahn – für wachsende Mobilität in Europa“. Sie wurde an 115.000 Privathaushalte im Planungsraum der A 22 verteilt. Außerdem ging sie an zahlreiche Multiplikatoren aus Politik und Wirtschaft. Im Juli 2007 setzte der Förderverein in Loxstedt im Landkreis Cuxhaven den Schlusspunkt unter seine Veranstaltungsreihe „10 x 11,3 km“. Auf insgesamt zehn Veranstaltungen innerhalb des Planungsraumes der Küstenautobahn wurde über das Projekt informiert und der Dialog mit den Bürgern gesucht. Über diese Veranstaltungen wurde ausführlich in der örtlichen Presse sowie im Radio und im Fernsehen berichtet. In 2008 will sich der Förderverein auf die politische Lobby-Arbeit in Berlin und Brüssel konzentrieren. Hauptziele sind die Aufnahme der A 22 in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes ab dem Jahre 2009 und die Berücksichtigung der Küstenautobahn innerhalb der transeuropäischen Netze der Europäischen Union.



Das strategische Ziel: Ausbildung für alle

Ausbildung bleibt eines der zentralen Themen der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven. Allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen soll der Einstieg in das Berufsleben eröffnet werden. Dies wollen die beiden Kammern über eine enge Vernetzung mit allen Bildungsbeteiligten im Land Bremen erreichen und haben daher in den vergangenen Jahren ein enges Kooperationsnetzwerk im Bereich der Ausbildung begründet und unterstützt.

Das prominenteste Beispiel ist der Regionale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven, der zum 30. Juni 2007 bestimmungsgemäß ausgelaufen ist. Dieser Pakt war 2004 mit einer ersten Laufzeit von drei Jahren abgeschlossen worden und lehnte sich in weiten Teilen an den auf Bundesebene geschlossenen Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs an. Für Bremen und Bremerhaven wurde der Regionale Pakt allerdings durch besondere Spezifika ergänzt, die sich in der Zusammenarbeit der Bildungspartner abzeichneten hatten.

Pakt für Ausbildung fortsetzen

Nach der ersten Laufzeit des Regionalen Ausbildungspaktes können die 23 bremischen Paktpartner für das Land eine beachtliche Bilanz ziehen. In den zurückliegenden drei Jahren wurden bei der Handelskammer Bremen bis zum 30. November 2007 insgesamt 1.638 neue Ausbildungsbetriebe registriert. In dieser Zeit haben die Bremer Ausbildungsunternehmen im Bereich der Handelskammer 2.201 neue Ausbildungsplätze geschaffen. Auch in Bremerhaven stellt sich die Situation po-

sitiv dar. So konnten zum Stichtag 30. November 2007 insgesamt 252 neue Unternehmen für die Ausbildung gewonnen und 457 neue Ausbildungsplätze besetzt werden.

Unter dem Strich wird deutlich, dass die bremische Wirtschaft während der Laufzeit des Paktes deutlich mehr neue Ausbildungsplätze als die vereinbarten Zielzahlen zur Verfügung gestellt hat – ursprünglich waren zwischen den Partnern jährlich 280 neue Ausbildungsplätze vereinbart worden. Neben den günstigen konjunkturellen Einflüssen und den veränderten Bedingungen auf dem Fachkräftemarkt hat sich durch den Ausbildungspakt deutlich gezeigt, wie erfolgreich die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten im Interesse der Jugendlichen ist.

Ausbildungsplätze in Bremen – positive Entwicklung

Die positive Entwicklung bei der Eintragung von Ausbildungsverhältnissen durch die Handelskammer Bremen hat sich 2007 fortgesetzt. Wie in der Vergangenheit wurde die Kammer von vielen Partnern unterstützt, von denen insbesondere das Ausbildungsbüro in der Handelskammer (ExAM), die Initiative Beratung-Qualifizierung-Akquise (BQA) der AWO Bremen, die ihren Sitz ebenfalls in den Räumen der Handelskammer hat, die Initiative Türkisch-Europäisches Wirtschaftsforum Bremen/Nordwest e. V. (TEWIFO), die Agentur für Arbeit Bremen sowie die Initiative job4u zu nennen sind.

Die Ausbildungsberater der Handelskammer haben sich auch dafür eingesetzt, Ausbildungsverhältnisse für insgesamt 15 neue oder neu geordnete Berufe zu gewinnen. In diesen Berufen konnten 198 Auszubilden-

de ihre Berufsausbildung aufnehmen. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Zahlen in Zukunft weiter erhöhen werden.

Insgesamt wurden im Jahr 2007 bei der Handelskammer Bremen 3.436 Verträge neu registriert. Dies sind 186 Verträge mehr als im Vorjahr (5,7 Prozent). Bezogen auf den Zeitraum von 2004 bis 2007 wurde im Verantwortungsbereich der Handelskammer Bremen die Zahl der Ausbildungsverträge von 7.623 auf 8.809, also um insgesamt 15,5 Prozent gesteigert. Die höchsten Steigerungen im Berichtszeitraum waren in absoluten Zahlen bei den Berufen Mechatroniker (102 Verträge), Fachlagerist/Fachkraft für Lagerlogistik (210) und Industriekaufmann (177) zu verzeichnen. In Bremerhaven registrierte die IHK 2007 mit 79 zusätzlichen Ausbildungsverträgen einen Zuwachs von 13,3 Prozent.

Auch die Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven, die nach eigener Einschätzung rund 70 Prozent aller Bewerberinnen und Bewerber und aller Ausbildungsstellen erfassen, melden eine deutliche Verbesserung auf dem Ausbildungsstellenmarkt gegenüber dem Vorjahr. So ist die Zahl der gemeldeten Suchenden bei der Agentur für Arbeit Bremen von 5.850 (September 2006) auf 5.134 (September 2007) um 716 zurückgegangen. Bei der Agentur für Arbeit Bremerhaven sank die Zahl der Suchenden von 2.660 auf 2.353.

Dem gegenüber ist die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen bei der Agentur für Arbeit Bremen von 3.995 (September 2006) auf 4.250 (September 2007) um 255 gestiegen. Auch bei der Agentur für Arbeit Bremerhaven gab es eine Steigerung von 1.171 auf 1.191.

Top Job im Weserpark: In Bremen und Bremerhaven bieten Ausbildungsmessen Jugendlichen Orientierung.



Einstiegsqualifizierung: hohe Vermittlungsquote

Zu dieser Entwicklung hat die mit dem Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs eingeführte Einstiegsqualifizierung (EQ) in erheblichem Maße beigetragen. Sie ermöglicht es jungen Menschen mit eingeschränkten Vermittlungschancen, in einer sechs- bis zwölfmonatigen betrieblichen Vorlehre den Einstieg in die berufliche Ausbildung zu finden. Die im Land Bremen, aber auch im Bundesgebiet hierzu erfassten Daten weisen eine Übernahmerate von mehr als 60 Prozent auf. Diese hohe Rate hat insbesondere Jugendlichen, die einen schwierigeren Einstieg in das Berufsleben hatten, neue Perspektiven eröffnet.

Aufgrund dieser positiven Erfahrungen mit dem ersten Regionalen Pakt für Ausbildung haben sich die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven eindringlich dafür ausgesprochen, einen zweiten Regionalen Pakt folgen zu lassen. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben auf nationaler Ebene bereits am 25. März 2007 die Fortführung des ersten Nationalen Paktes für Ausbildung vereinbart.

Qualität der Schulen verbessern

Aus Sicht der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven müssen die Vergleichbarkeit, Niveausicherung und Qualitätsentwicklung schulischer Bildung gewährleistet sein. Dies kann nur erreicht werden, wenn alle Schulen ihre Arbeit an verbindlich festgelegten Standards orientieren. Diese Standards haben die Kompetenzen zu beschreiben, deren Erwerb für Schüler notwendig ist, um erfolgreich eine berufliche Ausbildung oder ein Studium zu absolvieren. Dazu gehört auch der Ansatz, Bildungsstandards so zu formulieren, dass sie für Lehrkräfte, Lernende und Eltern als Referenzsystem dienen können.

Gleichzeitig müssen Bildungsstandards allen Interessierten in geeigneter Weise und offen zugänglich sein. Sie müssen ein-

gebettet sein in ein umfassendes Qualitätsmanagementsystem im Bildungsbereich. Nur so können Bildungsstandards in wichtigen Kernbereichen Vergleichbarkeit der schulischen Bildung sicherstellen.

Darüber hinaus spielen Faktoren wie die Qualität der Lehrerbildung und der Partnerschaft zwischen Schule und Eltern oder die Integration und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle. Die Einführung eines Qualitätsmanagements in Bremen sollte einengende Regelungen, Verwaltungsvorschriften und -verfahren überflüssig machen und damit Bürokratie abbauen helfen und das Bildungssystem in Bremen insgesamt effizienter machen.

Berufsorientierung und Ausbildungsreife verbessern

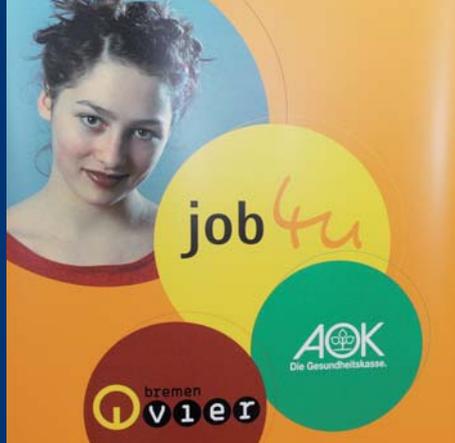
Die Wirtschaft braucht selbstständig denkende und eigenverantwortlich handelnde junge Menschen mit einer tragfähigen und ausbaufähigen Allgemeinbildung. Schulen werden stärkere Anstrengungen unternehmen müssen, um Jugendliche auf die Arbeitswelt optimal vorzubereiten. Die Unternehmen in Bremen verstehen sich dabei als Partner der Schulen und werden ihr Engagement beispielsweise beim Angebot an Plätzen für Betriebspraktika und in den regionalen Arbeitskreisen wie Berufsfachkonferenzen stärken. Die Schulen müssen auch besser auf den Einstieg in das Berufsleben vorbereiten. Das tun sie derzeit nicht in ausreichendem Maße. Im Gegenteil: Viele Unternehmen beklagen gravierende Defizite der Schulabgänger – in der Allgemeinbildung, der mündlichen und schriftlichen Ausdrucksfähigkeit oder selbst bei einfachen Rechenaufgaben. Dies führt dazu, dass eine Reihe von Ausbildungsplätzen aufgrund mangelnder Qualifikationen der Bewerber insbesondere aus dem Land Bremen nicht oder nur schwer besetzt werden können. So verzeichnet die Handelskammer seit Jahren einen Rückgang von Auszubildenden, die in Bremen wohnen. Nur noch 45 Prozent aller Auszubildenden kommen aus Bremen. Knapp die

Hälfte der Auszubildenden haben ihren Wohnort im niedersächsischen Umland. Betriebe senken teilweise die Anforderungen, müssen den Aufwand bei der Suche nach geeigneten Jugendlichen stark erhöhen oder unternehmen während der Ausbildung zum Teil erhebliche Anstrengungen, damit Jugendliche ihre Ausbildung erfolgreich abschließen können.

Nicht für alle Defizite sind allerdings die Schulen verantwortlich zu machen. So stellen Ausbilder zunehmend Schwächen bei den sozialen und persönlichen Kompetenzen der Lehrstellenbewerber fest, zum Beispiel im persönlichen Verhalten (Ehrlichkeit, Höflichkeit, Freundlichkeit), in ihrer Motivation (Fleiß, Zielstrebigkeit, Interesse, Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit) oder bei den sozialen Kompetenzen (Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit). Für die Entwicklung dieser Fähigkeiten muss verstärkt an die Erziehungsverantwortung der Eltern und an die Gesellschaft appelliert werden.

Projekte für junge Leute

Die beiden Kammern setzen bei ihrer Ausbildungsstrategie nicht nur auf den Ausbildungspakt, sondern ergänzen dieses Instrument durch eine Reihe weiterer Maßnahmen. Hierzu gehören Projekte, die sich unmittelbar an junge Leute richten, die bei dem Übergang von der Schule in den Beruf mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ein Beispiel ist die von der bremischen Wirtschaft gegründete Ausbildungsinitiative Bremen/Bremerhaven (AiBB), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, benachteiligte Jugendliche bei der Aufnahme einer dualen Berufsausbildung zu unterstützen. Diese vom Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet Bremen e. V. (BWU) getragene Initiative hat bereits in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Seit dem 1. September 2004 konnten insgesamt 328 Jugendliche in eine Ausbildung vermittelt werden, davon 226 in Bremen und 102 in Bremerhaven.



Die Initiative job4u hat sich zu einer unverzichtbaren Ausbildungsplattform entwickelt – dank der engagierten Beteiligung aller Initiativpartner.

Ebenso erfolgreich war erneut das Bremer Landesprogramm zur Schaffung von Ausbildungspartnerschaften und Lernortverbänden, durch das im zurückliegenden Jahr 102 Ausbildungsplätze gewonnen wurden. Diese Initiative ist ein wichtiges Instrument bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in Unternehmen, die ohne eine solche Partnerschaft aufgrund gesetzlicher Regelungen nicht in der Lage wären, auszubilden.

Wichtig ist das Projekt „Perspektive Ausbildung“, dessen Arbeit sich darauf stützt, Schulabgängern von Haupt- und künftig Sekundarschulen im Land Bremen die Möglichkeit des Eintritts in die duale Berufsausbildung zu ermöglichen. Dieses Projekt wird vom Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet Bremen und dem Internationalen Bund (IBB) getragen. Angesichts positiver Erfahrungen, die mit diesem Projektansatz in Hamburg und anderen Städten in Deutschland gemacht wurden, soll Jugendlichen durch eine enge Zusammenarbeit mit bremischen Unternehmen sowie zielgerichtete Unterstützung der Weg in die berufliche Ausbildung eröffnet werden. Das Projekt ist in diesem Jahr in den operativen Betrieb gegangen und wird künftig eines der wichtigen Standbeine im Bemühen sein, jungen Leuten eine Berufsausbildung zu bieten.

Ausbildungsinitiative

job4u

Die Initiative job4u hat sich in den vergangenen Jahren durch die engagierte Beteiligung der Initiativpartner zu einer unverzichtbaren Ausbildungsplattform entwickelt. Partner sind die Handelskammer Bremen, die Handwerkskammer Bremen, die Agentur für Arbeit Bremen und Radio Bremen Vier. Unterstützt wird diese Initiative durch Mittel des Europäischen Sozialfonds, der von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales betreut wird, sowie durch den Weser Kurier. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, Aktionen rund um das Thema Ausbildung zu bündeln und jugendgerecht zu kommu-

nizieren. Hierzu stehen das regelmäßig erscheinende bremen4u-Paper, das job4u-Ausbildungsportal, Radio Bremen Vier und bei Bedarf auch die regionalen Fernsehsender zur Verfügung. Die Initiative hat sich als „One-Stop-Service“ rund um das Thema Ausbildung etabliert und ist ein wichtiger Partner bei der Gewinnung neuer Ausbildungsplätze in bremischen Unternehmen. Ein Beispiel für diese Arbeit ist die in Kooperation mit der Bremer Straßenbahn AG veranstaltete Ausbildungsplatzaktion am 6. September 2007, bei der Ansprechpartner der beteiligten Institutionen mit der Straßenbahn direkt zu den Jugendlichen in den Bremer Stadtteilen gefahren sind. Im Vorfeld der Aktion waren von den Unternehmen noch 324 freie Ausbildungsplätze gemeldet. 112 Interessenten nahmen das Angebot der Initiative job4u wahr und informierten sich vor Ort über Ausbildung oder erhielten dort Adressen von Ausbildungsunternehmen. Die Straßenbahnaktion hat bundesweit Aufsehen erregt. Alle Beteiligten gehen davon aus, dass diese Aktion auch 2008 stattfindet.

Innovation in der Berufsbildung

Das Ringen um Ausbildungsplätze wird auch durch politische Aktivitäten der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven flankiert. Neben der Initiative *Innovative Berufsbildung 2010* in der Trägerschaft der IHK Bremerhaven, die unter dem Motto „Qualifizieren statt versorgen“ Hemmnisse auf den Weg in die duale Berufsausbildung identifiziert und Vorschläge für politisches Handeln formuliert, begleitet die Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern auch auf Bundesebene die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung. So engagiert sie sich unter Federführung der Handelskammer Bremen in den Gremien des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) insbesondere bei den Themen „Europäischer/Nationaler Qualifikationsrahmen“ und „Durchlässigkeit der Bildungssysteme“.

Hintergrund der Diskussion um einen nationalen Qualifikationsrahmen, der ein Pendant zum europäischen Qualifikationsrahmen darstellen wird, ist die Initiative der Europäischen Union (EU) zur Verbesserung der Transparenz von Bildungsabschlüssen in den EU-Mitgliedsstaaten. So soll die Mobilität von Arbeitnehmern innerhalb des Wirtschaftsraums der EU erhöht werden, was auch im Hinblick auf die Sicherung des Fachkräftebedarfs der Unternehmen in Bremen von Interesse sein wird. Bei der Frage der Durchlässigkeit der Bildungssysteme, die auch in der Initiative *Innovative Berufsbildung 2010* eine zentrale Rolle spielt, geht es vorrangig darum, Aus- und Weiterbildungschancen für alle zu erhöhen. Die heutige Situation ist noch immer dadurch gekennzeichnet, dass es Arbeitnehmern schwer gemacht wird, sich höher zu qualifizieren.

Reformmodell „Dual mit Wahl“

Flankiert werden solche Maßnahmen durch das von der Kammerorganisation entwickelte Modell „Dual mit Wahl“, mit dem der Zuschnitt von Berufen besser auf die Bedarfe der Wirtschaft abgestimmt und die Verzahnung von Aus- und Weiterbildung enger werden sollen. Und alle Projekte zusammen verfolgen das Ziel, die duale berufliche Ausbildung zukunftssicher zu gestalten und Jugendlichen Perspektiven für ihren beruflichen Werdegang zu bieten.

Die duale Ausbildung ist seit Jahrzehnten eine bewährte Quelle für den Fachkräftenachwuchs in Deutschland und Bremen. Sie garantiert eine qualitativ hochwertige, bundesweit einheitliche berufliche Qualifizierung. Eine Stärke des betrieblichen Bildungssystems ist seine Verankerung in der betrieblichen Praxis. Um dieses System zu festigen und zukunftssicher zu gestalten, muss die berufliche Bildung Herausforderungen bewältigen, die durch die Wissensgesellschaft und den technischen Fortschritt auf sie zukommen. Das Reformmodell „Dual mit Wahl“ gliedert sich im We-



Schulen müssen ihre Anstrengungen verstärken, Jugendliche auf die Arbeitswelt optimal vorzubereiten; Bildungsinitiativen wie der der swb helfen weiter.

sentlichen in zwei Ausbildungsabschnitte, in denen die Berufsschule als dualer Partner über die gesamte Ausbildungsdauer eingebunden ist. In einem ersten Abschnitt, der zwischen einem Jahr und zwei Jahren dauert, werden grundlegende Qualifikationen einer Branche oder Berufsgruppe vermittelt (Kernkompetenzen). Damit kann ein Teil der Regelausbildungszeit bei verwandten Berufen inhaltlich gleich gestaltet werden. Dies bedeutet, dass der erste Ausbildungsabschnitt für mehrere Berufe gleich ist. In einem zweiten Ausbildungsabschnitt, der bis zum Abschluss der Berufsausbildung dauert, entwickeln die Jugendlichen die Kompetenzen, die zu einer Berufsausübung in einem einzelnen Beruf befähigen. Sie lernen das, was den spezifischen Beruf ausmacht. Diese Ausbildungsphase trägt den betriebsspezifischen Anforderungen und Möglichkeiten Rechnung: Der Betrieb wählt aus einer – je nach Beruf unterschiedlichen und bundesweit festgelegten – Anzahl an Modulen aus.

Die Vorteile des Reformmodells liegen in der Bündelung zu Berufsgruppen. Es ermöglicht eine größere Flexibilität und Passgenauigkeit, sichert die berufliche Mobilität und wird den Voraussetzungen und Möglichkeiten leistungsschwächerer Jugendlicher gerecht. Ebenso wird das duale System für leistungsstärkere Jugendliche attraktiver, indem es durch die Vermittlung von Zusatzqualifikationen frühzeitig Perspektiven für die Weiterbildung in der betrieblichen Praxis bietet. Schließlich knüpft „Dual mit Wahl“ an die bewährten Strukturen der dualen Ausbildung an und kann sofort umgesetzt werden. Änderungen des Berufsbildungsgesetzes sind nicht erforderlich. Das Reformmodell verbindet die Stärken des dualen Systems mit den Anforderungen der Unternehmen, den Interessen der Jugendlichen und den Ansprüchen der Berufsschulen.

Landesinitiative „Innovative Berufsbildung 2010“

Das duale Ausbildungssystem hat sich bewährt. Damit es aber auch auf lange Sicht Bestand haben kann, muss seine Anziehungskraft sowohl für die Betriebe als auch für die Schulabgänger erhöht werden. Zugleich sollte einer Verschulung der beruflichen Bildung entgegengewirkt werden. Das ist der Hintergrund der im Januar 2006 gestarteten Landesinitiative *Innovative Berufsbildung 2010* (IBB 2010). Sie läuft bis zum 30. Juni 2008. Finanziell gefördert wird sie unter anderem aus Mitteln der EU (konkret: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung). Träger von IBB 2010 ist die IHK Bremerhaven.

Bei IBB 2010 werden unter dem Motto „Qualifizieren statt Versorgen – Innovation statt Subvention“ insgesamt 14 Teilprojekte verfolgt. Sie zielen auf Innovationen ab, mit deren Hilfe ein stimmiges System dualer Berufsbildung im Lande Bremen etabliert werden soll. Ziel des Projektes ist ein verbesserter Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und von der Ausbildung in die Berufstätigkeit. Außerdem sollen die Ausbildungskosten verringert und der Nutzen, den ein Unternehmen aus der Ausbildung zieht, erhöht werden. Ferner ist das bedarfsgerechte Ausschöpfen der Ausbildungspotenziale im Lande Bremen ein weiteres Ziel von IBB 2010.

Projektbeteiligte sind neben mehreren senatorischen Ressorts die Handelskammer Bremen, die Handwerkskammer Bremen, die Kreishandwerkerschaft Bremerhaven, der Landesausschuss für Berufsbildung,

die Agentur für Arbeit Bremen, der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Bremen und das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit. Als wissenschaftlicher Berater betätigt sich das Institut Technik und Bildung der Universität Bremen (IT+B).

Das IT+B hat 2007 ein Instrument vorgestellt, mit dem Betriebe selbst ihre Ausbildung bewerten können. Bei dem „Analyse-Instrument für Qualität, Ertrag und Kosten (QEK)“ kann sich der Ausbilder oder Arbeitgeber mit relativ geringem Aufwand ein Bild davon verschaffen, wie es um die Ausbildungsqualität ebenso wie um die Kosten und den Nutzen durch Ausbildung in seiner Firma bestellt ist. Das passiert anhand anschaulicher Grafiken und tabellarischer Übersichten. Dabei geht es unter anderem um das fachliche Ausbildungs-niveau, selbstständiges Arbeiten und Lernen, die mit der Ausbildung erreichte Berufsfähigkeit und das berufliche Engagement der Auszubildenden. Die identifizierten Schwachpunkte zeigen das Verbesserungspotenzial auf.

Leistungsbilanzen

Bremen_Bremerhaven

Standortpolitik

Bremen

Spitzenplatz für die Häfen

Auch 2007 konnten die bremischen Häfen wieder Rekordzahlen vermelden. Im Automobilumschlag wurde erstmals die Marke von zwei Millionen umgeschlagenen Fahrzeugen überschritten. Bremerhaven ist damit weiterhin die wichtigste europäische Drehscheibe für den interkontinentalen Fahrzeugumschlag. Der Gesamtumschlag der bremischen Häfen erhöhte sich auf fast 70 Millionen Tonnen (2006: 64,5 Millionen Tonnen). Der Containerumschlag wuchs um rund zehn Prozent auf 4,9 Millionen Standardcontainereinheiten (TEU). Die bremischen Häfen belegen damit Platz vier unter den größten europäischen Containerhäfen. Im konventionellen Umschlagsbereich sind sie der mit Abstand wichtigste Umschlagsplatz an der deutschen Küste. In Bezug auf die einzelnen Güterarten entwickelten sich insbesondere der Eisen- und Stahlumschlag sowie der Fruchtschlag positiv. Rückgänge mussten insbesondere beim Umschlag von Waldprodukten verzeichnet werden. Insgesamt blieb der Umschlag in der Hafengruppe Bremen-Stadt stabil auf dem hohen Vorjahresniveau. Wachstumsträger war jedoch wie in den Vorjahren der Container- und Automobilumschlag in der Hafengruppe Bremerhaven.

Positive Entwicklung der Bremer Schifffahrtsbranche

Die Bremer Reedereien profitieren von der weltweit guten Entwicklung der Schifffahrt. Bereits heute werden mehr als 300 Schiffe von Bremen aus bereedert. Hierzu zählen neben einer bedeutenden Zahl von Containerschiffen auch Schwergutschiffe, Bulker, Tanker, Gastanker, Schlepper und Forschungsschiffe. Allein für die nächsten

drei Jahre haben Bremer Reedereien 130 neue Schiffe bestellt. Damit zeigen sich auch in Bremen die Erfolge einer zielgerichteten nationalen Schifffahrtspolitik, deren Kernstück die Tonnagesteuer ist. Neben einer Zunahme der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe ist erfreulicherweise auch eine starke Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt für Seeleute zu verzeichnen.

Insbesondere im Bereich des nautischen Personals übersteigt die Nachfrage das Angebot bereits heute deutlich. Vor diesem Hintergrund finanzieren die im Bremer Rhederverein zusammengeschlossenen Unternehmen mit 325.000 Euro eine Stiftungsprofessur für die nächsten fünf Jahre. Darüber hinaus stellt der Verband Deutscher Reeder 750.000 Euro für die Anmietung eines zusätzlichen Schiffssimulators zur Verfügung. Unterstützt wird diese Initiative durch den Bund und das Land Bremen mit Mitteln aus dem Hochschulpaket 2010. Mit diesem Maßnahmenpaket kann die Ausbildungskapazität der Hochschule Bremen deutlich ausgeweitet werden. So konnte die Anzahl der Erstsemester-Studienplätze von 67 auf 107 erhöht werden. Insgesamt hat der Studiengang Nautik in Bremen nun fast 400 Studenten.

Airport Bremen: Ryanair sorgt für Wachstum

Nachdem der Flughafen Bremen 2006 mit einem Rückgang des Passagieraufkommens um 2,4 Prozent ein schwieriges Jahr hatte, ist für das Jahr 2007 eine außerordentlich positive Entwicklung zu verzeichnen. Das Fluggastaufkommen stieg um rund 30 Prozent, auch das Frachtgeschäft konnte erhebliche Zuwächse erzielen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war das Engagement der Fluglinie Ryanair ab April 2007 in Bremen. Ryanair hat hierzu nach einer europaweiten Ausschreibung für rund zehn Millionen Euro eine alte Betriebswerkstatt des Flughafens gekauft und zu einem Terminal umgebaut. Bis Ende 2007 hat die irische Fluglinie bereits 19 Verbindungen ab Bremen eingerichtet. Derzeit sind drei Ryanair-Maschinen des

Typs Boeing 737-800 fest in Bremen stationiert. Die Handelskammer hat sich bereits seit einiger Zeit dafür eingesetzt, dass sich auch Bremen im dynamischen Bereich der Low-Cost-Carrier engagiert. Denn während die Passagierzahlen bei Linien- und Charterflügen stagnieren, verzeichnen die Low-Cost-Carrier ein beträchtliches Wachstum. In diesem Sinne hat die Handelskammer die Entscheidung für Ryanair sehr begrüßt, denn hierdurch ist Bremen jetzt integraler Bestandteil des dynamischen Luftverkehrs-Netzwerkes in Europa. Auch für die Metropolregion Bremen-Oldenburg ist Ryanair wichtig; dies untermauert die so genannte Gateway-Funktion der Region.

Aktuelle Verkehrsprojekte für die Innenstadt

Leistungsfähigkeit und Zustand innerörtlicher Verkehrswege stellen wesentliche Standortfaktoren dar. Es ist daher wichtig, dass an Engpässen des Stadtstraßennetzes sinnvolle Verbesserungen vorgenommen und das Bestandsnetz insgesamt in einem guten Zustand erhalten bleibt. Vor diesem Hintergrund sind auch die großen aktuellen Verkehrsprojekte zu sehen, deren Realisierung im Jahr 2007 begonnen hat.

So wird in der Hans-Bredow-Straße seit Monaten gebaut, um die verkehrliche Erreichbarkeit des Gewerbegebietes Bremer Kreuz sowie des Weserparks und des angrenzenden Einzelhandels zu verbessern. Zusammen mit der Verwaltung und den ausführenden Ingenieur- und Bauunternehmen versucht die Handelskammer, die Belastungen während der bis Herbst 2008 kalkulierten Bauzeit in einem zumutbaren und kontrollierbaren Umfang zu halten. Daneben wurde auch die Verlängerung der Linie 1 von Tenever entlang der Hans-Bredow-Straße bis zum Bahnhof-Mahndorf planerisch so weit vorbereitet, dass im Anschluss an den vorgenannten Straßenbau auch dieses Projekt realisiert werden kann.

Der Bremer Süden wird massiv von der Sanierung der Carl-Carstens-Brücke berührt. Die Handelskammer hat hierzu die vielen



Projekte in der
Überseestadt:
Weser Tower und
Speicherstadt

hundert ansässigen Gewerbetreibenden in einer großen Informationsveranstaltung in der Aula der Evangelischen Bekenntnisschule in Habenhausen informiert. 2007 war der Kfz-Verkehr über die Brücke noch eingeschränkt möglich. Von Februar bis August 2008 wird die notwendige Vollsperrung die Betriebe links und rechts der Habenhauser Brückenstraße enorm belasten. Die Handelskammer fordert den zuständigen Bausenator auf, möglichst flexibel verkehrliche Entlastungs- und Umleitungsstrecken zu schaffen, die ein Verkehrschaos in Arsten, Habenhausen und Huckelriede vermeiden helfen. Die von der Handelskammer vorgeschlagene und inzwischen zugesagte Freigabe der Standspuren auf der Umfahrungsstrecke A 1 (Hansalinie) zwischen Hemelingen und Arsten reicht allein vermutlich nicht aus.

Im Herbst 2007 startete der Ausbau des Autobahnzubringers Überseestadt – zunächst mit Arbeiten stadtauswärts. Ziel ist es, diese wichtige Durchgangsstrecke und Innenstadtanbindung zwischen A 27 und Verteilerkreis Utbremen um eine Spur je Fahrtrichtung zu erweitern. Mit Blick auf die Belastung des Stadtstraßennetzes durch die Vollsperrung der Carl-Carstens-Brücke wurde auf Anregung der Handelskammer die ursprünglich gleichzeitig angedachte Sanierung des Flyovers auf das Jahr 2009 verschoben.

2007 hat auch der weitere Ausbau der Schwachhauser Heerstraße begonnen, der – neben der Schaffung eines separaten Gleiskörpers für die Straßenbahn – auf Basis eines planfestgestellten städtebaulichen Kompromisses eine stadtverträgliche Vierspurigkeit im Straßenzug vorsieht. Nach Fertigstellung des Teilstückes zwischen Hollerallee und Richard-Wagner-Straße stehen nun noch die Brückenbauwerke sowie das Straßenstück bis zum Dobbenweg an. Die Bekundungen der rot-grünen Koalitionäre und Bausenator Loskes, den Ausbau der Schwachhauser Heerstraße durch Verzicht auf Fahrbahnmarkierungen nur einstreifig sowie durch fehlende Halteverbotsschilder

nur leistungsgemindert vorzunehmen, sind rechtlich nicht zulässig. Ein der Handelskammer vorliegendes Rechtsgutachten kommt zu dem eindeutigen Schluss, dass eine nachträgliche Veränderung der Fahrbahnbreiten, die etwaige Umwidmung des Fahrbahnrandes in Parkflächen oder die Nichtmarkierung zweier durchgehender Fahrstreifen je Richtung mit dem Planfeststellungsbeschluss vollkommen unvereinbar wären und gravierende Rechtsfolgen nach sich zögen.

In Bremen-Nord wird seit September 2007 intensiv an der Verlängerung der B 74 zwischen Blumenthal und Farge gearbeitet. Ab dem Jahr 2010 wird dieses Vorhaben für eine Entlastung mehrerer Ortsteile und eine bessere verkehrliche Erreichbarkeit wichtiger Gewerbestandorte sorgen. Aus demselben Grund ist auch die geplante Aufwertung der Anschlussstelle St. Magnus an der A 270 sehr zu begrüßen. Dort werden die Voraussetzungen für eine weiterhin positive Entwicklung der Jacobs University Bremen sowie des in der Nachbarschaft entstehenden Science Parks geschaffen.

Überseestadt: neues Quartier am Wasser wächst

Hohe Nachfrage und geringe Leerstände kennzeichnen den Immobilienmarkt in Bremen. Der Wirtschaftsstandort Bremen hat insgesamt deutlich an Profil und Ausstrahlung gewonnen. Dies gilt insbesondere auch für die Überseestadt. Aus dem gesamten Bundesgebiet werden dort Flächen nachgefragt. Dabei hilft, dass die Chancen zur Adressbildung durch neue städtebauliche Akzente an vielen Stellen genutzt werden. So gelingt es zunehmend, die Überseestadt als modernen Gewerbe- und Dienstleistungsstandort zu entwickeln. Die fertigen Projekte wie Speicher I, Schuppen 2, das MSC-Headquarter im ehemaligen Hafenhochhaus und das gelungene Kaffee-Quartier belegen dies ebenso eindrucksvoll wie die neu projektierten Vorhaben Weser-Quartier und EWE-Hochhaus (Weser Tower), Newport und Schuppen 1. Daneben wur-

den auch die planungsrechtlichen Grundlagen für das Entwicklungsvorhaben Hafenkante geschaffen, die ein Nebeneinander von neuen Entwicklungen und bestehenden Industrien ermöglichen sollen.

Kompetenzzentrum Logistik Bremen: für weiteres Wachstum

Die Logistik im Lande Bremen ist ein innovatives Wachstumscluster, dessen zukünftige Entwicklung durch das Kompetenzzentrum Logistik Bremen (KLB) zum Nutzen des Standortes, seiner Unternehmen und der Beschäftigten gestaltet und stimuliert werden soll. Das KLB soll vor allem Vorschläge für die Verbesserung des Standortes und der beteiligten Unternehmen erarbeiten und eine Vordenkerrolle für die langfristige Entwicklung der Logistik einnehmen. Dadurch sollen wichtige Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze gesetzt werden. Um dies zu erreichen, haben sich führende Unternehmen, die Handelskammer und die IHK Bremerhaven, die Kieserling Beteiligungsholding sowie Institute und Landesbehörden unter Federführung des Wirtschaftssenators zu einer gemeinsamen Initiative verbündet. Als Logistik-Bauftragter des Senats des Landes Bremen wurde Dr. Hans-Peter Stabenau benannt. Die Aktivitäten dieser Initiative sind in einen „Masterplan Logistik“ gemündet, der Maßnahmen zum Ausbau und zur Integration der Logistik-Infrastruktur, zur Vernetzung und Bündelung der Kompetenzen von Wirtschaft und Wissenschaft, zum Innovationstransfer, zur Entwicklung und Anwendung neuer Technologien und zur internationalen Vermarktung des Logistik-Standorts Bremen beschreibt. Daneben hat das KLB eine Internet-Plattform (www.kompetenzzentrum-logistik-bremen.de) geschaffen und sich im Oktober 2007 erfolgreich auf dem Deutschen Logistik-Kongress in Berlin präsentiert.

Bremer Positionen für den Wirtschaftsstandort Norddeutschland
Bessere Rahmenbedingungen für die Industrie – Die Industrie ist wichtigster Arbeit- und Auftraggeber für die Wirtschafts-



Die Industrie (hier zu sehen Airbus) spielt in Bremen eine herausragende Rolle.



Die Handelskammer hat in 2007 ein Positionspapier über den Einzelhandelsstandort Bremen vorgelegt.

region Norddeutschland. So ist Bremen der sechstgrößte deutsche Industriestandort. Dennoch fehlt trotz der außerordentlich hohen Bedeutung der Industrie eine aktive Politik zur Verbesserung der Standortbedingungen für das produzierende Gewerbe in dieser Region. Die Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHK Nord) – ein Zusammenschluss von 14 norddeutschen Kammern, die zusammen mehr als 650.000 Unternehmen vertreten – hat daher das Positionspapier „Politik für eine starke Industrie in Norddeutschland“ vorgelegt, in dem sie eine zukunftsorientierte Industriepolitik einfordert.

Viel zu häufig werden in der Politik Visionen einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft gepflegt. Dabei gehört die Industrie in Norddeutschland zu den Stützen des Produktions- und Exportstandortes Deutschland. Norddeutschland befindet sich auf Grund seiner geographischen Lage an der Schnittstelle der globalisierten Warenströme. Nichts ist sinnvoller, als genau an diesem Ort die industrielle Produktion auszubauen.

Bremen spielt dabei eine herausragende Rolle als Produktionsstandort in Norddeutschland. Neben der Luft- und Raumfahrtindustrie, der Stahlherzeugung, der Automobilindustrie, dem Schiffbau und der Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln gibt es einen breit diversifizierten industriellen Mittelstand in zahlreichen anderen Branchen.

Von allen Ausgaben der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung übernimmt die Industrie 91 Prozent. Norddeutschland trägt als einer der wichtigsten Industriestandorte maßgeblich zum Aufschwung bei. In dieser Wirtschaftsregion sind rund 845.000 Beschäftigte im produzierenden Gewerbe tätig. Der Umsatz beträgt circa 283 Milliarden Euro. Diese Stärke muss durch eine zukunftsorientierte Politik für die Industrie weiter vorangebracht werden.

Im Vordergrund des Positionspapiers stehen eine angebotsorientierte und dauerhaft verlässliche Gewerbeflächenpolitik seitens der Kommunen, kürzere Genehmigungs- und Planungszeiten bei Investitionen sowie Verfahrensverschlingung bei Gesetzen, Vorschriften und Auflagen, von denen insbesondere industrielle Großprojekte und Unternehmen betroffen sind. Die Forderungen des Positionspapiers werden mit politischen Entscheidungsträgern diskutiert und wurden bei der Küsten-Wirtschaftsministerkonferenz im Oktober 2007 eingebracht, um auf die notwendigen Rahmenbedingungen der Industrie aufmerksam zu machen.

Energiepolitik für die Zukunft Der Klimawandel bestimmt derzeit die Diskussion in Politik und Gesellschaft. Hauptansatz des Klimaschutzes ist die Verringerung von Treibhausgasen. Ende August 2007 hat die Bundesregierung ein „Integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm“ vorgelegt. Darin setzt sich die Bundesregierung unter anderem die Erhöhung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien und die energetischen Anforderungen an Gebäude zum Ziel. Die Bundesregierung erwartet mit ihrem Programm eine CO₂-Reduktion von 40 Prozent bis zum Jahre 2020 und nimmt damit wiederum eine Vorreiterrolle in der EU ein.

Die IHK Nord nahm dies zum Anlass, sich mit den Maßnahmen des Klimaschutzes sowie ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft auseinanderzusetzen und sich gleichzeitig zum Thema Energie zu positionieren. Im Mai 2005 hat sie das Positionspapier „Energie für Norddeutschland“ mit neun Forderungen an die Politik verabschiedet. Die Forderungen der 14 norddeutschen Kammern wurden im Herbst 2006 durch das Papier „IHK Nord zu den Energiegipfeln der Bundesregierung“ ergänzt. Die Kammern fordern, dass Energie langfristig planbar, zu wettbewerbsfähigen Preisen, umweltschonend und sicher zu Verfügung stehen muss. Unter Federführung der Handelskammer Bremen wurde das 9-Punkte-

Forderungspapier vom Herbst 2006 aus klimapolitischer Sicht ergänzt. Das IHK Nord-Positionspapier wurde mit politischen Entscheidungsträgern diskutiert und bei der Küstenwirtschaftsministerkonferenz im Oktober 2007 eingebracht. Die Handelskammer bedauert nach wie vor, dass das Kohlekraftwerk in Mittelsbüren nicht realisiert wurde.

Einzelhandelsstandort Bremen

„Einzelhandelskonzept für Bremen“ Der Kommunalverbund Bremen/Niedersachsen e. V. erarbeitet gegenwärtig ein kommunales Einzelhandels- und Zentrenkonzept für die Region. Damit Bremen in diesem Prozess seine eigenen Vorstellungen einbringen kann, hat die Handelskammer schon seit längerem gefordert, dass die Stadt Bremen ein Einzelhandelskonzept vorlegt, in dem Ziele und Maßnahmen für eine Entwicklung Bremens zu einer starken Einzelhandelsmetropole im Nordwesten festgehalten werden. Die Vorstellungen der Handelskammer zu diesen Zielen und Maßnahmen wurden in 2007 in dem Schwerpunktpaper „Ein Einzelhandelskonzept für Bremen“ zusammengefasst.

Für die Zukunftsfähigkeit des Einzelhandels in Bremen müssen dabei aus Sicht der Handelskammer die unterschiedlichen Einzelhandelsformen und Einzelhandelsstandorte gemeinsam weiterentwickelt werden. Dies kann nur dann geschehen, wenn Wirtschaft und Politik sie für die vielfältigen Anforderungen der Märkte der Zukunft fit machen. Dabei muss der Grundsatz Qualität vor Quantität im Vordergrund stehen – dies vor dem Hintergrund, dass in Deutschland mit 1,4 Quadratmetern pro Einwohner (in Bremen sogar 1,59 Quadratmeter) schon heute die größte Einzelhandelsverkaufsfläche in Europa vorhanden ist. Die Handelskammer wird den sich nun anschließenden Prozess der politischen Umsetzung eines Einzelhandelskonzeptes für Bremen weiter begleiten.

(rechts) Veranstaltung in der Handelskammer mit Professor Kitterer über die Föderalismusreform; (ganz rechts) Hessens Ministerpräsident Roland Koch stellte Bremer Unternehmern im Haus Schütting die Unternehmenssteuerreform vor.



Ziel des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts muss die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Gebietskörperschaften auf Grundlage eines interkommunal abgestimmten, verbindlich einzuhaltenden Konzepts zur Entwicklung des Einzelhandels in den Städten und Gemeinden der Region sein. Bestes Anschauungsmaterial bieten hierfür bundesweit unterschiedliche regionale Zentren- und Marktkonzepte, die bereits erfolgreich erprobt sind. Darin erhält die Sicherung und Entwicklung des Einzelhandels in den Zentren der Städte und Gemeinden eine Leitfunktion für die gesamte Regionalentwicklung.

Das ungebremste Flächenwachstum der vergangenen 15 Jahre wird ansonsten alle Einzelhandelsstandorte in der Region nachhaltig belasten. Mittelfristig muss ein für alle Kommunen und Genehmigungsbehörden in der Region verbindlicher Entwicklungsrahmen für Einzelhandelsstandorte und Projekte geschaffen werden (Beispiel: Region Hannover). Dabei dürfen nur im regionalen Konsens und nach verbindlichen Regeln Ausnahmen gewährt werden. Wo immer möglich, sollten dabei Plan- und Genehmigungsverfahren (Offensichtlichkeitsprüfung im Konsens) beschleunigt werden.

In ihrer Positionierung zum Einzelhandelsstandort Bremen fordert die Handelskammer unter anderem:

- Für die Bremer Innenstadt muss die Herausforderung gemeistert werden, den derzeit im Vergleich zu anderen Oberzentren völlig unzureichenden Anteil innerstädtischer Einzelhandelsflächen an der Gesamtverkaufsfläche Bremens von 16,8 Prozent deutlich anzuheben. Will Bremen seine Metropolfunktion dauerhaft wahrnehmen, muss auch darüber nachgedacht werden, in welcher Weise und an welchen Orten Flächenausweitungen in der Innenstadt denkbar sind. Gut erschlossene Innenstadtrandlagen sind als Ergänzungsstandorte denkbar.
- Fachmarktzentren und Einkaufszentren sind wichtige Ergänzungen für gewachsene Standorte und im Wettbewerb mit den

Umlandgemeinden auch in Zukunft von großer Bedeutung. Sie müssen mit Sorgfalt fortentwickelt werden.

- Die verkehrliche Erreichbarkeit der Stadtteilzentren und der Innenstadt muss weiter optimiert werden, ohne dass einzelne Verkehrsträger diskriminiert werden.
- Die Stadt bleibt gefordert, die Zentrenentwicklung zu begleiten, eigene Szenarien zu entwickeln und durch Modelle des *Public Private Partnership* Anreize für Investitionen zu bieten.

Werbegemeinschaften im Umbruch Die Handelskammer führt alle bremischen Werbegemeinschaften regelmäßig im Arbeitskreis der Werbe- und Interessengemeinschaften zusammen. Die angespannte Haushaltslage in Bremen führt jetzt dazu, dass die Werbe- und Interessengemeinschaften in den Stadtteilen vor neue Herausforderungen hinsichtlich ihrer finanziellen Absicherung gestellt werden. In einer Sondersitzung des Arbeitskreises der Werbe- und Interessengemeinschaften hat die Handelskammer daher die Situation der bisher geförderten Gemeinschaften erörtert, um Wege für die künftige Zusammenarbeit zu finden. Gleichzeitig hat die Handelskammer gegenüber der bremischen Politik Stellung bezogen und sich für die Fortsetzung der Förderung und damit auch der wirtschaftlich sinnvollen Arbeit in den Stadtteilen ausgesprochen.

Dass die Kaufmannschaft durch Eigeninitiative zusammenfindet, beweist die Neugründung der Werbegemeinschaft Einkaufspark Habenhauser Brückenstraße im September 2007. Die Handelskammer hat diese Gemeinschaft in zwei Konzeptgruppen unterstützt und schließlich auch zur Gründungsversammlung eingeladen. In den Bremer Quartieren wächst die Erkenntnis, dass sich die Kaufleute gemeinsam für die Verbesserung ihrer Standortbedingungen einsetzen müssen. Beispielsweise bringt sich die Werbegemeinschaft *Aktiv für Osterholz* auch in die Neupositionierung des Ortsteils Tenever ein. Ebenso wird in der Bahnhofstraße in Bremen Mitte und im

Steintorviertel weiter daran gearbeitet, eine Standortgemeinschaft im Sinne eines *Business Improvement Districts* zu gründen.

Bremen und die Bundespolitik

Das Präsidium und die Geschäftsführung der Handelskammer waren mit zahlreichen bedeutenden bundespolitischen Vertretern im Gespräch, um auch auf dieser Ebene den Wirtschaftsstandort Bremen weiterzuentwickeln. So ist der traditionelle Vorempfang zur Schaffermahlzeit im Haus Schütting ein hochrangiges Kontaktforum für führende Wirtschaftsvertreter und Politiker. Am Vorabend der am 9. Februar 2007 stattfindenden Schaffermahlzeit war der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, zu einem Abendessen in kleinem Kreise im Haus Schütting zu Gast. Ehrengast der 463. Schaffermahlzeit in der Oberen Rathshaushalle war Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Unternehmenssteuerreform und politische Grenzen Die Unternehmenssteuerreform stand am 12. Januar 2007 bei einem Vortrag des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch im Mittelpunkt. Bei einer Gastveranstaltung des Dresdner Forum Tiberius, eines internationalen Forums für Kultur und Wirtschaft, sprach am 20. April 2007 Kanzleramtsminister Dr. Thomas de Maizière als Hauptredner über die „Grenzen der Politik“. „Wie robust ist der Aufschwung“ lautete das Thema von Prof. Hans-Helmut Kotz, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, der auf Einladung der Handelskammer am 10. Oktober 2007 im Haus Schütting vortrug.

Finanzsystem zwischen Bund und Ländern In einer großen Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Wolfgang Kitterer (Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Universität zu Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium) am 16. November 2007 stand ein Gutachten zur Reform des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern zur Debatte. Der Titel dieses Papiers, das Wege



Blick aus dem Hotel Sail City Bremerhaven auf die Seestadt



Bremerhaven

IHK Nord: Kammer Bremerhaven führte die Geschäfte

In der zweiten Jahreshälfte 2007 führte die IHK Bremerhaven turnusmäßig die Geschäfte der Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHK Nord). Unter dem Dach dieser im November 2001 gebildeten Arbeitsgemeinschaft haben sich 14 Industrie- und Handelskammern aus den norddeutschen Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zusammengeschlossen. Sie repräsentieren rund 650.000 Unternehmen.

Die in der IHK Nord verbundenen Kammern vertreten die Interessen der gewerblichen Wirtschaft Norddeutschlands. Das enorme wirtschaftliche Potenzial Norddeutschlands kommt nach Einschätzung der beteiligten Kammern in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung oft zu kurz. Deshalb bündelt die IHK Nord durch ein geschlossenes Auftreten die Kraft der Kammern in Norddeutschland. Gemeinsame Projekte werden vorangebracht und der norddeutsche Raum in der gesamtdeutschen Wahrnehmung gestärkt. Schwerpunkte liegen dabei in den Bereichen Hafenvirtschaft, Verkehr, maritime Technologie, Industrie und Tourismuswirtschaft. Ansprechpartner sind in erster Linie die Landesregierungen, die Bundesregierung und die Europäische Union.

Unter der Geschäftsführung der IHK Bremerhaven trat die IHK Nord unter anderem mit Positionspapieren zur Industriepolitik und zur Seehafenpolitik der EU und dem Positionspapier „Energiepolitik und Klimaschutz“ an die Öffentlichkeit. In dem Eckpunktepapier zur künftigen Seehafenpolitik der EU fordert die IHK Nord einen fairen Wettbewerb zwischen den Häfen und den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen. Aus Sicht der Wirtschaft in Norddeutschland sind gemeinschaftliche Leitlinien über staatliche Beihilfen für Hafenunter-

nehmen zwingend erforderlich. Nur sie können die finanziellen Verflechtungen zwischen Hafendienstleistern und staatlichen Stellen transparenter machen. Als Hemmnis für die Entwicklung der Häfen haben sich unter anderem die zu komplizierten Zollverfahren im innereuropäischen Seeverkehr und die Fülle an Vorgaben durch die EU-Umweltgesetzgebung herausgestellt.

Die IHK Bremerhaven bereitete als geschäftsführende Kammer der IHK Nord eine Mitgliederversammlung und eine Konferenz der Präsidenten und Hauptgeschäftsführer mit den Wirtschaftsministern der Küstenländer vor.

Positionsbestimmung der Bremerhavener Wirtschaft

2007 stellte der IHK-Arbeitskreis Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven (AKW) – ein Zusammenschluss von zehn führenden Unternehmen der Seestadt – sein „Programm für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in Bremerhaven“ vor. Viele seiner Elemente flossen später in die Koalitionsverhandlungen des neuen bremischen Senats und in die wirtschaftspolitischen Leitlinien des Wirtschaftsressorts ein.

Mitglieder des 1999 gegründeten Arbeitskreises sind IHK-Präsident Claus Brügge- mann, Peter Dill, Wolfgang Grube, Stefan Ketteler, IHK-Vizepräsident Ingo Kramer, Manfred Kuhr, Götz Pätzold, Dieter Petram, Thomas Rogge und IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Stark. Das Amt der Sprecherin übt IHK-Vizepräsidentin Roswitha Ditzen-Blanke aus. In zehn Schwerpunkt-Kapiteln lädt der Arbeitskreis in seinem „Programm für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in Bremerhaven“ zur Diskussion über zahlreiche Maßnahmen und Projekte ein.

Unter der Überschrift „Maritime Basis sichern und ausbauen“ fordert er unter anderem eine fortlaufend aktualisierte Hafenstrukturplanung, leistungsfähige Hinterlandanbindungen und eine Plattform

aufzeigt, wie das föderale System in Deutschland zukunftsfest gemacht werden kann, lautet: „Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs als Kernelement einer Modernisierung des deutschen Föderalismus“. Das Gutachten beschäftigt sich mit grundlegenden Fragen, wie für den Steuerzahler mehr Transparenz und maßvoller Steuerwettbewerb geschaffen werden kann, wie sich Wirtschaftskraftorientierung im Steuersystem verwirklichen lässt, wie ein anreizorientierter Solidarausgleich ausgestaltet sein muss und wie sich für die Bundesländer die Verschuldungsproblematik lösen lässt. Im Anschluss an die Vorstellung dieses Gutachtens wurden diese Ansätze in einer von Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger moderierten Gesprächsrunde diskutiert. Auf dem Podium saßen die beiden Bremer Wissenschaftler Prof. Dr. Günther Dannemann (Forschungsstelle Finanzpolitik Bremen) und Prof. Dr. Rudolf Hickel (Universität Bremen) sowie der SPD-Bundestagsabgeordnete Volker Kröning und Handelskammer-Präsident Lutz H. Peper.

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur Daneben war die Handelskammer auch direkt in Berlin mit politischen Spitzenvertretern im Gespräch, beispielsweise bei einem Treffen von Präsident Lutz H. Peper und Dr. Matthias Fonger mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann am 15. März 2007 oder mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 11. September 2007).

(rechts) Staffelübergabe an die Handelskammer Hamburg zur Weiterführung der Geschäftsführung IHK Nord: Michael Stark übergibt die Verantwortung an Professor Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg; (ganz rechts) Ehrengast und Hauptredner des IHK-Gästeabends war der Finanzexperte Caio Koch-Weser, dessen Großvater einst Stadtdirektor in Bremerhaven war



„Maritime Innovation“. Über diese Plattform sollen nach den AKW-Vorstellungen Programme und Projekte für die maritimen Sektoren entwickelt werden.

Programm für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze Die Entwicklung des Logistikstandortes ist der zweite Schwerpunkt des neuen AKW-Programms. Hier spricht sich der Arbeitskreis etwa für den Aufbau einer privat-öffentlichen Entwicklungsgesellschaft „Logistikstandort Bremerhaven“ aus. Sie soll Hafener Interessen mit den Anliegen der Wirtschaftsförderung und der privaten Immobilienanbieter verknüpfen, damit Privatunternehmen mit logistischem Hintergrund für Bremerhaven gewonnen werden.

Dritter Schwerpunkt im „Programm für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in Bremerhaven“ ist der Fischereihafen, der zum Beispiel durch einen „Masterplan Fischereihafen“ gestärkt werden soll. Im vierten Schwerpunkt befasst sich der AKW mit der wünschenswerten Ansiedlung weiterer energiewirtschaftlicher Unternehmen. Der Wachstumsmarkt der Windenergie und hier speziell der Offshore-Bereich bieten ein enormes Potenzial. Laut AKW dürfen Unternehmen der Solartechnik und aus dem Bereich der nachwachsenden Rohstoffe jedoch nicht vernachlässigt werden.

In den folgenden Kapiteln des Programms unterstützt der Arbeitskreis die Idee einer maritimen Universität als ein europaweit herausragendes Kompetenzzentrum. Außerdem befürwortet er Profilbildungen bei Gewerbeflächen (Themen: Logistik, Lebensmittelverarbeitung, Verbrauchsgüter, Energie, Forschung und Entwicklung, Gesundheit), eine weitere Aufwertung der City beispielsweise durch die direkte Vorbereitung der zweiten Entwicklungsstufe Alter/Neuer Hafen und ein Rathaus in der Innenstadt sowie zusätzliche touristische Verknüpfungen – etwa durch ein Programm, das Industrie, Kultur und Tourismus intensiver vermarktet. Im neunten Kapitel beschäftigt sich der Arbeitskreis mit dem von

ihm formulierten Anspruch, wonach Bremerhaven die Modellregion in Nordwestdeutschland werden soll – beispielsweise durch den vorbildlich schnellen Abbau bürokratischer Hemmnisse. Das zehnte Kapitel des „Programms für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in Bremerhaven“ ist der Rolle Bremerhavens und Cuxhavens innerhalb der Modellregion gewidmet. Diese Zusammenarbeit muss nach Auffassung des Arbeitskreises zum Beispiel in Marketing-Fragen deutlich intensiviert werden.

Stiftungspreis: „Jugend forscht“ als Preisträger

Das Projekt „Jugend forscht“ wurde mit dem Stiftungspreis 2007 der Bremerhavener Wirtschaft bedacht – einem Preis, der anlässlich des Jubiläums zum 125-jährigen Bestehen der IHK Bremerhaven ins Leben gerufen wurde und Projekte würdigt, die den Standort nachhaltig stärken. Das Preisgeld von 3.000 Euro wurde auf einem Festakt überreicht, an dem unter anderem Wirtschaftsminister Ralf Nagel teilnahm, der die Bedeutung von Bildung und Innovation für die wirtschaftliche Zukunft des Landes betonte.

Bremerhaven im Fokus der Bundespolitik

Ministerpräsident Koch wirbt für Unternehmenssteuerreform – Bei einem Besuch der IHK Bremerhaven am 12. Januar 2007 machte der hessische Ministerpräsident Roland Koch einem Kreis von 80 Unternehmen aus der Seestadt mit den Details der Unternehmenssteuerreform vertraut, die er gemeinsam mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück entwickelt hatte. IHK-Präsident Claus Brüggemann würdigte den CDU-Politiker in Bremerhaven als „einen der engagiertesten und profiliertesten Ministerpräsidenten“ Deutschlands. Er dankte sich bei dem damaligen bremischen Bürgermeister und Innensenator Thomas Röwekamp, der die Stippvisite von Roland Koch in Bremerhaven ermöglicht hatte. In seinem Referat ordnete Ministerpräsident Koch die Unternehmenssteuerre-

form als einen Baustein von mehreren ein, mit denen Deutschland zukunftsfähiger gemacht werden sollte.

IHK-Neujahrskonvent Mit Themen wie der zunehmenden Verknappung der Ressourcen und der steigenden Kriegsgefahr in der Welt setzte sich Professor Dr. Joachim Treusch, Präsident der Jacobs University Bremen, als Festredner beim Neujahrskonvent der IHK Bremerhaven auseinander. Als Naturwissenschaftler wird Treusch weltweit geachtet. Unter anderem hat er sich vor seinem Amtsantritt an der Spitze der Jacobs University als Vorstandsvorsitzender des Forschungszentrums Jülich einen Namen gemacht. Er sprach sich für eine Stärkung von Bildung und Wissenschaft zu Bewältigung der globalen Probleme aus.

IHK-Herbstkonvent Als Rednerin des Herbstkonvents der IHK Bremerhaven konnte Dagmar Wöhl, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium und Maritime Koordinatorin der Bundesregierung, gewonnen werden. Sie führte aus: „Die Stärkung des maritimen Sektors ist eine gesamtgesellschaftliche, eine gesamtdeutsche Aufgabe.“ Damit sich die Bundesrepublik leistungsstarken Mitbewerbern wie zum Beispiel China stellen könne, seien mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung erforderlich. Der Fachkräftemangel sei ebenfalls ein drängendes Problem. Hier verhielten sich die Hochschule Bremerhaven und die Wirtschaft der Seestadt mit ihren Stiftungsprofessuren vorbildlich. Staatssekretärin Wöhl plädierte für eine engere Kooperation der Häfen, ohne dass der Wettbewerb ausgeschaltet werden solle und dürfe.

Gästeabend Ehrengast und Hauptredner des Gästeabends der IHK Bremerhaven war Caio Koch-Weser, Enkel des früheren Bremerhavener Stadtdirektors und späteren Reichsministers und Vizekanzlers der Weimarer Republik, Erich Koch-Weser. Caio Koch-Weser wirkte unter anderem als geschäftsführender Direktor der Weltbank



Dagmar Wöhl,
Parlamentarische Staats-
sekretärin im Bundeswirt-
schaftsministerium und
Maritime Koordinatorin der
Bundesregierung, war
Gastrednerin des Herbst-
konvents der IHK
Bremerhaven

und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, bevor er Anfang 2006 als Vice Chairman Mitglied des erweiterten Vorstandes der Deutschen Bank Group wurde. In seinem Vortrag vor rund 150 Gästen setzte sich der Finanzexperte mit der Krise auf den internationalen Finanzmärkten auseinander, die nach seiner Einschätzung noch lange nicht ausgestanden ist. Die Krise habe aber auch positive Aspekte gehabt. So belege sie beispielsweise die wirtschaftliche Stabilität der Schwellenländer wie etwa Brasilien oder China und den Nutzen der europäischen Finanzmarkt-Reform.

Parlamentarischer Abend Im Mai 2007 wurde zum achten Mal das traditionelle Bremerhavener Fischessen in der Bremer Landesvertretung in Berlin veranstaltet. Mehr als 150 Teilnehmer aus Verbänden und Kammern, aus Wirtschaft und Politik nahmen daran teil – darunter auch zahlreiche Spitzenbeamte und Bundestagsabgeordnete. Oberbürgermeister Jörg Schulz wies auf positive Entwicklungen in der Seestadt wie das Wachstum beim Containerumschlag oder den Bau der „Havenwelten“ hin. Peter Koch-Bodes, Vorsitzender des Fachverbandes „Der Fischfachhandel“ im Bundesverband des deutschen Lebensmittelhandels, befasste sich mit Problemen seiner Branche, die mit einem immerhin steigenden Fischverzehr in der Bundesrepublik einhergehen.

Bündnis für Bremens Selbstständigkeit

Im Kaminsaal des Rathauses von Bremen wurde am 5. März 2007 die „Bremer Initiative zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen“ auf den Weg gebracht. Eine entsprechende Erklärung wurde von zahlreichen Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik unterzeichnet, darunter auch die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven. Die Unterzeichner vereinbarten in diesem Papier, sich in Bremen selbst wie über Bremen hinaus mit ihren jeweiligen Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass die geplante Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Län-

dern (Föderalismusreform II) erfolgreich gestaltet werden kann.

„Bremerhaven im Aufbruch“: neue Perspektiven nutzen

2007 ging die Reihe „Bremerhaven im Aufbruch“ der IHK Bremerhaven und der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) in das dritte Jahr. Erneut präsentierten sich auf mehreren Veranstaltungen zahlreiche Unternehmen ausgewählter Branchen. Mit jeweils 150 bis 200 Gästen waren alle Präsentationen sehr gut besucht. Der Schwerpunkt lag beim wissenschaftlichen Potenzial Bremerhavens und seiner Nutzung durch die Wirtschaft. „Dieses breite Spektrum wissenschaftlicher Aktivitäten ist ein wichtiger Standortfaktor für die heimische Wirtschaft“, betonte IHK-Präsident Claus Brüggemann. BIS-Geschäftsführer Jürgen Adelman ergänzte: „Immer häufiger nutzen Firmen diese Bandbreite, um durch gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte neue Produkte oder Produktionsverfahren zur Marktreife zu bringen.“ Neben dem Bereich der wirtschaftlich nutzbringenden Wissenschaft wurde das Leistungsspektrum der „Maritimen Dienstleister und Zulieferer“, der „Automotive und Logistikbranche“ und des Handwerks in Bremerhaven aufgezeigt.

„Leuchtturm-Region Bremerhaven“

Im April 2007 stellte das BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung (Bremen) sein Konzept für eine „Leuchtturm-Region Bremerhaven“ vor. Es wurde im Auftrage des Magistrats der Seestadt Bremerhaven und des bremischen Wirtschaftssenators mit Unterstützung der IHK erstellt. Das Konzept enthält vier Programmschwerpunkte. Unter dem Oberbegriff „Wirtschaftsförderung und Finanzierung von Schwerpunktprojekten“ geht es unter anderem darum, dass statt Programmen künftig Projekte gefördert werden sollten, sofern sie sich auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt positiv auswirken. Beim Programmschwerpunkt „Deregulierung und Bürokrati-

tieabbau“ kommt es auf eine freiere Gestaltung der Öffnungszeiten des Einzelhandels und mögliche Lockerungen im Baurecht wie etwa durch den Wegfall der Stellplatz-Pflicht an. „Wettbewerbsgerechte Ausgestaltung der Standortkosten“ lautet ein weiterer Schwerpunkt. Hier laufen die Handlungsempfehlungen besonders auf reduzierte Realsteuerhebesätze hinaus. Nach dem Motto „Gutes tun und darüber reden“ ist ferner ein ausgeweitetes Marketing für Bremerhaven ein wesentliches Element der BAW-Ausarbeitung.

Position zum Weserportsee

Die IHK Bremerhaven hat 2007 in der Diskussion um den Weserportsee, der inmitten eines florierenden Hafengebietes liegt, Position bezogen. Dieses Areal wird für die Belange der Hafenwirtschaft benötigt. Der Naturschutz muss unbedingt berücksichtigt und es muss mit den Naturschutzverbänden kooperiert werden. Jedoch kann der Weserportsee an anderen Stellen wieder für die Natur hergerichtet und der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, so die IHK. Hintergrund dieser Position: Der Automobilumschlag in Bremerhaven wird in den nächsten Jahren wachsen. In diesen Bereich investieren private Unternehmen zweistellige Millionenbeträge. Unter anderem werden ein PTI-Center und ein Parkregal gebaut. Dadurch kommt es zu 150 neuen Arbeitsplätzen. Sollten keine weiteren Flächen geschaffen werden, wäre eine Ausweitung des Umschlages und weiterer unternehmerischer Tätigkeiten unmöglich. Umschlagsmengen könnten in andere Häfen in Europa abwandern. Im Übrigen: Das Land Bremen investiert 240 Millionen Euro in den Bau der Kaiserschleuse. Diese Investition rechnet sich nur, wenn bestehende und neue Warenströme über den Hafen abgewickelt werden können.



Bremerhaven profitiert vom Kreuzfahrtboom:
Es kommen immer mehr Passagiere.

Kreuzfahrtterminal: Rekord bei Passagieren erwartet

Das Columbus Cruise Center Bremerhaven (CCCB) registrierte in 2007 genau 71 Schiffsabfahrten und 76.000 Passagiere. Für 2008 werden 101 Schiffsabfahrten mit mindestens 130.000 Passagieren erwartet. Besonders erfreulich ist, dass 2008 erstmals Tagesgäste in nennenswertem Umfang die Region Bremerhaven und Bremen besuchen werden. Dafür sorgt vor allem der neue CCCB-Partner MSC, der mit der 251 Meter langen „MSC Armonia“ festmachen wird. Bei jedem dieser 14 Schiffsanläufe sollen bis zu 1.500 Tagestouristen vor allem aus den Niederlanden und Großbritannien von Bord gehen. Experten sind sich darin einig, dass der allgemeine Kreuzfahrtboom noch lange nicht vorbei ist und Nordeuropa von diesem Trend überdurchschnittlich profitieren wird. Die norwegische Fjordlandschaft, die britischen Inseln, aber auch die Ostsee gehören zu den regelmäßigen Fahrtgebieten, die die Schiffe im Sommer von Bremerhaven aus ansteuern.

Spatenstich für Schnellecke-Halle – LogInPort nimmt Formen an

2007 erfolgte der erste Spatenstich für den Logistik-Park der Europa-Center AG. Vor 15 Jahren haben die US-amerikanischen Streitkräfte das Gelände der ehemaligen Carl-Schurz-Kaserne verlassen. Nun wird das Gewerbegebiet LogInPort Schritt für Schritt mit Gewerbe gefüllt. Mit 269 Hektar handelt es sich um das größte Stadtentwicklungsgebiet Bremerhavens. LogInPort soll für so genannte hafennahe Dienstleistungen positioniert werden. Den Anfang macht das international tätige Logistikunternehmen Schnellecke Group mit Sitz in Wolfsburg, das hier eine Halle mit einer Fläche von 20.000 Quadratmetern baut. Insgesamt sollen acht Hallen errichtet werden. Vermietet werden sie von der Europa-Center Immobiliengruppe.

Bremerhaven im Aufbruch



Die neuen Havenwelten mit Auswandererhaus, Klimahaus und Sail City Hotel



Präsidentialer Schiffsausflug auf der Weser:
Bremsens Bürgermeister Jens Böhrnsen, Bundespräsident Horst Köhler, BLG-Chef und Handelskammer-Vizepräsident Detthold Aden, Finanzsenatorin Karoline Linnert und Bremerhavens Oberbürgermeister Jörg Schulz auf dem Weg zum Containerterminal

Mittelstand, Innovation, Umwelt

Bremen

Roboter in der Schule – Innovation im Klassenzimmer

Bremen hat sich in den vergangenen Jahren zu einem bedeutenden Robotikstandort entwickelt. Daher werden in Wirtschaft und Wissenschaft auch junge Leute gesucht, die Robotik-Kenntnisse aus der Schule und Ausbildung mitbringen. Die Handelskammer Bremen hat sich zum Ziel gesetzt, das Thema Robotik bereits für Schüler interessant zu machen. Zum Auftakt konnten in zwei Veranstaltungen Lehrer und Schüler aus Bremer Gymnasien bei der Firma K-Robotix GmbH neueste Robotertechnologien besichtigen. Das Unternehmen stiftete anschließend einen Roboter für das Technische Bildungszentrum Mitte. Ziel ist es, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, praxisnah die Funktion von Robotern zu erlernen.

Zusammen mit der Jacobs University Bremen und der Universität Bremen ist die Handelskammer Initiator des „innovationscamp bremen 2007“. In zwei einwöchigen, von der pdv.com Beratungs-GmbH, der Siemens AG und der Gesellschaft für Produktgestaltung e. V. gesponserten Workshops wurden Jugendlichen im Alter von neun bis 17 Jahren Robotik, Informationstechnik und digitale Medien nahe gebracht. Mit einer weiteren Initiative der Handelskammer werden seit 2007 in der Hochschule Bremen im Robotiklabor Schülerinnen und Schülern die aktuellen Entwicklungen im Bereich der angewandten Robotik erläutert. Ziel ist es auch hier, das Interesse der technischen Studiengänge zu stärken.

DIHK-Telekommunikationsaus- schuss tagte in Bremen

Am 6. und 7. November 2007 tagte der DIHK-Ausschuss für Telekommunikation und Neue Dienste in der Handelskammer Bremen. Bei dieser Gelegenheit konnten den Mitgliedern aus der gesamten Bundesrepublik die Potenziale Bremens im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie vorgestellt werden. So wurden Themen wie Mobile City Bremen und E-Government diskutiert, in denen Bremer eine Vorreiterrolle hat. Ein Vorabendprogramm im Universum Bremen zeigte den Teilnehmern vor Ort, dass Bremen seine Kompetenzen im Edutainment spürbar gestärkt hat.

Unterstützung bei Formalitäten: „Einheitlicher Ansprechpartner“

Ende 2009 muss Deutschland die EU-Dienstleistungsrichtlinie umsetzen. Eine wichtige Säule ist der sogenannte „Einheitliche Ansprechpartner“: Unternehmen sollen damit die Möglichkeit erhalten, sämtliche Verwaltungsverfahren bei einer einzigen Stelle erledigen zu können. Die deutsche Wirtschaft erwartet hierdurch einen spürbaren Beitrag zum Bürokratieabbau. Der „Einheitliche Ansprechpartner“ sollte für die Unternehmen eine schnelle und kostengünstige Abwicklung aller notwendigen Behördenformalitäten gewährleisten. Dabei sollte diese Institution auch eine Mittlerfunktion zwischen in- und ausländischen Unternehmen und Entscheidungsstellen einnehmen. Nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie kommen neben den Kommunen auch die Kammern als Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft in Betracht.

Die Handelskammer Bremen, die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven und die

Handwerkskammer Bremen haben angeboten, diese Aufgabe im Land Bremen gemeinsam im Interesse der Unternehmen zu übernehmen. Die von der EU-Dienstleistungsrichtlinie geforderte Betreuung der Unternehmen durch den „Einheitlichen Ansprechpartner“ als neutralen Verfahrenspartner während des gesamten Lebenszyklus entspricht dem Aufgabenspektrum der Kammerorganisation.

Handelskammer initiiert Online- Verfahren bei der Kfz-Zulassung

Das Land Bremen hat im November 2006 begonnen, die Kfz-Zulassung flexibler zu gestalten. Hintergrund war die Initiative der Handelskammer Bremen. In einem Pilotprojekt des Stadtamtes zur Kfz-Zulassung konnten ausgewählte Kfz-Händler alle benötigten Zulassungsdaten online an die Zulassungsstellen übermitteln. Seit Frühjahr 2007 können weitere, registrierte Autohändler teilnehmen und Zulassungsdaten vorab dem Stadtamt übermitteln. Die online übermittelten Daten werden von der Zulassungsstelle nur noch auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Ziel der Online-Zulassung soll sein, ein Kraftfahrzeug noch am Tag des Erwerbs zuzulassen. Die amtliche Zulassung (Siegelung des Kennzeichens, Übergabe der Fahrzeugpapiere) verbleibt in der Zulassungsstelle, da sie ein hoheitlicher Akt ist.

Mit dem Online-Verfahren sollen künftig autorisierte Händler wesentlich schneller ihre Kraftfahrzeuge in Bremen zulassen können. Inwieweit die Zeitersparnis noch weiter durch erweiterte Öffnungszeiten beim Stadtamt erhöht werden kann, prüft das Stadtamt derzeit. Für eine weitergehende Flexibilisierung in Form einer Privatisierung werden derzeit mit den Beteiligten auf Bundes- und Landesebene Ge-



(links) Bremer Gymnasiasten besichtigten bei der Firma K-Robotix neueste Robotertechnologien; (rechts) Vizepräsident Matthias Claussen begrüßte die Gäste des 3. Bremer Unternehmertages



Die Handelskammer war einer der Initiatoren des *innovations-camps bremen 2007*, das Jugendliche für technische Berufe begeistern soll.

sprache geführt. Für Letzteres bedarf es einer Rechtsänderung auf Bundesebene.

Dauerthema: Umsatzsteuer auf Abwasser

Im August 2002 startete eine gemeinsame Initiative der Handelskammer Bremen und Bremer Unternehmen mit dem Ziel, zukünftig die Umsatzsteuer auf Abwasserrechnungen ausweisen zu können. Die Handelskammer führte hierzu zahlreiche Gespräche mit Politik und Verwaltung und beteiligte sich an der Entwicklung unterschiedlicher Modellvarianten. Hierbei wurden immer wieder verwaltungsrechtliche, steuerrechtliche und haushaltspolitische Bedenken erörtert. In einer entscheidenden Sitzung des Bremer Senats am 1. August 2006 wurde richtungswesend beschlossen, dass die Abwasserentsorgung künftig so organisiert werden soll, dass für Gewerbebetriebe die Umsatzsteuer auf Abwasserrechnungen ausgewiesen werden kann. Auch in der Koalitionsvereinbarung vom Juni 2007 findet sich hierzu eine Aussage. Danach soll die Abwasserentsorgung künftig so geordnet und umgestaltet werden, dass die Vorsteuerabzugsmöglichkeit eröffnet oder auf anderem Wege eine entsprechende Kostenentlastung erreicht wird. Die Handelskammer wird sich weiter für die Ausweisung der Umsatzsteuer auf Abwasserleistungen einsetzen.

Mittelstandsenquête Bremen: Transfer Wissenschaft-Wirtschaft

Um die Rahmenbedingungen insbesondere für kleinste, kleine und mittlere Betriebe im Land Bremen weiter zu verbessern, haben Wirtschaft und Verwaltung auf Anregung der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven 2005 beim BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung GmbH eine Mittelstandsenquête in Auftrag gegeben. Ziel dieser bereits zweiten Untersuchung ist es, die Situation des bremischen Mittelstandes systematisch zu analysieren, um Politik und Verwaltung auf dieser Basis konkrete Optimierungspotenziale aufzuzeigen. Unter anderem wurden für mittelstandsrelevante Themen wie wettbewerbsfähige Standortkosten, Bürokratielasten oder Eigenkapitalbeschaffung Handlungsempfehlungen entwickelt.

Ein zentrales Thema der Enquête war 2007 der Technologietransfer. Das BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung entwickelte gemeinsam mit einer aus Bremer Unternehmen bestehenden Arbeitsgruppe eine Reihe von Handlungsempfehlungen, wie der regionale Transfer von Wissen und Technologie weiter gestärkt werden kann. Auf der Basis eines Standortvergleichs wurde beispielsweise die Schaffung einer Forschungs- und Entwicklungsplattform „Regionales Netzwerk Wissenschaft/Wirtschaft“ abgeleitet. Auch wurde emp-

fohlen, Ausgründungen aus Hochschulen noch stärker zu fördern. Im November 2007 wurden darüber hinaus detaillierte Handlungsempfehlungen erarbeitet, um in den Schulen und Hochschulen eine Kultur der unternehmerischen Selbstständigkeit zu etablieren.

Die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus der vProjektarbeit der vergangenen drei Jahren werden derzeit in einem Aktionspapier zusammengefasst und danach Politik und Verwaltung übergeben.

Was Mittelständler und Großunternehmen voneinander lernen können

Erfolgreiche Management- und Führungskonzepte sind auch in kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen der Schlüssel zum Erfolg. Bei den dritten Bremer Unternehmertagen am 11. und 12. Oktober 2007 ging es deshalb vor allem darum, was Mittelständler und Großunternehmen voneinander lernen können. Die zweitägige Veranstaltung bot den rund 100 Unternehmern aus der Region ein anspruchsvolles Programm mit Vorträgen, Workshops und Podiumsdiskussionen. Dabei bildeten in diesem Jahr die Methoden und Techniken der Steuerung von kleinen und mittleren Unternehmen den thematischen Schwerpunkt. Die Unternehmertage werden gemeinsam von der Jacobs University Bremen, der Universität Bremen und der Handelskammer Bremen organisiert. Neben Vorträgen zu Themen wie dem „Engpassfaktor Mitarbeitern“ oder zur Implementierung und Anwendung der heute populärsten Managementtechnik, der Balanced Scorecard, wurde über eine Reihe weiterer erfolgserprobter Managementtechniken gesprochen.

Umwelt- und Energiethemen mit großer Resonanz

Veränderungen gesetzlicher Regelungen auf EU- und Bundesebene erfordern oftmals schnelle betriebliche Anpassungen in den Unternehmen. Um Fristen einhalten und sich auf gesetzliche Änderungen rechtzeitig einstellen zu können, hat die Han-

delskammer Bremen – teils in Kooperation mit dem Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertag – im Umweltbereich federführend Veranstaltungen zur Abfallnachweisverordnung und der damit verbundenen digitalen Signatur, der Stoffverbots-Richtlinie RoHS, dem Umweltschadensgesetz und der Neuordnung des europäischen Chemikalienrechts (REACH) angeboten. Mit bis zu 60 Teilnehmern boten die Veranstaltungen eine hervorragende Plattform zum Wissensaustausch. Hochrangige Referenten aus Wissenschaft und Wirtschaft trugen dabei ihre Erfahrungen vor. Knapper werdende Ressourcen, steigende Preise und weitere gesetzliche Vorgaben zu Energie- und Kohlendioxid-einsparung rücken das Thema Energie bei den Unternehmen immer stärker in den Fokus. Veranstaltungen zum Energie-Contracting, zu Gebäudeenergieausweisen und zur Energieeffizienz fanden überregional großen Zuspruch.

Neue Veranstaltungsreihe zum Arbeitsschutz

Arbeitgeber haben weitreichende Verpflichtungen und Haftung für ihre Beschäftigten zu übernehmen. Gefährdungsanalyse, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz bilden dabei die rechtlichen Grundlagen. Unternehmerpflichten ergeben sich aus dem Arbeitsschutzgesetz, aus den neu geordneten berufsgenossenschaftlichen Vorschriften sowie aus neu erlassenen Arbeitsschutzrechten (Gefahrstoff- und Betriebssicherheitsverordnung). Für alle Unternehmen gilt: Qualitätsorientierter Arbeitsschutz muss beweisfähig sein. Alle Aktivitäten und Anstrengungen müssen zu jeder Zeit dokumentiert und nachweisbar sein. Vor diesem Hintergrund wurden schon frühzeitig Gespräche mit Behördenvertretern, Kammern und Unternehmen aufgenommen, um Optimierungsbedarf im Arbeitsschutz in Bremen zu filtern, Lösungen aufzuzeigen und Informationen zu bieten.

Die Handelskammer startete 2007 in Kooperation mit der IHK Bremerhaven, der



Mitglieder des Erfa-Arbeitskreises Umwelt der IHK Bremerhaven trafen sich in Bremerhaven auf der Lloyd-Werft.

Handwerkskammer Bremen, den Gewerbeaufsichtsämtern des Landes Bremen, der Arbeitnehmerkammer und dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales die Veranstaltungsreihe ASI-Aktiv. In sechs Veranstaltungen wurden Fragen wie die Verantwortung von Führungskräften beim Einsatz von externen Dienstleistern, die Haftung und Verantwortung im Arbeitsschutz für eigene Mitarbeiter bei Gefährdung durch Lärm, Vibration oder Gefahrstoffe oder die Gefährdungsbeurteilung und Systemkontrolle behandelt. Die Veranstaltungsreihe wird in 2008 fortgesetzt.

Bremerhaven

Wissen durch Erfahrung: Arbeitskreis zu Umwelt-/Energiethemem

Die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven bieten Vertretern von Unternehmen und Behörden seit drei Jahren in Form der Erfahrungsaustauschkreise (ERFA) „Umwelt/Energie“ eine Plattform. Dort werden aktuelle Entwicklungen im Umwelt- und Energierecht vorgestellt, branchenübergreifend das Umsetzen in die betriebliche Praxis diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht. Die Mitglieder der ERFA-Kreise treffen sich zweimal jährlich. Bisher zählen 120 Vertreter aus Wirtschaft und Behörden aus Bremen, Bremerhaven und dem Umland zum Kreis der Mitglieder. Im April 2007 wurde auf Einladung der Lloyd-Werft in Bremerhaven auf dem dortigen Firmengelände eine gemeinsame Veranstaltung organisiert.

DIHK-Präsident Georg Ludwig Braun (l.) zeichnete in Berlin die drei Bremer Azubis Marian Pollex, Fabian Kück und Sebastian Stemming als Bundesbeste in ihren Berufen aus.



Aus- und Weiterbildung

Bremen

Stark durch Partnerschaft – Berufsorientierungsbörsen

TOP JOB im Weserpark – Die bewährte TOP JOB im Weserpark fand zum zehnten Mal vom 8. bis 10. Februar 2007 statt. Wie auch in den vergangenen Jahren nutzten nahezu 150.000 Besucher die Gelegenheit, sich mit dem Thema Ausbildung bei dieser Berufsorientierungsbörse auseinander zu setzen und direkt mit den Ausbildungsverantwortlichen über Ausbildungsmöglichkeiten und -chancen zu sprechen.

job4u im Flughafen Die Initiative job4u organisierte 2007 zum dritten Mal die job4u Flughafenmesse am 27. und 28. April 2007. Viele spannende Berufsbilder wurden vielen Besuchern vorgestellt. Das Interesse an dieser Messe war bei den Ausstellern so groß, dass die zur Verfügung stehenden Flächen ausgebucht waren.

BIM in Bremerhaven Am 12. und 13. Oktober 2007 wurde diese Veranstaltung an zwei Standorten umgesetzt. Das Kreuzfahrtterminal und das Haus des Handwerks boten interessierten Ausbildungsplatzsuchenden zahlreiche Informationsmöglichkeiten. In 2007 waren viele maritime Unternehmen vor Ort.

Haven Hööv't Vegesack Zum Jahreschluss fand zum wiederholten Male die erfolgreiche Berufsorientierungsmesse in Bremen-Nord statt. Eine Vielzahl von Ausstellern beantwortete am 16. und 17. November 2007 alle Fragen rund um das Thema Ausbildung.

Diese Börsen wurden in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Bremen und der Agentur für Arbeit Bremen veranstaltet

und sind wichtige Pfeiler bei der Berufsorientierung künftiger Auszubildender.

Angebot für alle: Nachvermittlungsaktion

Am 17. und 18. September 2007 hat die Handelskammer Bremen zum vierten Mal gemeinsam mit der Agentur für Arbeit Bremen und der Handwerkskammer Bremen eine Nachvermittlungsaktion angeboten. Eingeladen waren 338 ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche, die bis zum 12. September 2007 noch keinen Ausbildungsplatz gefunden hatten. Im Vorfeld der Aktion hatten bereits 88 Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen, sich abgemeldet oder selbst eine Alternative gefunden. Alle 162 Jugendlichen, die zu Nachvermittlung erschienen waren, erhielten mindestens ein Ausbildungsplatzangebot und alternativ ein Angebot zur Einstiegsqualifizierung.

job4u: Portal für Jugendliche ist online

Das job4u-Portal ist 2007 unter der Internetadresse www.job4u-bremen.de online gegangen. Es ist Bestandteil der Initiative job4u und trägt das Motto „Wissen, was wirklich geht!“. Es bietet jungen Menschen den zielgruppengerechten Zugang zum Thema Ausbildung mit umfangreichen Informationen. Herzstück des Portals sind die Ausbildungsbörse und die Betriebsdatenbank, die Interessenten einen hervorragenden Überblick über freie Ausbildungsstellen und Ausbildungsunternehmen im Lande Bremen geben.

Bremer Ausbildungsbüro mit Erfolgswahlen

Wie in den Vorjahren standen die Mitarbeiter des Bremer Ausbildungsbüros in der Handelskammer den bremischen Unter-

nehmen wie auch den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite. 2007 warb Büro 90 Ausbildungsplätze neu oder zusätzlich ein. Insgesamt wurden 297 Plätze besetzt, 36 Bewerbertests mit 728 Teilnehmern vorgenommen und 353 Unternehmen beraten. Besonders intensiv haben sich die Mitarbeiter um die Berufsausbildung der Berufskraftfahrer/-in gekümmert. Dies führte zu 30 besetzten Ausbildungsplätzen.

Beratung-Qualifizierung-Akquise

Der Mitarbeiter der Initiative BQA, die von der AWO getragen wird, stehen Unternehmen mit migrantischem Hintergrund in der Handelskammer hilfreich zur Seite. Gleiches gilt für Ausbildungsbewerber mit migrantischem Hintergrund. Verstärkt wurden Beratungsveranstaltungen in Schulen sowie Beratungs- und Bewerbungsgespräche mit Jugendlichen in den Räumen des Ausbildungsbüros in der Handelskammer durchgeführt.

Auszeichnung der Bundesbesten

Die Ehrung der „Bundesbesten Absolventen“ beruflicher Ausbildung fand auch 2007 in Berlin statt. Am 12. Dezember 2007 wurden die Besten der Besten feierlich ausgezeichnet. Festrednerin war die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan. Bremen stellte von den insgesamt 230 Besten drei Auszubildende aus den Berufen Fachinformatiker, Fachrichtung Anwendungsentwicklung, Fachkraft im Fahrbetrieb und Industrieisolierer.

Ehrung für hervorragende junge Kaufleute

Die Hermann-Leverenz-Stiftung ehrte am 11. Oktober 2007 wieder junge Kaufleute für ihre hervorragenden Leistungen in den kaufmännischen Abschlussprüfungen – so viele wie noch nie in einem Prüfungsjahr seit Gründung der Stiftung vor 42 Jahren. Wolfgang Vogt-Jordan, Mitglied des Verwaltungsrates der Hermann-Leverenz-Stiftung, überreichte die Preise an 36



(v.l.) Bremerhaven zeichnete seine besten Auszubildenden aus. Mit der Ausbildungspartnerschaft Automobilkaufleute soll insbesondere kleineren Betrieben die Schaffung von Ausbildungsplätzen erleichtert werden.

Kauffrauen und 35 Kaufmänner bei einer Feierstunde. Darunter war auch der tausendste Preisträger seit Bestehen der Stiftung. Seit ihrer Gründung hat die Stiftung damit 1055 junge Kaufleute geehrt.

Der Verwaltungsrat der Stiftung engagiert sich weiter an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Schulen, um mit geeigneten Maßnahmen zur Sicherung des kaufmännischen Nachwuchses beizutragen. So unterstützt die Hermann-Leverenz-Stiftung erneut das Projekt „Ökonomische-Bildung-Online“, mit dem bereits in der Vergangenheit in Bremen gute Erfahrungen gemacht wurden. Ferner fördert sie das Lehrerfortbildungsprojekt „Unternehmerisches Denken und Handeln“, das in Bremen in Zusammenarbeit mit dem Verein NFTE (Network For Teaching Entrepreneurship) realisiert werden soll.

Weiterbildung – Schwerpunkt bei Zertifikaten

Unabhängig vom großen Angebot an Weiterbildungsprüfungen auf allen Stufen der Weiterbildung hat die Handelskammer Bremen 2007 einen Schwerpunkt bei IHK-Zertifikaten gelegt. Diese bieten den Unternehmen und den Weiterbildungsträgern die Möglichkeit, entweder die bundeseinheitlichen Zertifikate zu erwerben und in enger Kooperation mit der Handelskammer Bremen durchzuführen oder sehr schnell passgenaue Weiterbildungsangebote für ihre Mitarbeiter zu entwerfen und auf Grundlage von bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards Weiterbildungs-schulungen anzubieten. Bei erfolgreichem Abschluss der jeweiligen Weiterbildung werden von der Handelskammer Bremen die IHK-Zertifikate ausgegeben. Gemeinsam mit der DIHK-Bildungs-GmbH wurden 2007 insgesamt 13 IHK-Zertifikatslehrgänge in Kooperation mit Bremer Bildungsträgern angeboten (Angebot zu IHK-Zertifikaten: www.dihk-bildungs-gmbh.de).

Bremerhaven

Ausbildungspartnerschaft Automobilkaufleute gegründet

Seit Anfang 2007 besteht eine Ausbildungspartnerschaft zwischen neun Automobil-Ausbildungsbetrieben, den Kaufmännischen Lehranstalten Bremerhaven, der Kreishandwerkerschaft und der IHK Bremerhaven. Diese Ausbildungspartnerschaft „Automobilkaufmann/Automobilkauffrau“ läuft vorerst bis zum 31. August 2008. Sie wird von der Europäischen Union finanziell gefördert. Hintergrund: In den vergangenen Jahren konnten selten Klassenstärken erreicht werden, wie sie von der Schulverwaltung gefordert werden. Vor allem Klein- und Mittelbetriebe bieten zu selten Ausbildungsplätze an, weil sie sich oft den Anforderungen einer dualen Ausbildung nicht gewachsen fühlen. Durch die Kooperation und die Möglichkeiten der Verbundausbildung in der Partnerschaft sollen sie zum Schaffen von Ausbildungsplätzen bewegt werden.

Die Besten der Besten: Ehrung in Bremerhaven

Von den 703 Teilnehmenden der Winterprüfung 2006/2007 und der Sommerprüfung 2007 hatten 24 Prüflinge ihre Ausbildung mit der Note „Sehr gut“ abgeschlossen. Das waren 3,4 Prozent. Zwölf dieser Besten hatten in Bremerhavener Betrieben gelernt und wurden in einer Feierstunde durch den IHK-Präsidenten Claus Brüggemann geehrt. Auch die dazu gehörigen Ausbildungsbetriebe wurden besonders gewürdigt.

Nachvermittlung: Chance für künftige Auszubildende

Am 9. Oktober 2007 hat die IHK Bremerhaven gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, der Handwerkskammer Bremen, der IHK Stade und der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde zu einer Nachvermittlungsaktion für alle bis dahin unversorgten Ausbildungsplatzsuchenden angeboten. Von den 205 eingeladenen Jugendlichen erschienen 94 zu einem indivi-

duellen Beratungsgespräch. Allen ausbildungswilligen und -fähigen Bewerbern wurde ein Angebot in Ausbildung oder Einstiegsqualifizierung unterbreitet.

Neues Angebot: Hafenspezialist

Die IHK Bremerhaven bietet seit Februar 2007 in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern Stade und Oldenburg sowie der Hochschule Bremerhaven eine Fortbildung zum Fachwirt Hafenwirtschaft an, eine berufsbegleitende Maßnahme zur Höherqualifizierung für kaufmännische Fachkräfte rund um die Bereiche Umschlag, Transport, Logistik, Lager und Marketing. Dieser Fachwirte-Lehrgang wurde eigens unter Federführung der IHK Bremerhaven für die Hafen- und Logistikwirtschaft konzipiert und an den Anforderungen der Wirtschaft ausgerichtet. Das Angebot ist derzeit bundesweit noch einzigartig. Der Zuspruch aus der Wirtschaft ist sehr groß, so dass zu Beginn 2008 ein weiterer Lehrgang starten wird.

Geprüfte Bilanzbuchhalter für die Wirtschaft

Für zwölf Teilnehmende ging 2007 der Lehrgang „Geprüfter Bilanzbuchhalter/Geprüfte Bilanzbuchhalterin“ zu Ende. Zuvor besuchten sie zwei Jahre lang zweimal wöchentlich nach Feierabend und sonnabends Unterrichtsveranstaltungen. Am Ende standen Prüfungen vor dem Prüfungsausschuss der IHK. Während einer Abschlussfeier im Gebäude der IHK überreichten der Prüfungsausschuss-Vorsitzende Theodor Welter und IHK-Geschäftsführer Martin Johannsen die Zeugnisse. Besonders geehrt wurde die Lehrgangsbeste Brigitte Klatt.

International

Bremen

Zauberwort Kooperation:

7. Deutscher Außenwirtschaftstag

Ohne Partner geht es nicht! Wie Unternehmen mit Kooperationen im Ausland zum Erfolg kommen können, lautete die Frage des 7. Deutschen Außenwirtschaftstages im November 2007. In Fachforen wurden Aspekte der Anbahnung, des Managements, der Finanzierung von Kooperationen sowie die partnerschaftliche Vermarktung innovativer Technologien in ausgesetzten Branchen beleuchtet. Die exportorientierte Industrie nutzte ein vielschichtiges Gesprächsangebot. Kooperationsbörsen mit Außenhändlern, Auslandshandelskammern, Wirtschaftsförderungsinstitutionen aus 18 Ländern und Wirtschaftsvertretern aus Jordanien boten den Rahmen für einen konkreten Austausch zwischen Unternehmern und zeigten neue Perspektiven für zukünftige Partnerschaften auf.

Am Rande der Großveranstaltung mit mehr als 800 Teilnehmern tagten erstmals die Außenwirtschaftsgremien des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI), des Bundesverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) und des Zentralverbands des deutschen Handwerks (ZDH) gemeinsam in Bremen. Der Deutsche Außenwirtschaftstag hat sich damit zu einer zentralen Plattform für den Dialog von Wirtschaft und Politik entwickelt. Diese Bedeutung wurde eindrucksvoll unterstrichen durch die feierliche Eröffnungsansprache von Seiner Majestät Abdullah II. bin Al-Husein, König von Jordanien, und dem weiteren Eröffnungsreferat von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos.

Handelsvertreterforum auf dem Außenwirtschaftstag – Mit dem 2005 und 2006 veranstalteten Handelsvertretertag Nordwest ist es der Handelskammer gelungen, ein Branchenforum für Handelsvertreter und Vertriebspartner zu etablieren. Allerdings war mit knapp 150 Gästen und den Interessenvertretern von 16 Konsulaten, Botschaften und Wirtschaftsförderungen 2006 die Kapazitätsgrenze des Hauses Schütting erreicht. 2007 war der Handelsvertretertag daher in den Außenwirtschaftstag eingebunden. Neu war auch die Zusammenarbeit mit dem Handelsvertreterverband CDH. Erstmals hat der CDH bundesweit zu dieser Veranstaltung eingeladen. Beteiligt waren die Industrie- und Handelskammern Bremen, Bremerhaven, Oldenburg, Stade und Emden; sie machten die Veranstaltung mit ihrer Fülle von Vertretungsangeboten vielen interessierten Gästen zugänglich.

Perspektiven der Außenwirtschaftsförderung

Welche Anforderungen stellt die deutsche Wirtschaft an die Außenwirtschaftsförderung? Vor dem Hintergrund anstehender Strukturveränderungen bei den Förderinstitutionen des Bundes war diese Frage auch Gegenstand der zentralen Podiumsdiskussion beim 7. Deutschen Außenwirtschaftstag. Die Bundesagentur „Invest in Germany“ ist bereits mit der Investitionsförderagentur der neuen Bundesländer zusammengelegt worden. Auf lange Sicht soll auch die Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) mit eingebunden werden. Daraus werden sich neue Aufgabenfelder für die Auslandshandelskammern und gegebenenfalls auch für die IHKs ergeben. Die Handelskammer Bremen hat 2007 den Rahmen für eine Neujustierung der Außenwirtschaftsförderung aus ihrer Sicht abgesteckt. Danach gilt Folgendes: Eine effiziente Außenwirtschaftsförderung sorgt für gute rechtliche Rahmenbedingungen. Zudem muss der Bund die Instrumente der Exportkreditversicherung pflegen und weiterentwickeln. Außerdem müssen die Institutionen der Außenwirtschaftsförderung

geldwerte Informationen für Unternehmen zu neuen Rahmenbedingungen und Regelungen vorhalten können. Für kleine und mittlere Unternehmen können staatliche Mittel für Einzelprojekte, etwa der Messförderung, sinnvoll sein. Ein staatliches Standortmarketing muss einerseits berücksichtigen, dass der wirtschaftliche Erfolg bestimmter Branchen auch vom Leumund eines regionalen Standortes abhängen kann. Andererseits ist für den Erfolg vieler anderer Branchen allenfalls die Wahrnehmung ganz Deutschlands als Wirtschaftsstandort relevant. Instrumente der Investitionsakquisition sind nur nachhaltig, wenn sie mit bereits vorhandenen und entsprechenden wirtschaftlichen Aktivitäten an einem Standort unterlegt und koordiniert werden können.

Handelspolitische Schutzinstrumente auf dem Prüfstand

Mit ihrem Grünbuch „Das Globale Europa“ hat die Europäische Kommission 2007 eine ordnungspolitische Debatte über die Zukunft der handelspolitischen Schutzinstrumente eröffnet. Das Antidumping-Instrumentarium, mit dem Strafzölle gegen Einfuhren zu angeblich unfairen Preisen verhängt werden können, steht dabei im Mittelpunkt der Reformüberlegungen. Die Handelskammer hat die ordnungspolitische Position des DIHK in Arbeitsgruppen und mit Unterstützung durch den Außenwirtschaftsausschuss maßgeblich vorbereitet. Es gilt, dass der Einsatz von Schutzinstrumenten zu Wohlstandsverlusten führt, jedoch können zur Durchsetzung eines fairen internationalen Wettbewerbs in Einzelfällen Schutzmaßnahmen gegen Einfuhren als gerechtfertigt erachtet werden. Das Antidumping-Instrumentarium in seiner gegenwärtigen Form bestraft jedoch Preisdifferenzierungen, ohne dabei zu unterscheiden, ob sie durch geschützte Marktpositionen hervorgerufen werden oder ob es sich um legitime offensive Maßnahmen zur Eroberung neuer Märkte handelt. Hinzu kommt, dass bei der Feststellung, ob ein Strafzoll im Interesse der Gemeinschaft liegt, die Interessen der Importeure, Wei-

7. Deutscher Außenwirtschaftstag

terverwender und Verbraucher grundsätzlich schwächer gewichtet werden als die der Hersteller. Daraus folgt eine Anfälligkeit für Missbrauch von Strafzöllen zu protektionistischen Zwecken. Deshalb muss sichergestellt werden, dass zwischen fairen und unfairen Preisdifferenzierungen besser unterschieden, das Gemeinschaftsinteresse an einem Strafzoll aufgrund eines umfassenden Erkenntnisverfahrens festgestellt wird und die förmlichen Untersuchungsverfahren der EU transparenter und berechenbarer durchgeführt werden und ein höheres Maß an Rechtssicherheit bieten.

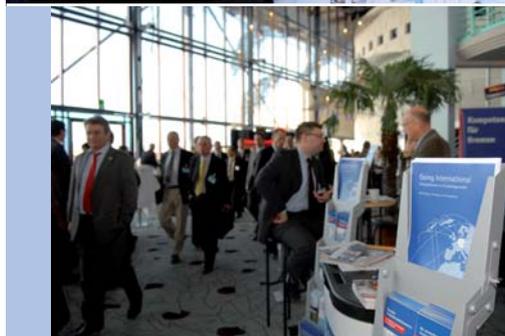
Wirtschaft nur noch für besonders „Zugelassene“?

2007 ist deutlich geworden, dass die Anti-Terror-Politiken der EU und der USA mehr und mehr die Gewerbefreiheit beschränken. Die veränderte Sicherheitslage hat dazu geführt, das EU-Zollrecht zu verdichten. Ein wesentliches Element der Sicherheitsinitiative ist die Einführung des Status' des *Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten* (ZWB). Unternehmen können ab dem 1. Januar 2008 den ZWB-Status beantragen, wenn sie in der EU ansässig und am Zollgeschehen beteiligt sind. Er berechtigt zu Vergünstigungen bei sicherheitsrelevanten Zollkontrollen und zu Vereinfachungen gemäß den Zollvorschriften. Über die Einzelheiten zur Erlangung des Zertifikats und zu den Vereinfachungen des grenzüberschreitenden Warenverkehrs bestehen aber noch immer erhebliche Unsicherheiten.

Eine Vielzahl von Anfragen zu diesem Thema war 2007 zu verzeichnen. Die Handelskammer hat die Diskussion über die Schaffung des ZWB-Status auch 2007 kritisch begleitet und über den DIHK an einer möglichst wirtschaftsfreundlichen Ausgestaltung mitgewirkt. Es ist aber auf lange Sicht davon auszugehen, dass alle Unternehmen in einer internationalen Lieferkette, mithin die meisten aus allen Branchen, an dem Status des ZWB nicht vorbeikommen, ohne aus dem Geschäft verdrängt zu werden. Im Netzwerk Zoll- und Außenwirtschaftsrecht der Handelskammer wurde



Jordaniens König Abdullah II. eröffnete den Deutschen Außenwirtschaftstag im CCB und traf im Bremer Rathaus Vertreter der Bremer Wirtschaft; der Kongress mit Messe bot viel Gelegenheit, Geschäfte anzubahnen und Erfahrungen auszutauschen.



Botschafter zu Gast in der Handelskammer

Auch 2007 empfing die Handelskammer wieder ausländische Wirtschaftsvertreter. Die größte Wirtschaftsdelegation kam aus Jordanien: Mit hochrangigen Vertretern besuchte sie den 7. Deutschen Außenwirtschaftstag. Dabei wurden Kontakte zur bremischen Wirtschaft vermittelt. Mit Diplomaten aus einer Reihe von Ländern haben das Ehrenamt der Handelskammer und Unternehmensvertreter Wirtschaftsgespräche geführt.



Diplomaten besuchen das Haus Schütting: (v.l.) Botschafter aus Namibia, Costa Rica sowie der EU (in der Jacobs University)

die Thematik ebenso behandelt wie bei Einzelgesprächen mit den Mitgliedsunternehmen. Über die Internetseiten der Handelskammer können sich die Unternehmen in kompakter Form über aktuelle Entwicklungen informieren.

Service statt Bremsklotz: Visa für Geschäftsleute

Nachfragen und Beschwerden über die Visa-praxis der deutschen diplomatischen Vertretungen haben 2007 weiter zugenommen. Bemängelt werden langwierige und umständliche Bearbeitungsabläufe, eine oftmals unfreundliche Behandlung der Antragsteller vor Ort sowie ausufernde Forderungen nach teilweise schwer beschaffbaren oder auch unnötigen Nachweisen. In zahlreichen Fällen konnte die Handelskammer erfolgreich vermitteln und einen Beitrag dazu leisten, die Vorgänge zu beschleunigen. Darüber hinaus wurden die Erfahrungen betroffener Unternehmen gebündelt und anlässlich der vom DIHK veranlassten Anhörung vor dem Auswärtigen Amt im September 2007 zur Sprache gebracht. Ergebnis war die Formulierung konkreter Anregungen der Wirtschaft gegenüber dem Auswärtigen Amt. Gefordert wurde beispielsweise eine Serviceverbesserung durch die Einrichtung einer Hotline für Unternehmer sowie eines Schalters speziell für Wirtschaftsvisa. Die Handelskammer hat in diesem Sinne auch mit den Landesbehörden einen Dialog eröffnet, um zu schlankeren Bearbeitungszeiten auf Landesebene zu kommen.

Kontakte ins Ausland

Unternehmerreise nach Dubai und Oman

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und das Sultanat Oman waren Ende 2007 Ziel einer Wirtschaftsdelegation. Die einwöchige Reise, an der Vertreter von 14 Unternehmen teilnahmen, führte nach Maskat, der Hauptstadt des Sultanats Oman, und nach Dubai, dem zweitgrößten Emirat der VAE. Neben Einführungen in die wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen für Geschäftstätig-

keiten durch die dortige Auslandshandelskammer standen eine Kooperationsbörse und individuelle Inhouse-Termine auf dem Programm. Besuche von Infrastrukturprojekten und einer Freihandelszone, Gespräche mit relevanten Ministerien und Behörden sowie Empfänge der jeweiligen deutschen diplomatischen Vertretungen rundeten das Programm zur vollen Zufriedenheit der Teilnehmer ab. Zum Zwecke der Außenwirtschaftsförderung veranstaltete die Handelskammer jährlich eine Unternehmerreise in ein Land oder eine Region, das oder die für bremische Unternehmen von Interesse ist. In 2007 fand die Reise als eine Aktion der Metropolregion Bremen-Oldenburg in Kooperation mit der Oldenburgischen IHK und der IHK Bremerhaven statt.

Lobbyreise nach Brüssel Im dritten Jahr in Folge erhielten Unternehmer aus der Metropolregion Bremen-Oldenburg einen Einblick in die europäische Lobbyarbeit. Die Aufgabenfelder, Arbeitsmethoden und Einflussmöglichkeiten der Interessenvertretungen vor Ort standen im Mittelpunkt einer Lobbyreise nach Brüssel. Das Besuchsprogramm der Unternehmerdelegation umfasste neben Gesprächen mit Abgeordneten des EU-Parlaments und Mitarbeitern der EU-Kommission auch Gespräche in der Vertretung der IHK-Nord in Brüssel. Hier stand die Leiterin Dr. Mary Pappaschinopoulou für Fragen und Anliegen zur Verfügung. Sie vertritt die Interessen der norddeutschen Wirtschaft auf europäischer Ebene. Besuche der Ländervertretungen und des Europäischen Parlaments rundeten das Programm der interessanten und kurzweiligen Unternehmerreise ab. Die Lobbyreise wurde in 2007 turnusgemäß von der IHK Oldenburg vorbereitet.

Länder- und Themen-Netzwerke

Die regelmäßigen Treffen der Ländernetzwerke der Handelskammer für Russland, Osteuropa, China und Indien haben sich als Gesprächsplattformen für Unternehmer fest etabliert. Das Deutsch-Chinesische

Netzwerk (DCN) trifft sich bereits seit dem Jahr 2003 regelmäßig zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und zur Diskussion china-relevanter Themen. Mittlerweile hat das Netzwerk mehr als 250 Mitglieder aus Bremen und Umgebung. 2007 standen die Themen Beschaffungsstrukturen, Patentrecht und Schutz des geistigen Eigentums sowie die große Unternehmenssteuerreform 2008 auf dem Programm.

Bei dem seit 2004 bestehenden Indien-Netzwerk Bremen (INB) sind unterdessen mehr als 150 Unternehmen eingetragen. Es bietet die Möglichkeit zur Diskussion neuer Entwicklungen und Erfahrungen im Indiensgeschäft. Die große Nachfrage nach aktuellen Informationen deckt das Indien-Netzwerk zum einen über die Internetpräsenz auf der Website der Handelskammer ab. Daneben werden vielfältige und aktuelle Themenschwerpunkte bei den Zusammenkünften behandelt. Bei einem der Netzwerktreffen in 2007 konnten sich Unternehmen über neueste rechtliche Rahmenbedingungen, Vertriebsstrukturen sowie Marketingstrategien in Indien detailliert informieren.

Weitere für Bremen wichtigen Handelsregionen sind Osteuropa und Russland. Im Osteuropa-Netzwerk wurden Themen wie „Rumänien als Investitionsstandort“ oder „Bulgarien nach der EU-Erweiterung“ behandelt. Bei den Treffen des Bremen-Russland-Netzwerkes war der Geschäftsaufbau in Russland einer der Inhalte, die in Diskussionsrunden und anhand von Erfahrungsberichten von Unternehmern erläutert wurden.

Globale Erfolgskonzepte kleiner und mittlerer Unternehmen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) können in erheblichem Maße von der Globalisierung profitieren. Von welchen Faktoren der Erfolg dabei abhängt, hat das an der Hochschule Bremerhaven ansässige Institute for Management and Economics im Auftrag der Handelskammer Bremen, der IHK Bremerhaven und sechs weiterer nord-



deutscher Industrie- und Handelskammern untersucht. Vorgestellt wurde die Studie „Globalisierung KMU. Entwicklungstendenzen, Erfolgskonzepte und Handlungsempfehlungen“ am 16. Oktober 2007 im Haus Schütting vom Autorenteam Prof. Dr. Gerhard Feldmeier, Prof. Dr. Heike Simmet und Prof. Dr. Wolfgang Lukas, von Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger sowie zwei der befragten Unternehmer: Thomas Manigk (Kopf & Lübbers Speditions- und Lagereigesellschaft mbH) und Henning Saacke (Saacke GmbH, Sprecher des Juniorenkreises der Handelskammer Bremen).

Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft erhalten

Am 7. Juni 2006 hat die Europäische Kommission ein Grünbuch zur künftigen EU-Meerespolitik vorgelegt. Inhalt dieses Grünbuches ist ein integrierter Politikansatz zur Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung, mit der im maritimen Bereich sowohl Wachstum und Beschäftigung im Sinne der „Lissabon-Strategie“ gefördert, als auch die Meeresumwelt geschützt werden soll.

Unter maßgeblicher Mitarbeit der Handelskammer Bremen hat sich die IHK Nord auf Grund der Bedeutung dieses Themas für die gesamte maritime Wirtschaft intensiv mit dem Grünbuch beschäftigt und im Konsultationsverfahren ausführlich Stellung genommen. Darüber hinaus ist es der IHK Nord gelungen, innerhalb von Eurochambres, dem Zusammenschluss aller europäischen Kammern, die Federführung bei diesem Thema zu übernehmen und die Stellungnahme der IHK Nord nahezu unverändert zur Position von Eurochambres zu machen.

Die IHK Nord sowie Eurochambres haben in ihrer Stellungnahme die Initiative der Kommission begrüßt, eine integrierte Meerespolitik zu etablieren. Darüber hinaus wurde betont, dass die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft ein Schlüsselement zur Sicherung der Wettbewerbs-

fähigkeit des europäischen Wirtschaftsraumes ist. In diesem Sinn bezeichneten die Kammern die EU-Meerespolitik als wichtigen Baustein im Rahmen der „Lissabon-Strategie“.

Kritisch haben sich die Kammern jedoch zu den im Grünbuch avisierten neuen Regelungen und Maßnahmen geäußert. Sie forderten, dass sich eine zukünftige europäische Meerespolitik stärker auf die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Gemeinschaftsraumes beziehen und hierbei die folgenden Ansätze verfolgen muss:

- Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft erhalten und stärken,
- globale Rahmenbedingungen der maritimen Wirtschaft anerkennen und berücksichtigen,
- ökologische, soziale und ökonomische Ziele in Balance halten,
- Anreize setzen statt zusätzliche Regularien schaffen,
- Handelshemmnisse beseitigen.

Für die Wirtschaft kommt es bei einer integrierten europäischen Meerespolitik entscheidend auf die Balance zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten an. Nach Abschluss des Konsultationsverfahrens hat die EU-Kommission am 10. Oktober 2007 zwei Mitteilungen zum Grünbuch EU-Meerespolitik veröffentlicht. Die erste Mitteilung – das sogenannte „Blaubuch“ – legt die Ziele und den Rahmen der EU-Meerespolitik dar. Die zweite Mitteilung beinhaltet einen detaillierten Aktionsplan. Der Tenor von Blaubuch und Aktionsplan verdeutlicht die Bestrebungen der EU, maritime Politik in allen Bereichen und Sektoren zu beeinflussen. Die EU-Kommission hat damit eine Agenda für die nächsten zehn Jahre geschaffen.

Bremerhaven

Außenwirtschaftsumfrage

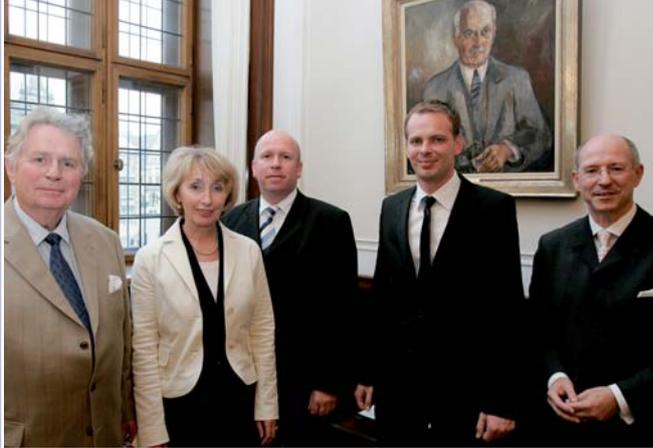
„Bremerhaven goes International“

Unternehmen in Bremerhaven handeln zunehmend global. Das ist eines der Ergebnisse der Außenwirtschaftsumfrage der IHK Bremerhaven. Sie wurde Ende 2006 vorgenommen und 2007 veröffentlicht. Der Umfrage zufolge nutzen 44 Prozent der befragten Unternehmen das Ausland für ihre wirtschaftlichen Erfolge – dies mit steigender Tendenz. Bremerhavener Firmen exportieren in 56 Länder und Gebiete. Aus rund 45 Ländern wird importiert. Als wichtigste Zielmärkte gelten dabei die 15 ursprünglichen Mitgliedsländer der Europäischen Union. In der Umfrage wurde auch nach den Hemmnissen für das Auslandsengagement gefragt. An erster Stelle wurde die schwierige Partnersuche genannt, gefolgt von bürokratischen Belastungen und Schwierigkeiten beim Beschaffen von Marktinformationen.

Veranstaltungen

zum neuen Zollrecht

Die neuen Zollvorschriften – ein umfangreiches, von der EU geschnürtes Reformpaket zum neuen Zollkodex – werden schrittweise von 2007 bis 2010 umgesetzt. Damit die Unternehmen rechtzeitig und umfassend informiert werden, richtete die IHK Bremerhaven wieder Zollseminare aus. So wurde zum ersten Mal mit großem Erfolg zum „Zollworkshop für Entscheider – Aktuelle Änderungen im Zollrecht“ eingeladen. In diesem Seminar erhielten Inhaber, Geschäftsführer und Führungskräfte aktuelle Informationen über die rechtlichen Rahmenbedingungen und Auswirkungen und wurden über Pflichten und Strategien informiert.



„Wenn der Chef in Rente geht“: Dazu gab es Infos und Tipps auf einer Veranstaltung in der Handelskammer Bremen

Starthilfe und Unternehmensförderung

Bremen

Existenzgründung – DIHK-Schwerpunktthema 2007

2007 war für die deutsche Kammerorganisation das Schwerpunktjahr zu Existenzgründungsthemen. So lautete das Jahresmotto des DIHK „Chance Unternehmen – Gründen, Wachsen, Sichern“. In gemeinsamen Aktionen wurden deutschlandweit Veranstaltungen von allen Industrie- und Handelskammern zu einem Thema und an einem Termin durchgeführt. Die Handelskammer Bremen beteiligte sich mit einem Telefonsprechtag zum Thema Existenzsicherung sowie einer Vortrags- und Podiumsveranstaltung zu dem Thema Unternehmensnachfolge „Wer kommt, wenn der Chef geht?“ Seit diesen deutschlandweiten Aktionstagen verzeichnen die Kammern eine spürbare Zunahme an Nachfragen.

Gemeinsam für den Generationswechsel

Wer sein Unternehmen in neue Hände geben will oder selbst die Nachfolge eines Betriebes antritt, braucht vor allem Informationen. Um rund um das Thema Unternehmensnachfolge eine optimale Beratung sicherzustellen, haben sich die Handelskammer Bremen, die IHK Bremerhaven, die Handwerkskammer Bremen/Bremerhaven, die BIG Bremen, die BIS Bremerhaven und das RKW Bremen zu einem Netzwerk für Unternehmensnachfolge zusammengeschlossen. Dort werden Kompetenzen für Anbieter und Nachfrager gebündelt und gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen miteinander abgestimmt. Kernstück ist ein kostenloser Such-Service, mit dem das Netzwerk für Unternehmensnachfolge potenzielle Übergeber und Übernehmer zusammenbringt. Im Vorgespräch werden die Anforderungen gemeinsam ge-

klärt. Anschließend wird die Suche im regionalen Intranet für Unternehmensnachfolge gestartet. Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt.

Interessierte können sich auch über die bundesweite Partnerschafts- und Nachfolgebörse Nexxt-Change informieren. Dort werden Gründer, die sich für eine Nachfolge oder Partnerschaft interessieren, mit Unternehmern zusammengeführt, die beispielsweise aus Altersgründen ihr Unternehmen abgeben möchten.

Bremerhaven

Gründerpreis verliehen: 50.000 Euro für Heike Bülken-Hinrichs

Der mit 50.000 Euro dotierte Bremerhavener Gründerpreis ging 2007 an die Firma *profilachse*. Unternehmerin Heike Bülken-Hinrichs bietet in ihrem Blended-Learning-Zentrum eine Kombination von computerbasierten Training und Präsenzveranstaltungen für Pflegekräfte an. Bereits zum elften Mal wurde der Bremerhavener Gründerpreis ausgelobt. Vergeben wird er von der Sparkasse Bremerhaven, der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) und der Dieckell-Stiftung. Bis heute haben sich 155 Unternehmen um den Gründerpreis beworben. Alleine die Gründerpreisträger beschäftigen mittlerweile annähernd 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



(links) Das neue Fachgremium Schiffseichaufnahme hat seine Arbeit begonnen; (oben) Informationsveranstaltung für Versicherungsvermittler

Schneller ist kein anderes Amtsgericht in Deutschland bei Handelsregistereintragungen: Das Amtsgericht Bremerhaven braucht im Durchschnitt nur 5,25 Tage.

Recht und Fair Play

Bremen

Sachverständige – Spitzenposition in Deutschland

Die Leistungen von Sachverständigen wurden 2007 wieder stark nachgefragt. Mitarbeiter der Handelskammer haben fast 600 Anfragen beantwortet und Unternehmern, Gerichten und Behörden, aber auch Privatleuten öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige benannt. Die Handelskammer hat die Aufgabe, solche Experten auf ihre besondere fachliche Eignung und persönliche Integrität zu überprüfen, öffentlich zu bestellen sowie zu vereidigen und dann der Öffentlichkeit gegenüber zu benennen. Aktuell betreut die Handelskammer Bremen mehr als 150 Sachverständige aus mehr als 50 Sachgebieten. Damit nimmt sie eine Spitzenposition unter den Industrie- und Handelskammern in Deutschland ein. Allein 2007 wurden bei 38 Sachverständigen die Bestellungen nach entsprechender Prüfung verlängert. Das 5. Bremer Sachverständigenforum, eine gemeinsame Veranstaltung der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven am 13. Juni 2007 im Haus Schütting stieß auf eine entsprechend große Resonanz.

Fachgremium Schiffseichaufnahme gegründet

Zum Jahresende 2007 hat das neue Fachgremium Schiffseichaufnahme der Handelskammer Bremen seine Vorbereitungen beendet und seine Arbeit aufgenommen. Dieses Gremium wird nicht nur für eigene Antragsteller, sondern überregional die fachliche Überprüfung für die öffentliche Bestellung im Bereich See- und Binnenschiffseichaufnahme durchführen. Ziel ist es, später auch über das konkrete Fachgebiet Schiffseichaufnahme hinaus die mari-

time und logistische Kompetenz Bremens zu nutzen, bundesweit darzustellen und zu präsentieren.

Schneller und unbürokratischer: das elektronische Handelsregister

Seit dem 1. Januar 2007 werden die Handelsregister in Deutschland elektronisch geführt und sind über ein einheitliches Portal erreichbar. Da die Industrie- und Handelskammern in die Eintragsverfahren stark eingebunden sind, haben die Kammern von Anfang an die Umstellung auf die elektronische Kommunikation mit den Gerichten auf Bundes- und Landesebene maßgeblich vorangetrieben. Somit funktioniert die Zusammenarbeit jetzt noch schneller und unbürokratischer. Nach einer aktuellen Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn ist das Amtsgericht Bremerhaven mit einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von 5,25 Tagen das schnellste Deutschlands – vor Meissen und München. Dazu gehört ein funktionierendes Netzwerk, zu dem neben der IHK auch die örtliche Wirtschaftsförderung zählt. Für die Unternehmen ist von Bedeutung, dass die bisher erforderliche Bekanntmachung von Handelsregisterdaten in den Tageszeitungen zum 31. Dezember 2008 wegfällt.

Allerdings hat die schon lange bestehende Verpflichtung zur Offenlegung von Jahresabschlüssen und Bilanzen durch das elektronische Handelsregister und die Einreichung auch dieser Unterlagen in elektronischer Form einen neuen Schub bekommen. Durch den zentralen Zugriff des Bundesamtes der Justiz und die Verfolgung von Amts wegen hat dieses hochsensible Thema eine neue Brisanz erhalten. Die Kammerorganisation insgesamt und auch die Handelskammer Bremen konnten durch

rechtzeitige Intervention erreichen, dass das für die Wirtschaft sehr ungünstige Bußgeldverfahren als Sanktionierungsmodell im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens aufgegeben wurde. Da die Einreichungsfrist für die meisten Unternehmen für das Geschäftsjahr 2006 – ab diesem gilt die neue Einreichungsform – Ende 2007 auslief, hat die Handelskammer durch individuelle Informationen, Veröffentlichungen in ihrem Magazin „Wirtschaft in Bremen“ und Veranstaltungen zu diesem Thema intensiv informiert.

Branchentreffs für ausgewählte Zielgruppen

Nachdem die Handelskammer 2006 gemeinsam mit den Industrie und Handelskammern Oldenburg und Emden den „Branchentreff Apotheken“ veranstaltet hat, stand 2007 gemeinsam mit dem Maklerverband IVD die Branche der Immobilienmakler und Hausverwalter im Blick. In beiden Veranstaltungen wurde deutlich, dass immer mehr übergeordnete Rechtsvorschriften die tägliche Arbeit der Unternehmen beeinflussen. Für die Immobilienbranche führt beispielsweise die steuerliche Abzugsfähigkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen im Rahmen der Hausverwaltung zu einem deutlich höheren Aufwand. Ebenso muss sich der Immobilienmakler mit den Grundlagen des neuen Energieausweises befassen, um auch hierzu aktuell informieren zu können. In der Stadt Bremen sind rund 2.000 Personen direkt oder indirekt in der Immobilienbranche beschäftigt. Auch 2008 soll es daher wieder einen Branchentreff Immobilien geben.



Positive Halbjahresbilanz: neues Versicherungsvermittlerrecht

Rund ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts und der damit einhergehenden Erlaubnispflicht für Versicherungsvermittler kann eine für die Versicherungsbranche durchweg positive Bilanz gezogen werden. Von mehr als 1600 allein in Bremen von den neuen Regelungen betroffenen Versicherungsvermittlern haben sich bereits mehr als 400 gebundene sowie an die 100 ungebundene Vermittler registrieren lassen. Rund 100 weitere Anträge befinden sich in Bearbeitung, so dass weit mehr als ein Drittel der Betroffenen die Initiative zu einer zügigen Erlaubniserteilung und Registrierung ergriffen hat. Darüber hinaus haben Ende September 2007 65 Teilnehmer die erste von der Handelskammer Bremen in Kooperation mit den Kammern Bremerhaven, Oldenburg und Emden abgenommene neue Sachkundeprüfung erfolgreich absolviert. Mit dem Nachweis der ausreichenden Sachkunde kann für sie nun die Zulassung als Versicherungsvermittler erfolgen.

Service, Public Relations

Bremen – Service

Mehr Service: Kooperationsvereinbarung Bremen – Oldenburg

Die Handelskammer Bremen und die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer (IHK) haben vereinbart, ihre bereits bestehende operative Zusammenarbeit auszubauen. Vorgestellt wurde diese Vereinbarung dem Plenum der Handelskammer in dessen Sitzung am 10. September 2007. Hintergrund ist, dass es in einer zusammenwachsenden Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten für die Kammern immer wichtiger wird, gemeinsam die zentralen Entwicklungsaspekte dieser Region im Blick zu haben. Die intensivierte Kooperation zielt darauf ab, Synergien zu erreichen und den Nutzen für die Mitgliedsunternehmen in den beiden Kammerbezirken spürbar zu erhöhen.

Die Aktivitäten zum Ausbau der Metropolregion Bremen-Oldenburg stehen daher auch im Mittelpunkt. So werden beide Häuser künftig enger kooperieren, um die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft in der Nordwestregion voranzubringen. Sie werden gemeinsam an einer Verzahnung der Regionalen Innovationsstrategie Weser-Ems (RIS) und der Metropolregion Bremen-Oldenburg arbeiten und in der Frage der Förderung regionaler Kooperationen in der Kultur eng zusammenwirken.

In diesen Kontext gehört auch eine intensivere Zusammenarbeit in der Infrastrukturpolitik, der Regionalplanung, der Umweltpolitik und der Verkehrsentwicklung des Nordwestens; ebenso die gemeinsame Arbeit an der Stärkung des Technologiestandortes Nordwest. So verabredeten die

Handelskammer Bremen und die Oldenburgische IHK konkret, dass sie sich künftig gemeinsam für zentrale Fragen der Mittelstandsförderung einsetzen werden, beispielsweise durch eine Stärkung des Netzwerkes *automotive nordwest*, eine Initiative zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Nordwestregion als Kompetenzzentrum für den Automobilbau. Auch bei ihren Veranstaltungsangeboten werden die beiden Kammern enger miteinander kooperieren.

Für die Unternehmen in der Region werden sich zahlreiche einzelne Kooperationen unmittelbar positiv auswirken, beispielsweise durch die Gründung eines gemeinsamen Business Angels-Forums NordWest, in dem erfahrene Unternehmer jungen Existenzgründern zur Seite stehen, die Zusammenarbeit in der bewährten Veranstaltungsreihe *Wirtschaft trifft Wissenschaft*, gemeinsame Länder- sowie Zoll- und Außenwirtschaftsrechtveranstaltungen, Kooperation bei der Einsetzung von Prüfungsausschüssen in der Aus- und Fortbildung oder bei gemeinsamen Fach- und Sachkundeprüfungen.

Ein wichtiges gemeinsames Tätigkeitsfeld ist auch die Außenwirtschaftsförderung. Hier wird es künftig beispielsweise eine enge Kooperation der beiden Kammern in der bereits bestehenden Europa-Runde der Handelskammer Bremen geben. Dieser regelmäßig tagende Kreis dient dazu, gemeinsam mit dem Brüsseler Büro der Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHK Nord) Entwicklungen in der Europapolitik frühzeitig aufzugreifen und mit den Bedürfnissen der Unternehmen abzugleichen. Darüber hinaus soll es vermehrt gemeinsame Wirtschaftsdelegationsreisen geben und eine



Auftaktveranstaltung des Netzwerkes *automotive nordwest*: Die Kammern in Bremen und Oldenburg setzen sich gemeinsam für die Stärkung der Nordwestregion und seiner Kompetenzen wie hier des Automobilbaus ein

intensivere Zusammenarbeit bei bestehenden Ländernetzwerken. Nach den positiven Erfahrungen mit einem Handelsvertretertag Nordwest in Bremen ist nun auch ein gemeinsamer Nordwestdeutscher Immobilienstag in Oldenburg vorgesehen.

Vereinbart wurde auch eine Reihe interner Kooperationen. So treffen sich die Präsidien der beiden Kammern regelmäßig mindestens einmal jährlich zu gemeinsamen Sitzungen. Auch bei den Ausschüssen verabredeten die Kammern einen intensiveren Austausch. Überdies werden regelmäßig Treffen der Geschäftsführungen auf der Tagesordnung stehen.

Veranstaltungen für die Logistikbranche

Die Handelskammer hat in insgesamt sieben Informationsveranstaltungen mit rund 750 Teilnehmern über unternehmensstrategische und tagesaktuelle Themen der Transport- und Logistikwirtschaft informiert. So wurden in der gemeinsamen Veranstaltungsreihe *Modernes Transport- und Logistikmanagement* der Handelskammer, der BIG Bremer Investitions-Gesellschaft mbH und des Landesverbands Verkehrsgerwerbe Bremen e.V. (LVB) die Themen Lagerverwaltungssysteme und EU-Arbeitszeitrichtlinien behandelt sowie „Neue Wege in der Logistik“ vorgestellt.

Darüber hinaus hat die Handelskammer die Transportbranche in tagesaktuellen Fachveranstaltungen über die neuen Lenk- und Ruhezeiten, die neuen internetbasierten Genehmigungsverfahren für Schwervertransporte sowie das neue Regelwerk für die obligatorische Qualifizierung des Fahrpersonals ab 2008/2009 (Berufskraftfahrerrichtlinie) informiert. Ein weiteres Fachsymposium widmete sich dem Thema Car-Sharing für Unternehmen.

Bremen-Nord: Foren zur Wirtschaftspolitik

Im Mittelpunkt der Dialog-Foren am 11. April und 27. November 2007, zu denen die Handelskammer Bremen gemeinsam mit dem Wirtschaftsrat und dem Industrie-Forum Bremen-Nord in die Strandlust Vegesack eingeladen hatte, standen die wirtschaftspolitischen Programme und Ziele der Parteien vor der Bürgerschaftswahl sowie die Wirtschaftspolitik des neuen Senats. Dabei wurde deutlich, dass gerade aus Sicht Bremen-Nords der zukünftigen Wirtschaftspolitik eine entscheidende Bedeutung zukommt, gilt es doch, dringend notwendige Impulse zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze zu setzen. Mehr als andere Teilregionen ist Bremen-Nord auf Maßnahmen und Projekte zur nachhaltigen und strukturwirksamen Steigerung seiner Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität angewiesen.

Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen im Land Bremen

Bewachungsgewerbe Für das Bewachungsgewerbe hat die Handelskammer Bremen im zurückliegenden Jahr 15 Unterrichtungen angeboten (2006: 14). Die Zahl der Teilnehmer blieb mit 260 konstant. 330 Teilnehmer haben an 22 Sachkundeprüfungen teilgenommen. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Steigerung um 20 Prozent.

Die Nachfrage nach Vorbereitungskursen und Sachkundeprüfungen im Bewachungsgewerbe ist auch in Bremerhaven weiterhin groß. 2007 stellten sich mehr als 200 Teilnehmer dem Prüfungsausschuss. Viele von ihnen hatten vorher an einem Vorbereitungskurs teilgenommen.

Gaststättenunterrichtungen In 21 Gaststättenunterrichtungen der Handelskammer Bremen waren 2007 genau 275 Teilnehmer zu verzeichnen. 2006 hat die Kam-

mer 24 Unterrichtungen für 300 Teilnehmer angeboten. Voraussichtlich 2008 wird der Nachweis der Teilnahme an einer Unterrichtung nach dem Gaststättengesetz entfallen. Prüfungen finden dann im Nachhinein durch die Gewerbeaufsichtsämter statt.

2007 wurden von der IHK Bremerhaven insgesamt vier Unterrichtungen mit mehr als 80 Teilnehmern angeboten.

Freiverkäufliche Arzneimittel An fünf Unterrichtungen „Freiverkäufliche Arzneimittel“ haben in Bremen im Jahr 2007 genau 90 Personen teilgenommen.

Gefahrgutfahrer Fahrer von Fahrzeugen mit Gefahrgütern in kennzeichnungspflichtigen Mengen müssen im Besitz einer so genannten ADR-Bescheinigung sein, mit der die erfolgreiche Teilnahme an einer entsprechenden Schulung und Prüfung nachgewiesen wird. 2007 hat die Handelskammer Bremen mehr als 1.800 Fahrer geprüft. Schulungen und Prüfungen werden dabei überwiegend am Wochenende durchgeführt, um die Ausfallzeiten der Fahrer zu minimieren.

2007 überprüften Mitarbeiter der IHK Bremerhaven bei mehr als 300 Prüflingen die fachliche Kompetenz im Gefahrgutbereich.

Gefahrgutbeauftragte Die Industrie- und Handelskammern sind auch für die Schulung und Prüfung von Gefahrgutbeauftragten zuständig, die in den Unternehmen für die ordnungsgemäße Behandlung von Gefahrgütern sorgen sollen. Hier wurden im Jahr 2007 in Bremen mehr als 160 Personen geprüft.

Fach- und Sachkundeprüfungen für Verkehrsunternehmer Für eine selbstständige Tätigkeit im Güter- oder Personenverkehr ist unter anderem der Nachweis der fachlichen Eignung erforderlich. In Bremen nahmen im Jahr 2007 insgesamt 45 Personen an diesen Prüfungen teil.



Beliebter Treffpunkt der Kommunikationsbranche: die *wel.come*

Public Relations

Erfolge unter schwierigen Vorzeichen

Die Bremer Medienlandschaft hat sich in den zurückliegenden Monaten weiter verändert. Dennoch ist es der Handelskammer 2007 gelungen, mit ihren zentralen Themen umfangreich in den Bremer sowie in überregionalen Medien vertreten zu sein. Rund 70 Pressemitteilungen wurden verschickt und Journalisten zu 22 Pressekonferenzen oder Presseterminen eingeladen. Mit ihren Pressemitteilungen wurde die Handelskammer in mehr als 800 redaktionellen Beiträgen zitiert und regelmäßig zu wirtschaftspolitischen Themen um Stellungnahmen und Interviews gebeten.

Für gute Erkennbarkeit: Neues Corporate Design der Handelskammer

Immer häufiger kooperiert die Handelskammer Bremen mit anderen Kammern aus der Metropolregion und dem ganzen Norden. Um nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Außendarstellung Geschlossenheit mit den Partnerkammern zu zeigen, hat sich die Handelskammer Bremen entschieden, ihr Logo und ihre Geschäftspapierausstattung den Grundprinzipien eines vom DIHK entwickelten Designs anzupassen. Mittlerweile hat die große Mehrheit der deutschen Industrie- und Handelskammern diesen Gestaltungsvorschlag übernommen. Für Bremen wurde eine ebenso hochwertige wie individuelle Lösung gefunden: Um den regionalen Bezug zu verdeutlichen, hat die Kammer die blaue Wort-Bild-Marke durch den Schriftzug „Handelskammer Bremen“ und den traditionellen doppelköpfigen Adler ergänzt.

Handelskammer-Newsletter: Aktuelle Informationen online

Aktuelle Positionen zur Standortpolitik, zu Innovationen in Technologie und Umweltmanagement, Neues zum Thema Aus- und Weiterbildung sowie Mittelstand und Internationales: Seit Juni 2007 liefert der Newsletter der Handelskammer Bremen aktuelle Tipps und Informationen aus den Geschäftsbereichen und informiert online über Themen, die die Bremer Wirtschaft bewegen. Wer regelmäßig über diese Themenbereiche auf dem Laufenden gehalten werden möchte, kann sich unter www.handelskammer-bremen.de seinen persönlichen Newsletter zusammenstellen. Zur Auswahl stehen mehrere Rubriken: Aus- und Weiterbildung, Forum Mittelstand, Innovation, International, Standortpolitik und Umwelt. Wer sich für die Seminare und Workshops der Handelskammer interessiert, wählt die Rubrik Veranstaltungen. Der Newsletter Pressemitteilungen informiert zudem über die Veröffentlichungen der Handelskammer für die Medien.

Interesse an „Medien im Blick“

Rund 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus kleineren und mittleren Unternehmen haben 2007 die fünf Veranstaltungen der Reihe „Medien im Blick“ besucht, deren Themen die Chancen lokaler und regionaler Pressearbeit behandeln. Auftaktveranstaltung am 8. März 2007 war ein Vortrag von Kai A. Struthoff, Leiter der Regionalredaktionen und Mitglied der Chefredaktion der Bremer Tageszeitungen AG, der die Chancen und Gefahren für Tageszeitungen in einer veränderten Medienlandschaft diskutierte. Im Mittelpunkt eines Kurzseminars von Sandra Liebich (news aktuell GmbH) stand die Frage, wie digitale Kommunikationswege erfolgreich in der Pressearbeit eingesetzt werden können. Mit strategischer Öffentlichkeitsarbeit und Konzeption beschäftigte sich ein Workshop von Christina Müller (text + pr). Über Web-

logs im Unternehmenseinsatz informierten Tobias Ihde und Björn Hornemann (konstruktiv GmbH) in ihrem Kurzseminar. Jutta Günther, Redakteurin beim Nordwestradio, bot in ihrem Workshop Informationen über die Arbeitsweise und die Struktur von Hörfunksendern.

„wel.come 2007“ im Haus Schütting

Die Neujahrsmatinee *wel.come* im Haus Schütting hat sich zu einem festen Treffpunkt für die Medien- und Kommunikationsszene der Region entwickelt. Rund 300 Fachleute nutzten sie in 2007 – mittlerweile die vierte Ausgabe der Veranstaltung – für einen ungezwungenen und unterhaltsamen Austausch unter Kollegen. Als Hauptredner informierte Henk Knaupe, Partner und Geschäftsführer der Hamburger Werbeagentur Scholz & Friends, über Web 2.0 und die neuesten Trends in der Kommunikationsbranche. Veranstaltet wird die Matinee von der Handelskammer gemeinsam mit dem Kommunikationsverband Wirtschaftsraum Bremen, dem Marketing-Club Bremen, dem Verein Bremen IT + Medien und der Akademie für Kommunikation, Marketing und Medien.

Service für Firmenjubiläen

Ab dem 25. Bestehensjahr eines Mitgliedsunternehmens stellt die Handelskammer auf Wunsch Ehrenurkunden zum Firmenjubiläum aus – jeweils in Schritten von 25 Jahren. Mitgliedsunternehmen, die älter als 100 Jahre sind, erhalten Ehrenurkunden mit einer kurzen Zusammenfassung der Firmengeschichte. Insgesamt 157 Ehrenurkunden stellte die Handelskammer 2007 an Unternehmen aus dem Kammerbezirk aus.



In ihren Kulturleitlinien hat die Handelskammer ihre Positionen und Forderungen zur Kultur in Bremen umrissen.

Kultur-Wirtschaft

Unterstützung für die Kultur

Mit ihrem Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft, aber auch mit vielen weiteren Aktivitäten hat die Handelskammer Bremen 2007 das Netzwerk zwischen Wirtschaft und Kultur enger geknüpft.

Kulturleitlinien Für Unternehmen sowie für die Stadt Bremen insgesamt ist Kultur von großer Bedeutung. Der Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft der Handelskammer Bremen hat daher im Januar 2007 unter dem Titel „Impulse für die Region“ Leitlinien zur bremischen Kulturpolitik verfasst. Vorge stellt wurden sie vom Vorsitzenden des Arbeitskreises, Vizepräsident Otto Lamotte, und Prof. Dr. Wiebke Ahrndt, der Direktorin des Übersee-Museums. In seinen Leitlinien formuliert das Gremium, das jeweils zur Hälfte mit Vertretern aus Unternehmen und aus Kultureinrichtungen besetzt ist, drei Kernforderungen: eine strategisch ausgerichtete, transparente Kulturpolitik, die Nutzung regionaler Kooperationen in der Kultur sowie die Entwicklung neuer Modelle des Sponsorings. Die Autoren der Kulturleitlinien betonen, dass private Kulturförderung nicht dazu beitragen darf, den Staat aus der Finanzierung der kulturellen Grundversorgung zu entlassen. Kulturpolitik müsse außerdem darauf hinwirken, dass Kunst und Kultur wieder einen höheren Stellenwert in der Bildungspolitik erhalten. Erforderlich sei es, gerade bei jungen Menschen Grundfähigkeiten wie Kreativität, Flexibilität und ganzheitliches Denken zu fördern.

Internationales Kulturforum Intensiv hat sich die Handelskammer auch gemeinsam mit dem neuen Generalintendanten des Theaters Bremen, Hans-Joachim Frey, am Aufbau des Internationalen Kulturforums Theater Bremen beteiligt. Um den Bremerinnen und Bremern einen Vorgeschmack von den Möglichkeiten eines solchen Kulturforums zu geben, hat die Handelskammer am 19. April 2007 das Dresdner Forum Tiberius, ein ebenfalls von Hans-Joachim Frey gegründetes Forum für Kultur und Wirtschaft, in das Haus Schütting eingeladen. Hauptredner dieser gut besuchten Veranstaltung war Kanzleramtsminister Dr. Thomas de Maizière.

Kulturwirtschaftsprogramm Beim BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung hat die Handelskammer Bremen gemeinsam mit der IHK Bremerhaven, der Bremen Marketing Gesellschaft und mit Unterstützung durch die Kunst- und Kulturstiftung der Sparkasse Bremen die Erarbeitung eines Kulturwirtschaftsprogramms in Auftrag gegeben. In einem ersten Schritt wurde statistisch die wirtschaftliche Bedeutung des Kultursektors untersucht. Ein zweiter Schritt wird eine Programmatik sein, die aus dem vorhandenen Datenmaterial kulturpolitische Handlungsempfehlungen gibt und besonders interessante Entwicklungsfelder aufzeigt. Im der zweiten Jahreshälfte 2007 hat eine Arbeitsgruppe des Senators für Kultur, an der sich die Handelskammer beteiligt, die Arbeit an der Erstellung eines Kulturwirtschaftsberichts aufgenommen. Beide Projekte sollen nun zu einem Bremer Bericht zusammengeführt werden.



Kanzleramtsminister Dr. Thomas de Maizière im Haus Schütting

Exklusiver Abend für die Kultur Im Mai 2007 präsentierte das Focke-Museum in der Handelskammer ein halbes Jahr vor der Eröffnung seine Ausstellung „Luxus und Dekadenz. Römisches Leben am Golf von Neapel“. Vom 15. Dezember 2007 bis 8. Juni 2008 wird diese in Kooperation mit dem Westfälischen Römermuseum Haltern, der Archäologischen Staatssammlung München und dem Museum Het Valkhof Nijmegen (NL) entstandene Ausstellung im Bremer Landesmuseum zu sehen sein.

Fest für die Stadtmusikanten Die Handelskammer unterstützte das große Stadtmusikanten-Fest der Bremer Leselust am 13. Juli 2007, das den Marktplatz vor dem Haus Schütting zum Anziehungspunkt für Hunderte von Bremern gemacht hat.

Stifterberatung 2007

Am 6. Juli 2007 fand die dritte Beratung der Handelskammer rund um das Thema Stiftung im Haus Schütting statt. Auftakt dieser Veranstaltung war ein Vortrag, an den sich Einzelberatungen zu verschiedenen Stiftungsthemen anschlossen. Rund 60 Gäste holten sich fundierten Rat und Anregungen bei Expertinnen und Experten der Boston Consulting Group, der Bankhaus Neelmeyer AG, der Hösel Siemer KGaA, des Bundesverbands Deutscher Stiftungen und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft. Seit dem 2. Bremer Stiftertag im Jahr 2005 gibt es regelmäßig Beratungen der Handelskammer für Stifter und Stiftungsinteressierte. Dabei bieten Experten unterschiedlicher fachlicher Herkunft und aus verschiedenen Institutionen in einem rotierenden Verfahren Informationen und Kurzberatungen rund um die Gründung, Gestaltungsmöglichkeiten und Verwaltung von Stiftungen an.

Leistungsbilanzen



Das neue AWI-Flugzeug „Polar 5“ wurde speziell für die Belange des Klimawandels ausgerüstet.

Bremerhaven

Wahlen zur Vollversammlung

Am 18. Oktober wählte die Bremerhavener Wirtschaft ihr „Parlament“ für die am 1. Januar 2008 beginnende neue vierjährige Amtsperiode. In zehn Wahlgruppen traten insgesamt zweiundvierzig Kandidaten für die fünfundzwanzig zu vergebenden Vollversammlungssitze an. Elf Kandidaten wurden erstmals in die Vollversammlung gewählt, vierzehn amtierende Vollversammlungsmitglieder wurden in ihrem Amt bestätigt. Die Wahlbeteiligung lag mit rund 20 Prozent recht hoch. Dabei beteiligten sich gut zwei Drittel im Handelsregister eingetragene Unternehmen und knapp ein Drittel Kleingewerbetreibende an der Wahl. Die gewählten Vollversammlungsmitglieder werden noch vor ihrem Amtsantritt in einem Workshop auf ihre Aufgaben im Parlament der Wirtschaft vorbereitet.

IHK-Pressereferenten tagten in Bremerhaven

Auf Einladung der IHK Bremerhaven kamen die Pressereferenten der 80 deutschen Industrie- und Handelskammern im Deutschen Auswandererhaus (DAH) in Bremerhaven zusammen. Dem DAH war 2007 mit dem „European Museum of the Year“-Award der wichtigste Preis innerhalb der europäischen Museumslandschaft verliehen worden. Einer der Höhepunkte der Konferenz war ein Referat des Rechtsanwalts Professor Dr. Matthias Prinz aus Hamburg. Der Jurist ist auf Medienrecht spezialisiert. In Bremerhaven sprach er unter anderem über die vielfältigen juristischen und kommunikativen Möglichkeiten, mit denen man sich gegen unrichtige und negative Berichterstattung zur Wehr setzen kann – und das unter Umständen schon, bevor Handlungsbedarf besteht.

Konferenz der IHK-Tourismusreferenten in Bremerhaven

Als Ort ihrer zweitägigen Jahreskonferenz hatten sich die Tourismusreferenten der 80 deutschen Industrie- und Handelskammern ebenfalls für Bremerhaven entschieden. Im Deutschen Auswandererhaus (DAH) befassten sie sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die touristischen Regionen. Dieses Thema stand im Zentrum der Referate von Professor Dr. Peter Lemke, Leiter der Arbeitsgruppe Klimaforschung des Alfred-Wegener-Institutes für Polar- und Meeresforschung, und von Wolfgang Günther vom Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa. Einen weiteren Vortrag hielt Jochen Schöttler, Bereichsleiter der BIS Bremerhaven Tourismus. Er verdeutlichte den erheblichen Strukturwandel, den Bremerhaven in den vergangenen 20 Jahren erlebt hat. Von diesen Veränderungen konnten sich die IHK-Tourismusreferenten bei einer Fachexkursion durch das DAH, den Zoo am Meer und die Havenwelten-Baustelle sowie bei einer Hafenrundfahrt überzeugen.

Werkstattgespräche fortgeführt

Mit den Werkstattgesprächen bieten die IHK Bremerhaven und die Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde in Kooperation mit der Akademie des Handwerks und der Technologie Transfer Stelle bereits das vierte Jahr in Folge ein Informationsforum für kleine und mittlere Unternehmen aus Industrie und Handwerk. Experten sprechen über aktuelle Themen und geben wertvolle Tipps für die tägliche Arbeit. Die Werkstattgespräche richten sich sowohl an kaufmännische als auch technische Fach- und Führungskräfte. Ergänzend zu den dreistündigen Runden bieten die Veranstalter weiterführende Seminare an. Die Schwerpunkte liegen dabei in den Bereichen Managementsysteme und Arbeitsorganisation, Technologie und Verfahren, Werkzeuge und Strategien und Rechtliche Rahmenbedingungen. 2007 wurden Informationen zu den Themen

Energiepass und Energieverbrauch, Geothermie – Energie aus der Erde, Unternehmensentwicklung und Public Private Partnership gegeben.

„Wirtschaft an Strom und Meer“ – Stärken ausbauen

Relaunch des IHK-Magazins – 2007 wurde das Magazin der IHK Bremerhaven, „Wirtschaft an Strom und Meer“, umfassend umgestaltet. Unter anderem wurden die Titelseite und das Inhaltsverzeichnis, die Aufteilung der Rubriken und der Einstieg in das Schwerpunktthema grundlegend überarbeitet. Außerdem wird in „Wirtschaft an Strom und Meer“ nun noch mehr Wert auf themenspezifische Bilder und verständliche, praxisnahe Informationen gelegt. Der Relaunch wurde über mehrere Monate hinweg von einer Arbeitsgruppe entwickelt, die neben einem Grafiker und Mitarbeitern der Redaktion aus Vertretern der IHK als Herausgeberin und der Müller Ditzen Druckerei AG als Verlegerin bestand.

Mitglied der IVW – Nachdem eine strenge Aufnahmeprüfung gemeistert worden war, wurde das Magazin der IHK Bremerhaven, „Wirtschaft an Strom und Meer“, in die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) aufgenommen. Für die Leser und die Anzeigenkunden bedeutet das IVW-Zeichen die Garantie, dass die angegebene Auflage tatsächlich gedruckt und verbreitet wird. Denn die IVW überprüft regelmäßig die Verbreitung der einzelnen Zeitschriften, und das unabhängig und objektiv.

Neuer monatlicher Newsletter „Verkehr“

Im September 2007 erschien zum ersten Mal der neue IHK-Newsletter Verkehr. Neben relevanten rechtlichen Themen wird in dem kostenlosen Rundschreiben monatlich über Aktuelles rund um Straße, Schiene, Schifffahrt und Gefahrgut berichtet. Außerdem wird auf die regionale und auf die bundesweite Verkehrslage sowie auf entsprechende Informationsquellen im In-



Erfolgreicher Relaunch:
die Bremerhavener
Kammerzeitschrift

ternet
hingewiesen. In der
Rubrik Veranstaltungen und
Termine können die Leser beispielsweise er-
fahren, welche Vorträge für sie interessant
sein könnten. Unter Allgemeines werden
weitere Nachrichten beispielsweise zu The-
men wie Aus- und Weiterbildung, Verkehrs-
politik, Taxigewerbe und Statistik veröf-
fentlicht. Abgerundet wird das neue Ange-
bot durch eine Übersicht ausgewählter
Veröffentlichungen und nützlicher Inter-
netlinks.

Informationsveranstaltung Berufskraftfahrerqualifizierung

Noch qualifiziert sich der Großteil der Be-
rufskraftfahrer lediglich mit der Fahrer-
laubnis. Das wird sich ab 2008 ändern.
Aufgrund der neuen Vorgaben im Berufs-
kraftfahrerqualifikationsgesetz muss eine
zusätzliche Ausbildung beziehungsweise
eine Weiterbildung absolviert werden. Von
der gesetzlichen Regelung sind alle Fahrer,
ob nun selbstständig oder angestellt, be-
troffen, sofern sie Fahrzeuge mit einem
zulässigen Gesamtgewicht von über 3,5 t
im Güterkraftverkehr oder mit mehr als
acht Fahrgastplätzen im gewerblichen Per-
sonenverkehr zu gewerblichen Zwecken
führen. Diese Bestimmung gilt auch für
den Werkverkehr. In einer gut besuchten
Veranstaltung zu Berufskraftfahrerqualifi-
zierung wurde über die rechtlichen Rah-
menbedingungen und ihre Auswirkungen
informiert. Ebenso gab es Tipps für die stra-
tégische Umsetzung.



Konferenzort: Im Deutschen Auswandererhaus in
Bremerhaven trafen sich die Pressereferenten und die Tourismus-
referenten der deutschen Industrie- und Handelskammern

Juniorenkreise in Bremen und Bremerhaven



Wirtschaftsjunioren der Handelskammer Bremen

Klimawandel für Bremen

Das Jahr 2007 stand bei den Wirtschaftsjunioren der Handelskammer Bremen im Zeichen des Wandels. Im ersten Drittel des Jahres ordnete der Vorstand die Mitgliederstruktur neu und startete eine Offensive, um weitere Junioren für den Kreis zu gewinnen. Dabei wurde besonderer Wert auf einen sinnvollen Branchenmix gelegt und die Bereitschaft, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Dem Vorstand gehörten 2007 Henning Saacke (Present Speaker), Andreas Teufel (Incoming Speaker) und Arne Ehlers (Outgoing Speaker) an. Die ersten Erfolge konnten schon verbucht werden. An der Halbjahresversammlung nahmen zehn neue Gäste teil. Bereits Mitte des Jahres begannen die Planungen und Vorbereitungen für die Aktivitäten in 2008.

Nachdem die letzten zwei Jahre von einem internen Strukturwandel geprägt waren, wollen die Wirtschaftsjunioren das Jahr 2008 nutzen, um sich neu auszurichten und ihre Aktivitäten wieder verstärkt an die Öffentlichkeit zu richten. Dazu werden sie ein Thema aufgreifen, das ihnen allen privat wie auch beruflich am Herzen liegt: die Stadt Bremen. Das Jahresmotto ist daher Positionsbestimmung und Ziel zugleich: „Bremen – wo wir sind, ist vorne!“ Ziel ist es, die Hansestadt mit all ihren positiven Eigenschaften und Vorteilen frisch, frech und offensiv darzustellen. Die Wirtschaftsjunioren Bremen möchten dazu beitragen, dem Wort „Klimawandel“ in Bremen einen positiven Klang zu geben: hin zu einem Klima des Aufbruchs.



2007 standen bewährte Projekte im Mittelpunkt der Aktivitäten der Wirtschaftsjunioren. Mit „BusinessContact“ wurden – nunmehr im 16. Jahr – Praktikanten aus Osteuropa in die bremische Wirtschaft vermittelt und betreut. Die Junioren leisteten einen maßgeblichen Beitrag zur Vorbereitung einer Unternehmerreise nach Helsinki im Juni 2007. Der „First Wednesday“ als Gesprächsabend unter den Wirtschaftsjunioren erfreute sich steigender Beliebtheit. Unter dem Titel „Aus Tradition innovativ“ fanden Gespräche mit Unternehmern und Besuche in Betrieben statt, um die Innovationskompetenz des Standortes zu beleuchten. Eine weitere neue Veranstaltungsreihe widmete sich unterschiedlichen Aspekten von Unternehmenskulturen. Gespräche mit Politikern rundeten das vielseitige Veranstaltungsprogramm ab.

(oben) der WJ-Vorstand (v.l.) mit Past Speaker (2006) Arne Ehlers, Sprecher (2007) Henning Saacke und Incoming Sprecher (2008) Andreas Teufel; (unten) die Wirtschaftsjunioren zu Besuch in der Bremer Rolandmühle.



Der Hanseraum-Preis der Wirtschaftsjuvenen (WJ) ging 2007 an die WJ Bremerhaven

Wirtschaftsjunioren der IHK Bremerhaven

Bremerhaven – Chancen nutzen

Andreas Jeric war 2007 Sprecher der Bremerhavener Wirtschaftsjuvenen (WJ). Er begleitete die WJ durch ein Jahr, das unter dem Motto „Bremerhaven – Chancen nutzen“ stand. Weitere Vorstandsmitglieder sind Sebastian Harden, Bernd Meenzen, Erika Mesaros, Dr. Torben Meyer, Kim Sancken und Insa Wilms. Im zurückliegenden Jahr entfalteten die Arbeitskreise der Wirtschaftsjuvenen vielfältige Aktivitäten. Beispielsweise bot der Arbeitskreis „Existenzgründung und -sicherung“ einmal monatlich den Gründer- und Unternehmertreff (GUT) mit Vorträgen zu Fragen der Unternehmensführung an. Der Arbeitskreis „Schule/Wirtschaft“ befasste sich mit dem Bewerbungstraining „Selbstsicherheit für Schüler“. Außerdem widmete sich dieser Arbeitskreis mit zwei neuen Projekten der Förderung von Hochbegabten und der Verbindung von Gesundheit und Wirtschaft. Der Arbeitskreis „Praktikanten“ betreute das Business-Contact-Programm für osteuropäische Studenten, der Arbeitskreis „Wirtschaft“ diskutierte über aktuelle Themen wie die Stadtentwicklung im Bereich Alter und Neuer Hafen oder die Entwicklung des Fischereihafens. Und der Arbeitskreis „Marketing und Kommunikation“ sorgte für eine stärkere Präsenz der Wirtschaftsjuvenen in den Medien und bot das Seminar „Marketing für KMU“ an. Der Ball der Wirtschaftsjuvenen wurde auch 2007 vom Arbeitskreis „Freizeit“ für mehr als 300 Gäste ausgerichtet.

Eine Projektgruppe um WJ-Geschäftsführerin Christiane Johannsen, Kim Sancken und Insa Wilms entwickelte gemeinsam mit dem Kinderschutzbund Bremerhaven ein Benefiz-Projekt zur Sportförderung in Kreisen sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher. BeneFIT – Tag des Kinder- und Jugendsports findet am 12. Januar 2008 in der Stadthalle statt.

2007 wurde nicht nur ein neuer Vorstand der Wirtschaftsjuvenen gewählt, sondern ebenso eine neue Leitung des WJ-Förderkreises. An seiner Spitze stehen Fred Mix, Thomas Ventzke, Rolf Sünderbruch und Hans-Christoph Seewald.

Preis für Wirtschaftsjuvenen

Der Hanseraum-Preis der Wirtschaftsjuvenen (WJ) ging 2007 an die WJ Bremerhaven. Damit wurde das Projekt „Tag des offenen Unternehmens“ des Arbeitskreises „Marketing und Kommunikation“ ausgezeichnet. Mehr als 100 Bremerhavener Bürgerinnen und Bürger hatten im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe mehrere Unternehmen aus der Seestadt besichtigt. Beim Ringen um den Hanseraum-Preis setzten sich die Bremerhavener Wirtschaftsjuvenen gegen 35 WJ-Kreise des Landesverbandes Hanseraum der Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein durch. Während eines Festaktes in der Aula der Göttinger Universität wurde die Auszeichnung vor 700 Gästen verliehen.

Ehrenamt, Geschäftsbereiche

Das Ehrenamt in Bremen

Die Handelskammer ist die Selbstverwaltung der bremischen Wirtschaft und wird von ihren rund 36.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 3.000 Personen ehrenamtlich in der Handelskammer – in Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien sowie als Prüfer und Sachverständige. Dem Plenum, dem höchsten Kammergremium, gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Vorstandsvorsitzende großer Bremer Unternehmen. Aus dem Plenum heraus werden das Präsidium und der Präses gewählt.

Mitglieder des Präsidiums der Handelskammer Bremen

Lutz H. Peper (Präses)
Detthold Aden (Vizepräses)
Matthias Claussen (Vizepräses)
Thomas W. Herwig (Vizepräses)
Otto Lamotte (Vizepräses)
Peter Lürßen (Vizepräses)
Dr. Dirk Plump (Vizepräses)
Jürgen Roggemann (Vizepräses)
Dr. Patrick Wendisch (Vizepräses)

Mitglieder des Plenums der Handelskammer Bremen

Detthold Aden (Vizepräses)
(kooptiert am 22.1.2007)
Dr. Reinhard Ahlers
(nachgerückt am 15.10.2007)
Hans-Jürgen Blöcker
(kooptiert am 22.1.2007)
Peter Braun
Norbert Caesar
Matthias Claussen (Vizepräses)
Jörg Conrad
Dr. Günther W. Diekhöner
Harald Emigholz
Berend Jürgen Erling
Hans Eulenbruch
Rainer Christian Genes
(kooptiert am 22.1.2007)
Wiebke Hamm
Thomas W. Herwig (Vizepräses)
Irmtraud Heuß
Kay Christian Hillmann
Dr. Stephan-Andreas Kaulvers
Guido Kreitz
Otto Lamotte (Vizepräses)
Joachim Linnemann
Franz-Wilhelm Löbe
Peter Lürßen (Vizepräses)
Janina Marahrens-Hashagen
Dr. Klaus Meier

Stefan Messerknecht
Carsten Meyer
Lutz Oelsner
Jürgen Oltmann
Detlef Pauls
Lutz H. Peper (Präses)
Dirk Peter
Dr. Dirk Plump (Vizepräses)
Simon Reimer
Kim Roether
(ausgeschieden am 15.10.2007)
Jürgen Roggemann (Vizepräses)
Fritz Rößler
Angelika Saacke-Lumper
Inge Sandstedt
Norbert Schmelzle
(kooptiert am 22.1.2007)
Peter Schöler
Hans-G. Schumacher
Torsten Staffeldt
Michael Vinnen
Dr. Patrick Wendisch (Vizepräses)
Heinz-Jürgen Wagner
(kooptiert am 22.1.2007)
Tanja Woltmann-Knigge
Kurt Zech
(kooptiert am 10.9.2007)

Geschäftsbereiche

Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen

Finanzausschuss

Vorsitzender: Präses Lutz H. Peper
Rechnungsführer:
Vizepräses Otto Lamotte

Kommission für den Jahresbericht

Vorsitzender: Präses Lutz H. Peper

Mittelstandsausschuss

Vorsitzender: Berend Jürgen Erling

Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen

Vorsitzende: Janina Marahrens-Hashagen

Ausschuss für Telekommunikation und neue Medien

Vorsitzender: Stefan Messerknecht

Außenwirtschaftsausschuss

Vorsitzender: Matthias Claussen

Ausschuss für Häfen, Verkehr und Logistik

Vorsitzender: Harald Emigholz

Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen

Vorsitzender: Peter Schöler

Ausschuss für Stadtentwicklung und städtischen Verkehr

Vorsitzender: Joachim Linnemann

Berufsbildungsausschuss

Vorsitzende: Brigitte Faust

Fachkreis Insolvenzfragen

Arbeitskreise der Handelskammer Bremen

- Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft
- ERFA-Kreis Informations- und Kommunikationstechnologien
- Arbeitskreis Betriebsbeauftragter Umweltschutz
- Arbeitskreis Umweltmanagement
- Arbeitskreis Sofortprogramm Innenstadt/Nebenzentren
- Arbeitskreis Tourismus
- Arbeitsgruppe Prüfungswesen und Prüfung der Arbeitsstätte
- Wirtschaftsjunoren
- Arbeitskreis PR-Leiter

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik
Dr. Matthias Fonger (I. Syndicus)

I Standortpolitik

Verkehrsgewerbe, Schifffahrt und Häfen, Immobilienwirtschaft
Dr. Andreas Otto (Syndicus)

II Mittelstand, Innovation und Umwelt

Industrie, produktionsorientierte Dienstleistungen, IuK-Wirtschaft
Dr. Ralf Mittelstädt

III International

Groß- und Außenhandel
Volkmar Herr

IV Recht und Fair Play

Einzelhandel, Dienstleistungen, Tourismus
Dr. Torsten Slink

V Aus- und Weiterbildung

Karlheinz Heidemeyer

VI Zentrale Dienste

Günther Lübbe

VII Public Relations

Dr. Stefan Offenhäuser

Das Ehrenamt in Bremerhaven

Die IHK Bremerhaven ist die Selbstverwaltung der Bremerhavener Wirtschaft. Sie wird von rund 5.600 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 640 Personen ehrenamtlich in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien der IHK sowie als Prüfer und Sachverständige. Der Vollversammlung gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Spitzen der großen Bremerhavener Unternehmen.

Mitglieder des Präsidiums der IHK Bremerhaven

Dipl.-Bw. Claus Brüggemann (Präsident)
Roswitha Ditzen-Blanke (Vizepräsidentin)
Dipl.-Ing. Peter H. Greim (Vizepräsident)
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Ingo Kramer (Vizepräsident)
Jürgen Krömer (Vizepräsident)
Dipl.-Wirtsch.-Ing. Emanuel Schiffer (Vizepräsident)
Andreas Wencke (Vizepräsident)
Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke (Ehrenpräsident)

Mitglieder der Vollversammlung der IHK Bremerhaven

Claus Brüggemann (Präsident)
Frank Brüssel
Hans J. Buse
Günther Coordes
Christoph Dahms
Dr. Peter Dill
Dr. Joachim Ditzen-Blanke (Ehrenpräsident)
Roswitha Ditzen-Blanke (Vizepräsidentin)
Joachim Donner
Christian Ehlers
Hennig Goes
Peter H. Greim (Vizepräsident)
Wolfgang Grube
Klaus Hartmann
Claus von der Heide
Ingo Kramer (Vizepräsident)
Holger Krieten
Jürgen Krömer (Vizepräsident)
Manfred Kuhr
Werner Lüken
Lutz Natusch
Rolf Niemeyer
Emanuel Schiffer (Vizepräsident)
Wolfgang Schmidt
Stephan Schulze-Aissen
Manfred de Vries
Andreas Wencke (Vizepräsident)
Jörg Wiegand
Horst Wübben (Vizepräsident)
Lars Wulff

Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven

Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen
Vorsitzender: Jürgen Krömer
Berufsbildungsausschuss
Vorsitzender: Walter Rentzel
Fischwirtschaftlicher Ausschuss
Vorsitzender: Lars Giesecking
Hafenwirtschaftlicher Ausschuss
Vorsitzender: Manfred Kuhr
Sachverständigen Ausschuss
Vorsitzender: Heiko Damken
Tourismus-Ausschuss
Vorsitzender: Hennig Goes
Verkehrsausschuss
Vorsitzender: Wolfgang Grube
Arbeitskreis „Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven“
Sprecherin: Roswitha Ditzen-Blanke
Arbeitskreis Kultur und Wirtschaft
Sprecher: Michael Müller
Arbeitskreis „Qualität und Hygiene“
Sprecher: Hans-Jürgen Iben
Gefahrgut-Erfa-Kreis
Sprecher: Prof. Dr. Schwanebeck
ERFA-Kreis Umwelt
ERFA-Kreis Zoll- und Außenwirtschaft

Geschäftsbereiche

Hauptgeschäftsführung

Grundsatzfragen, Standortpolitik, Tourismus, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Stiftung der Bremerhavener Wirtschaft

Michael Stark

Geschäftsbereich I

Aus- und Weiterbildung, Handel, Recht, Starthilfe und Unternehmensförderung

Martin Johannsen

Geschäftsbereich II

International, Innovation/Umwelt, Industrie, Förderverein Pro A 22 e. V.

Wilfried Allers

Geschäftsbereich III

Zentrale Dienste

Hans-Hermann Witthohn

Stellungnahmen

Stellungnahmen Bremen (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

EU-Grünbuch Meerespolitik

Geplante Naturschutzgebiete in der 12-Seemeilenzone „Borkum Riff“, „Küstenmeer vor den ostfriesischen Inseln“ und „Roter Sand“

Neufassung des Bremischen Hafensicherheitsgesetzes

Planfeststellungsverfahren für den Neubau der BAB 281, Bauabschnitt 3/2

Sanierung Werderbrücke/Begleitmaßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses

P&R-Konzept für das Weserstadion

Raumordnungsverfahren zum Neubau der Bundesstraße 212

Bebauungsplan 2340 für Gebiet in Bremen-Osterholz und Hemelingen

Bebauungsplan 1365 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen

Bebauungsplan 2360 für ein Gebiet in Bremen-Handelshäfen

Bebauungsplan 2335 für ein Gebiet in Bremen-Handelshäfen/

79. Flächennutzungsplanänderung Bremen-Handelshäfen

Bebauungsplan 1264 für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal

Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen an kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des Landesinvestitionsförderungsprogramms (LIP)

Anträge auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Stellungnahmen zur Tragfähigkeit von Existenzgründungsvorhaben

Mitarbeit an den Zielen des „Bremer Bündnis für Familie“

Stellungnahme zum Entwurf der Durchführungsverordnung zum Biokraftstoffquotengesetz

Zuständigkeitsregelung zur Durchführung der Aufgaben nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz

Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen; Beteiligungsverfahren zum

Entwurf einer Änderung und Ergänzung

Entwurf Landesabfallwirtschaftsplan 2005 (AWP 2005)

Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt

Novellierung der Fördersysteme für erneuerbare Energien

Nationale Strategie zur Anpassung an den Klimawandel

Orientierungspunkte und Meinungsbildung zur Europäischen Energiestrategie

Interaktiver Fragebogen zur Evaluation der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der WRRRL – Verteiler der

Mitglieder der Gebietskooperationen in der Flussgebietseinheit Weser

EMAS-Konsultation

GHS/REACH - Einladung zu einer Online-Umfrage

Grünbuch der Europäischen Kommission betreffend die handelspolitischen Schutzinstrumente der EU

Sachbericht zur Betroffenheit bremischer Unternehmen in Visaangelegenheiten für Geschäftsleute

Umbau der Gastfeldstraße

Planfeststellungsverfahren zur Verlängerung der Linie 1

Einrichtung eines Umwelt-Ladepunktes in der Bremer Innenstadt

Ortsentlastungsstraße Lilienthal – Anschluss auf stadtbremischem Gebiet

Best-practice-Beispiele für Bürokratieabbau- und Deregulierungsmaßnahmen auf Landesebene

gerichtet an

Bundstagsabgeordnete des Landes Bremen,
Mitglieder des Europäischen Parlaments,
Senator für Wirtschaft und Häfen, Senator für Bau,
Umwelt und Verkehr

Niedersächsischer Landesbetrieb für
Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz
Senator für Wirtschaft und Häfen
Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Bauamt Bremen-Nord
Bremer Investitions-Gesellschaft mbH (big)

Agentur für Arbeit, Bremen

Agentur für Arbeit Bremen
Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und
Soziales

DIHK
Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum,
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
ZDS, BMU
DIHK
DIHK
DIHK
NLWKN

EU
Umweltbundesamt
Europäischen Kommission und DIHK
Über DIHK an Auswärtiges Amt
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Amt für Straßen und Verkehr
Amt für Straßen und Verkehr
DIHK

Stellungnahmen Bremerhaven (Auswahl)

Gegenstand der Stellungnahme

Stellungnahme zu Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungsplanentwürfen
Stellungnahme zur Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Außenwirtschaft

Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen von Linienverkehren mit Kraftomnibussen
Stellungnahme zu Anträgen der Gewerbeausübung durch Ausländer
Stellungnahme zu Zurück- und Unabkömmlichkeitsanträgen vom Wehrdienst
Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen (GRW)

Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften
Stellungnahmen zu Messen, Märkten, Ausstellungen
Stellungnahme zu Flächennutzungsplanänderung im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven (Osthafen)
Stellungnahme zur Genehmigung von Gemeinschaftslizenzen im Güterkraftverkehr
Anträge auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen im Rahmen von ABM
Stellungnahme zur Änderung der Taxentarifverordnung
Stellungnahme zum Entwurf eines Bremischen Gesetzes zur Neuordnung des Gaststättenrechts
Geplante Naturschutzgebiete in der 12-Seemeilenzone „Borkum Riff“, „Küstenmeer vor den ostfriesischen Inseln“ und „Roter Sand“
Stellungnahme zur Neufassung des Bremischen Hafensicherheitsgesetzes
Stellungnahmen zu Anträgen auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34 c der Gewerbeordnung
Stellungnahmen zu Anträgen auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34 a der Gewerbeordnung
Stellungnahme zum Raumordnungsprogramm Niedersachsen

Vorschlag der Kommission zu einer Bodenschutzrahmenrichtlinie
Niedersächsisches Gesetz zur Modernisierung des Naturschutzrechts
Wasserschutzgebietsausweisung Bremerhaven
Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes durch Änderung des Bremischen Wassergesetzes und des Bremischen Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

gerichtet an

Stadtplanungsamt der Seestadt Bremerhaven
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH
Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven
Senator für Wirtschaft und Häfen
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH
Bürgschaftsbank Bremen GmbH
Verwaltungspolizei Bremerhaven
Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Agentur für Arbeit Bremerhaven
Seestadt Bremerhaven
Senator für Wirtschaft und Häfen
Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz in Oldenburg
Senator für Wirtschaft und Häfen
Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven
Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven
Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMU
Niedersächsisches Umweltministerium
Landkreis Cuxhaven
Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Impressum

Herausgeber Handelskammer Bremen
Am Markt 13
28195 Bremen
Tel. 0421 3637-0
www.handelskammer-bremen.de
service@handelskammer-bremen.de

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven
Friedrich-Ebert-Str. 6
27570 Bremerhaven
Tel. 0471 92460-0
Fax 0471 92460-90
www.bremerhaven.ihk.de
info@bremerhaven.ihk.de

Redaktion Dr. Stefan Offenhäuser

Grafik, Realisation Dr. Christine Backhaus

Fotonachweis Frank Pusch, Jörg Sarbach, Werner Huthmacher, Jan Rathke, Jacobs University Bremen, Universum Bremen, Marum, Andreas Burmann, Michael Jungblut, swb, BLG Logistics Group, Michael Bahlo, Siedentopf, Justus Grosse, Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, Helmut Gross, Kelling, Frank Lorenz, Wolfhard Scheer, Lothar Scheschonka

Druck Druckerei Asendorf

Januar 2008

www.handelskammer-bremen.de

www.bremerhaven.ihk.de